



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Auszug offen

Stenografisches Protokoll der 24. Sitzung - VS-Geheim - - Endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 27. November 2014, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 2 800
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Dr. Stefan Burbaum, BND (Beweisbeschlüsse Z-58 und Z-64)	2
- T. B., BND (Beweisbeschlüsse Z-41 und Z-58)	33
- G. L., BND (Beweisbeschlüsse Z-42 und Z-58)	86

*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Herrn T. B. (Anlage 1) wurden in das Protokoll eingearbeitet.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

(Beginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Geheim: 16.26 Uhr)

**Fortsetzung der
Vernehmung des Zeugen
Dr. Stefan Burbaum**

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten jetzt in entsprechend eingestuftter Sitzung weitermachen. Ich bitte, die Plätze einzunehmen und auch die Türen zu schließen. Vielen Dank. - Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Vorsitzender, es ist ein bisschen laut hier gerade, Entschuldigung.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rufen Sie Herrn Wolff zur Ordnung!)

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter:

Hier gibt es keine Ordnung. Deswegen brauchen wir auch nicht zu rufen.

MR Torsten Akmann (BMI): Die

Bundesregierung hat die nichtöffentliche Vernehmung von eben noch mal sozusagen Revue passieren lassen. Wir haben uns jetzt im Nachgang noch mal unterhalten und hier festgestellt, dass doch einiges von dem, was hier gesagt worden ist - zum Teil die Fragen, aber auch zum Teil das, was der Herr Zeuge hier geantwortet hat -, schon Geheim eingestuft ist. Wir würden den Ausschuss bitten wollen, dass wir das noch mal überprüfen und dass wir uns das Protokoll, bevor es dann eben auch verteilt wird, noch mal anschauen können. Wir wollten hier den Gang der Vernehmung nicht stören. Das ist unsere Bitte. - Danke.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter:

Dann halte ich mal, weil das Sekretariat aus meiner Sicht nicht da ist, bitte fest, dass die Protokollantin aufnimmt: Das Sekretariat wird aufgefordert, die nichtöffentlich durchgeführte Sitzung mit Blick auf das Protokoll im Rahmen der Ein-

stufung zu prüfen und in Abstimmung mit der Bundesregierung entsprechende Maßnahmen zu veranlassen.

Dann möchte ich mit dem weiteren Ablauf der Sitzung beginnen und halte nun fest, dass wir Geheim eingestuft sind. Sind - mit Blick auf Protokoll, mit Blick auf die Anwesenden im Raum - alle Personen im Raum Geheim ermächtigt? - Also, haben alle - halte ich damit auch für das Protokoll fest -, die nicht Geheim ermächtigt sind, den Saal verlassen? - Damit stelle ich fest, dass keine unbefugten Personen im Sitzungssaal sind. Mobiltelefone und vergleichbare Geräte sind außerhalb des Raumes aufzubewahren, und hierfür haben Sie, soweit ich weiß, Ihre Unterlagen alle abgegeben. Sind alle Handys entsprechend draußen abgegeben worden? - Das ist der Fall. Mitgeschrieben werden darf nur auf den dafür vorgesehenen Blanko-Verschlusssachen. Ansonsten sind Ihre Notizen von der Geheimschutzstelle als Verschlusssachen zu vereinnahmen.

Gibt es dazu Fragen? - Das ist nicht der Fall. Dann setzen wir jetzt mit der Befragung in geheimer Sitzung fort und beginnen mit der bewährten Reihenfolge: Die Linke, die Union, Bündnis 90/Die Grünen, SPD. Ich erteile der Fraktion Die Linke das Wort.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Ich möchte an der G-10-Filterung ansetzen. Da gibt es ja auch das Einpflegen der IP-Adressen in die Filterstufen. Sehe ich das richtig?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Soweit ich weiß, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Waren Sie an der Prüfung der IP-Ranges beteiligt?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein. Das war nach meiner Zeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, das ist nach Ihrer Zeit.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Also, zu meiner Zeit gab es die Überlegung, diese IP-Ranges als ein



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Filterkriterium einzuführen. Wie es tatsächlich am Ende umgesetzt worden ist, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Sagt Ihnen der Begriff [REDACTED] etwas? Sie saßen ja auch in Runden mit dem AND.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja. Der Begriff sagt mir etwas. Ich kann Ihnen jetzt aber nicht spontan richtig erklären, was damit gemeint war. Aber ich habe es im Hinterkopf.

[REDACTED]

[REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Aber können - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich weiß es leider nicht mehr, tut mir leid; das ist zu lange her.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie mit dem NSA-Programm [REDACTED] (?) und [REDACTED] (?) etwas anfangen?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: An den Begriff [REDACTED] kann ich mich erinnern, [REDACTED] nicht. Das war tatsächlich eine dieser technischen Gerätschaften, die damals in Rede standen, ob sie Verwendung finden oder nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie noch ungefähr, was die gemacht haben? Wenn Sie sagen: [REDACTED] - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Tut mir leid, nein. Das weiß ich nicht mehr, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich daran erinnern, ob diese Programme zertifiziert waren, zertifiziert werden sollten?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Also, sie waren es nicht. Das waren amerikanische Geräte. Ob sie werden sollten, hängt jetzt davon ab, ob man das am Ende in die Konfiguration mit aufgenommen hat. Das weiß ich aber nicht, ob das am Ende geschehen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie zu diesen Programmen, nicht nur zu diesen, sondern zu anderen, so eine Art Dokumentation, Unterlagen erhalten jeweils durch den AND?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich meine mich zu erinnern, dass man das nachgefragt hat. Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob wirklich Dokumentationen zu diesen Gerätschaften gekommen sind. Es war aber klar, dass, wenn man diese Geräte für eine Zertifizierung vorstellen möchte, man dafür natürlich eine Dokumentation über die Funktionsfähigkeit braucht. Ich kann mich nicht erinnern, ob es wirklich eine gab.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hätte noch ein, zwei Fragen zur JSA. Waren Sie dort an Sitzungen beteiligt, an denen auch der AND teilgenommen hatte?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: In Bad Aibling? - Ja, zum Teil, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es da eine besondere Steuerungsgruppe oder ein besonderes Gremium, in dem man zusammensaß?

[REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED] - Waren Sie in irgendeiner Form bei der Abfassung der Annexe zum Memorandum beteiligt, oder - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Der was?

Martina Renner (DIE LINKE): Es gab ja ein Memorandum of Understanding. Da gab es Annexe, Anhänge.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie an einem dieser Anhänge beteiligt?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Die Formulierungen waren nach meiner Erinnerung schon fertig, bevor ich - - vielleicht nicht, bevor ich angefangen habe. Also, es kann sein, dass zu meiner Zeit als Referent der Legal Annex noch verhandelt worden ist. Das war aber nicht mein Aufgabenbereich. Das hat mein damaliger Chef gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage jetzt einfach mal weiter. In [REDACTED] dieser Zusammenkunft zu Bad Aibling, spielte da „Eikonal“ eine Rolle - oder „Granat“? Wir können ja jetzt beide Begriffe hier - wir sind ja jetzt eingestuft - verwenden.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich muss ehrlich sagen, ich kann es Ihnen nicht mehr genau sagen. In den Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe - - Es wird wahrscheinlich darum gegangen sein; aber ich kann es Ihnen nicht mehr im Detail sagen. Das ist zu lange her.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei diesen Sitzungen in Bad Aibling, gab es dort auch auf amerikanischer Seite Vertreter der CIA?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nach meiner Erinnerung nicht. Es hat sich mir keiner so vorgestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): „Haben sich nicht so vorgestellt“ ist gut. - Haben Sie Erinnerungen daran, dass auf US-amerikanischer Seite auch Vertragspartner, also sogenannte Contractors, eingesetzt wurden in Bad Aibling?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Sie meinen Mitarbeiter, die jetzt nicht unmittelbar Mitarbeiter der NSA waren?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, von Drittfirmen, aber - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein, weiß ich nicht. Nein, habe ich keine Erkenntnisse drüber.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie etwas sagen zur Weisungsstruktur in Bad Aibling aus

Ihrer Erinnerung heraus? Wer war dort weisungsberechtigt? Bilateral? Einseitig?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Tut mir leid. Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wer hat das Wort geführt in diesen Runden? Was war die Geschäftssprache?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Die Geschäftssprache war Englisch. Wobei Teile der Amerikaner, die da waren, auch Deutsch sprachen. Und es gab in diesen - - Gut, es gab immer irgendwelche Vorsitzenden. Das waren dann jeweils eben zwei, einer von amerikanischer Seite, einer von deutscher Seite. Die haben diese Sitzungen gemeinsam geleitet. Also - - Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte vorhin gefragt, ob es auch weitere Zusammenarbeiten mit anderen ANDs gegeben hat, zu denen Daten aus dem Bereich des Routineverkehrs ausgeleitet wurden. Ich weiß jetzt nicht, ob wir jetzt in der Form hier dazu weiter fragen können. Aber ich würde gerne fragen, ob darunter auch weitere AND der Five Eyes waren.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Soll ich dazu etwas sagen?

(MR Torsten Akmann
(BMI): Wozu?)

- Five Eyes.

(MR Torsten Akmann
(BMI): Five Eyes ist okay!)

Also, Ihre Frage ist, ob Daten an Dienste der Five Eyes übermittelt worden sind?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aus dem Routineverkehr.





1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Martina Renner (DIE LINKE): Das wäre ja noch schöner.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Dann eine Frage noch. Wir sprachen ja vorhin über [REDACTED] und einen anderen Anbieter, der erst auf dem einen Weg und dann auf dem anderen Wege sozusagen dazu gebracht wurde, den Routineverkehr herauszugeben. Dieser andere Anbieter - das ist ja jetzt - da sehe ich jetzt kein Problem. Bei diesem anderen Anbieter, [REDACTED] kam es da zu einer Übermittlung der Routineverkehrsdaten an einen AND?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Vielleicht habe ich mich vorhin da missverständlich ausgedrückt. Also, dieser andere Anbieter war ein weiterer Anbieter, der in die leitungsvermittelte G-10-Anordnung aufgenommen worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Genau. Den haben wir ja auch gefunden.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Genau. - Und ich gehe davon aus, da das insgesamt ja Erkenntnisse aus leitungsgebundenen Verkehren waren, dass auch da Informationen weitergegeben worden sind, dass das nicht differenziert worden ist zwischen jetzt den beiden Betreibern.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Gab es neben diesen beiden Anbietern dritte Anbieter, die ebenfalls entweder im Sinne von vertraglicher Bindung oder im Sinne von gesetzlicher

Verpflichtung dazu gebracht wurden, Routineverkehr herauszugeben, auch außerhalb von Deutschland?

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Das wäre jetzt Ihre letzte Frage, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Außerhalb von Deutschland?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Also, nach meiner Kenntnis gab es außerhalb von Deutschland Operationen, in denen tatsächlich auch Fernmeldeüberwachung stattgefunden hat. Das war das, wo, glaube ich, vorhin gesagt worden ist, das ist nicht Untersuchungsgegenstand. Aber das gab es, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Das war jetzt die letzte Frage. - Danke.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Vielen Dank, Frau Kollegin Renner. - Ich übergebe an den Kollegen der CDU, Herrn Kollegen Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Kiesewetter. - Herr Zeuge, noch mal mit Blick auf „Eikonal“ und mit Blick auf die Separatoren. Sie haben das ja schon ein Stückchen beschrieben, was der G-10-Separator macht. Sie sagten, glaube ich, vorhin schon in nichtöffentlicher oder öffentlicher Sitzung, dass diese Separatoren zertifiziert werden mussten vom BSI. War das innerhalb der Behörde bei Ihnen umstritten? Gab es da unterschiedliche Rechtsauffassungen? Wie ist das abgelaufen?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Umstritten war das nicht. Es ist ja eine gesetzliche Regelung. Es sind nicht die Separatoren an sich, sondern das sind die Gerätschaften, die Verwendung finden, wenn man eine G-10-Maßnahme durchführt, die zertifiziert werden müssen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das wurde dann wie praktisch gehandhabt? Die wurden - -



Auszug offen

Kam jemand vom BSI, hat das abgenommen, geschaut?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Genau. Es wurden dann technische Pläne übermittelt. Das BSI kam - oder ich glaube, man ist hingefahren. Das weiß ich nicht mehr genau. Auf jeden Fall fand dann ein Kontakt mit dem BSI statt. Das BSI hat diese Geräte in Augenschein genommen, hat sie dann bewertet und ein Zertifikat erteilt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Diese Suchbegriffe bzw. diese Separationsbegriffe, die Sie bei dem Separator verwendet haben, wurden diese genauso rechtlich behandelt wie Suchbegriffe im Sinne des G-10-Gesetzes? Also, haben die das vorgelegt? Wurde das -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich glaube, der Begriff Separator, den Sie jetzt verwenden, meint die Frage: Ich unterscheide zwischen G-10-Verkehren und Routineverkehren, oder? Verstehe ich Ihre Frage richtig?

(Zuruf: Selektoren!)

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Genau. Entschuldigung. - Na gut, das ist der Separator. Das ist doch der erste Schritt, den Sie gemacht haben, oder?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Genau. Der Begriff Separator war, glaube ich, ein Begriff, der dann später für paketvermittelte Verkehre verwendet worden ist. Früher war das im Grunde - hatten wir eben schon - die SELMA, wenn man so will, also das System, das unterscheidet zwischen G-10-Verkehren und Nicht-G-10-Verkehren. Diese Unterscheidung - insofern kann ich nur für die Zeit leitungsvermittelter Kommunikation sprechen -, die Systematik und die Funktionsweise dieser Differenzierungstools, die sind mit der G-10-Kommission besprochen worden. Und die Geräte, auf denen das Ganze lief, sind vom BSI zertifiziert worden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. Also bei den Gestaltungen der Separatoren - so habe ich das den Akten - Entschuldigung - entnommen, dass es sich um einen Separator handelt - - der

wurde auch abgestimmt mit der G-10-Kommission?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Wie gesagt, für den Separator kann ich das nicht sagen, weil das nach meiner Zeit war, für das Paketvermittelte.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nach Ihrer Zeit war. Okay.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Für den Vorläufer, den es damals gab, kann ich das sagen: Da war es so.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, jetzt beziehen sich hier die Sachen meistens auf die paketvermittelte Kommunikation, wo Sie dann keine Aussagen machen können.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Sie können ja die Fragen zu gegebener Zeit fortsetzen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Genau. Machen wir das so.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Dann würde ich jetzt weitergeben - vielen Dank, Herr Kollege Schipanski - an Bündnis 90/ Grüne. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich fange gleich auch mal an. Aber ich habe ein ähnliches Problem, dass ich mich auch erst mal in den Akten zurechtfinden muss, weil wir die ja gerade erst bekommen haben.

Zunächst eine Frage im Anschluss an das, was ich vorhin gefragt habe. Sie haben gesagt, Ihrer Kenntnis oder Ihrer Erinnerung nach hätte es einen Vertrag mit der Betreiberfirma - hier kann man es ja laut sagen - - sei nicht zustande gekommen. Da hätte es mal einen Entwurf gegeben, aber nach Ihrer Erinnerung keinen Vertrag. Jetzt liegt mir hier einer vor, der ist auch unterschrieben. Ich hoffe, dass er auch gültig ist.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja. Das kann ich richtigstellen, Herr Abgeordneter. Man hat mich in



Auszug offen

der Pause auch darauf hingewiesen. Das tut mir leid, das war meine -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie schon informiert?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: - falsche Erinnerung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 01.03.2004.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja. War mein Fehler. Ich habe mich nicht erinnert. Es tut mir leid. - Den Vertrag gab es, und das wurde dann auch so umgesetzt für die Routineverkehre, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber da steht ja vorne drin als Vertragsgegenstand:

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Da ist also beides mit umfasst. Wozu diente das, wenn Sie sagen, es lag sowieso für jede einzelne Maßnahme oder für jeden Eingriff eine G-10-Ermächtigung vor?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das diente der Aufklärung von Routineverkehren. Also, quasi isoliert nur Routineverkehre. Praktisch gesprochen für [REDACTED] war es dann so, dass [REDACTED] unterschieden hat zwischen Bündeln, in denen potenziell G-10-Verkehre waren - die waren dann von dieser Vereinbarung nicht umfasst -, und Bündeln, in denen nach Lesart der [REDACTED] ausschließlich Ausland-Ausland-Verkehre waren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, hier gibt es doch auch Ausland-Ausland.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Genau, und für die galt diese Vereinbarung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für Ausland-Ausland?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Für Ausland-Ausland.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und diese G-10-Ermächtigungen, die galten nicht für Ausland-Ausland? Meiner Ansicht nach war doch alles Ausland-Ausland, und Sie haben dann die G-10-Verkehre rausgefiltert. So habe ich Sie bisher verstanden.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Auch bei den Routineverkehren, bei diesem Routinezugriff wurden ja hinterher noch G-10-Filter drübergelegt, um quasi auszuschließen, dass in diesen Ausland-Ausland-Bündeln G-10-Verkehre drin sind. Umgekehrt betrachtet ist es natürlich so: Wenn ich eine G-10-Anordnung erwirke, dann ziele ich ja in erster Linie darauf, G-10-Verkehre zu erhalten. Insofern gehe ich auch auf andere Bündel.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also, da gab es mehrere Leitungen nebeneinander, oder wie?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja. Genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie hat man das festgestellt? Welche waren jetzt hier gemeint und welche waren - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Es gab letztlich Belegungspläne [REDACTED]. [REDACTED] hat Belegungspläne für [REDACTED] Bündel.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da haben Sie gesagt: Das wollen wir.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein. [REDACTED] hat gesagt: In diesen Bündeln sind Ausland-Ausland-Verkehre, und diese Bündel sind potenziell e G-10-Verkehre. Und dann wurden in einer G-10-Anordnung die potenziellen G-10-Bündel einer G-10-Anordnung unterworfen. Das heißt immer noch nicht, dass wirklich G-10-Verkehre drin waren; aber zumindest hatte man dann die Möglichkeit, danach zu sehen. Bei anderen Bündeln, in denen quasi Ausland-Ausland-Verkehre nach Informationen [REDACTED] waren, hat man dann hinterher die G-10-Verkehre über einen Filter ausgeleitet, also vernichtet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heißt das, dass [REDACTED] wusste, dass Sie nicht nur Verkehre wegen der G-10-Anordnung, also mit G-10-Verkehr haben wollten, sondern auch andere?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Auf Grundlage dieser Vereinbarung, die Ihnen vorliegt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also diese Vereinbarung betraf einen anderen Bereich als das, was mit der G-10-Anordnung betroffen war.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lag das für die ganze Zeit vor? Dieser Vertrag ist ja erst vom [REDACTED] Sie haben ja vorher schon angefangen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.



Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dieses Schreiben aus dem Kanzleramt, bezog sich das auf beides?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein, auf diese Vereinbarung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf diese?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt verstehe ich das. Also -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das tut mir leid; das war meine schlechte Erinnerung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das waren jetzt zwei unterschiedliche Vorgänge, dieses allgemeine Abgreifen, ohne dass man davon ausging, dass da G-10-Verkehre drin sein sollten oder müssten oder wahrscheinlich sind. Da gab es so eine Vereinbarung. Da hat das Kanzleramt gesagt: „Jetzt macht ihr das“, oder: „Wir halten das für richtig; ist auch vom Gesetz gedeckt“, und dann wurde diese Vereinbarung geschlossen. Und das andere war eben der andere Weg - ich sage mal: tricksig -, nämlich der Weg: Wir holen uns eine G-10-Maßnahme und haben damit Zugang dann zu den anderen Parallelverkehren, wo man G 10 vermutete. Ist das so richtig?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: So nach meiner Erinnerung, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja ein bisschen was anderes als, was Sie in der öffentlichen Sitzung -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: In der öffentlichen? Ich sage nichts in der Öffentlichkeit dazu.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in der öffentlichen Sitzung vorhin gesagt haben. Das müssen Sie ja sehen.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja, das war meine falsche Erinnerung. Das tut mir leid.



Auszug offen

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da war das sehr miteinander vermengt und war eigentlich auch ein Vorgang.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja, das stimmt. Habe ich falsch dargestellt. Tut mir leid.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann auch fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du kannst; ich muss jetzt erst mal die Stellen suchen. - Danke.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Viel Zeit ist, glaube ich, nicht mehr.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Zweieinhalb Minuten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zweieinhalb Minuten. - Bevor ich noch zu einer anderen Sache komme, wollte ich noch mal verstehen, wie sozusagen die technischen Stationen dieses Projekts mit den regional tatsächlichen geografischen Stationen zusammenhängen. Da gibt es dieses [REDACTED]. Wenn ich das richtig verstehe aus den verschiedenen Akten, dann ist [REDACTED] im Raum Frankfurt passiert, sage ich mal - also, diese technischen Abläufe sind im Raum Frankfurt passiert -, und [REDACTED] dann in Bad Aibling.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Mir sagen diese Begriffe nichts mehr. Tut mir leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Also, dass sozusagen diese - wie das dann im Einzelnen abgelaufen sein könnte. Also diese Begrifflichkeiten haben Sie noch nicht gehört.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Zumindest habe ich sie nicht mehr in Erinnerung, [REDACTED].

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil ich versuche, rauszufinden - - Ich verstehe es so, dass die Daten gelaufen sind zumindest von Frankfurt aus über Pullach nach Bad Aibling.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das ist nach meiner Erinnerung so, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt frage ich mich: Warum eigentlich über Pullach? Was ist in Pullach passiert? Oder hat man in Pullach die Sachen einfach durchgeleitet?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nach meiner Erinnerung nicht, sondern ein Teil der G-10-Filterung ist in Pullach passiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann sind die G-10-Daten einfach in Pullach geblieben, und der Rest ist nach Bad Aibling gegangen.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, okay.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das würde das erklären. - Dann kann ich auch gleich noch zu dem anderen Problem kommen. Denn wenn Sie von den Sachen nichts gehört haben, dann erledigen sich viele Fragen, die ich noch habe.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Letzte Frage, Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, letzte Frage. - Sagen Ihnen die Stichworte: [REDACTED]-Filter, [REDACTED], so ein Zeug - - schon mal gehört?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Tut mir leid. Nicht, dass ich mich erinnern kann. Tut mir leid, nein.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Also, kann sein, dass ich es damals gehört habe. Ich weiß es nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - Danke.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Danke, Herr Kollege von Notz. - Jetzt die SPD, Herr Flisek.

Christian Flisek (SPD): Keine Fragen.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Keine Fragen. - Dann beginnen wir mit der zweiten Fragerunde. Hierbei beginnt wieder die Fraktion Die Linke, dann folgt die Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und dann die CDU. - Fraktion Die Linke, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe eine Frage zu einer Unterlage, die sich bei uns in den Akten befindet. MAT A BND-9/4, Ordner 171, Seite 63 ff. Dort schreibt ein UAL26, als [REDACTED] bezeichnet. Jetzt haben wir zwei [REDACTED] Jetzt können Sie sich vorstellen, dass - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das bin nicht ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind nicht Sie?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das bin nicht ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich war nie Unterabteilungsleiter im BND.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Nichtsdestotrotz ist es dieser Vorgang. Hier ist zwar der Gesprächspartner gebläut, aber zwischen dem Präsidenten und einem Vertreter eines Telekommunikationsunternehmens, bei dem es jetzt um diese in Rede stehende Ausleitung des Routineverkehrs geht. Und darin wird zu bedenken gegeben, als Vorbereitung an den Präsidenten, dass - ich zitiere -, „Hinweis für den Präsidenten“, Seite 65:

[REDACTED]

- dann Bläuerung -

Können Sie sich an solche Überlegungen erinnern?

[REDACTED] Das ist ja etwas anderes als das, was wir bisher besprochen haben, die rechtlichen Bedenken, [REDACTED]

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Also, an dieses konkrete Dokument kann ich mich nicht erinnern, aber das war - - Ich weiß, wer das war, der das geschrieben hat. Das ist ja auch kein besonders fern liegender Gedanke, den er da äußert.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist nicht so sexy.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-9/BND-17, Tagebuchnummer 18/14, Ordner 171, Blatt 65.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: - ist aus Sicht des Betreibers nachvollziehbar.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatte diese Sorge, dass das bei dem Betreiber nicht so wahnsinnig gut ankommt, auch sozusagen etwas damit zu tun, dass man dem Betreiber dann nicht mitgeteilt hat, dass man die Daten weiterleitet an einen AND?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist eine ganz andere Ebene.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das ist eine ganz andere Geschichte.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie würden Sie die Formulierung einschätzen als Jurist:

[REDACTED]

Also, es gibt ja zwischen „haben“ und „scheinen“ einen kleinen Unterschied.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das stimmt. Also, da ich das nicht geschrieben habe und der Herr, der das geschrieben hat, kein Jurist ist, würde ich sagen, hat er es deswegen so vorsichtig formuliert.

Martina Renner (DIE LINKE): Welche strafrechtlichen - wenn Sie sich jetzt erinnern; Sie waren jetzt nicht der Verfasser, aber weil wir vorhin auf Anregung von Herrn Notz ja schon mal über die möglichen Straftatbestände nachgedacht haben - Bedenken scheinen denn damals im Raum gestanden zu haben?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Der Abgeordnete von Notz hat ja darauf hingewiesen, dass es im Strafgesetzbuch eine Norm gibt, die die Verletzung des Fernmeldegeheimnisses unter Strafe stellt, und die richtet sich, wenn ich mich recht erinnere, an die Betreiber von Telekommunikationsanlagen. Insofern wäre das wahrscheinlich die einschlägige Norm gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich selbst jemals in Ihrem Tätigkeitszeitraum als G-10-Jurist Gedanken darüber gemacht, dass man sich gegebenenfalls auch selbst strafbar machen könnte?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich persönlich, mich?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben andere Kollegen mal so etwas formuliert, dass sie Sorge haben, dass, wenn das bekannt würde, das persönliche Konsequenzen haben könnte?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das ist ja keine Frage des Bekanntwerdens.

Martina Renner (DIE LINKE): Doch.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja, gut.

Martina Renner (DIE LINKE): Doch.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Die tatsächliche - - Also strafbar, gut; das ist jetzt fast eine philosophische Frage, ob man sich strafbar macht, wenn es nicht bekannt wird. Aber nein, kann ich klar sagen. Also, das ist an mich jedenfalls nicht herangetragen worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind ja jetzt diese Unterlagen, die uns vorliegen, die beziehen sich, soweit wir das sehen können oder vermuten können, weil die Betreiber ja jeweils gebläut wurden, auf [REDACTED]. Es gibt ja einen zweiten Telekommunikationsanbieter, zu dem wir vermuten dürfen, dass dort ebenfalls so ein Vorgehen - aus den Akten, jetzt nicht - -

(Zuruf eines Vertreters der Bundesregierung: Ich höre nicht hin!)

- okay; Sie gucken schon so aufgeregt - wo wir ebenfalls vermuten können aus den Akten, dass

[REDACTED]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

■■■■■ Können Sie mit diesem Telekommunikationsanbieter etwas anfangen?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das war ein Telekommunikationsanbieter, der tatsächlich in die G-10-Beschränkungsanordnung aufgenommen worden ist, um leitungsvermittelte Verkehre im G-10-Bereich zu erfassen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es dort vorher auch den Versuch, den auf anderem Wege dazu zu bewegen, die Routineverkehre herauszurücken?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein. Also nach meiner Erinnerung nicht, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, da ist man gleich über die G-10-Beschränkungsmaßnahme herangetreten.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie etwas zu den technischen Unterschieden sagen zwischen ■■■■■?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein. Tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht mehr?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das weiß ich nicht mehr. Also, das müsste in den G-10-Anträgen aber beschrieben sein. Aber das kann ich nicht mehr sagen, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, ob es mit diesem Unternehmen auch neben der sogenannten Herausgabe von Daten auf Grundlage der G-10-Beschränkungsmaßnahme so einen Vertrag gegeben hat, wie er uns vorliegt mit ■■■■■?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Also, nach meiner Erinnerung nicht. Das wäre auch nicht nötig gewesen, denn wir hatten ja eine Beschränkungsanordnung, und die wird dem Betreiber ja dann zugestellt. Danach ist der Betreiber ja verpflichtet, die Kommunikation bereitzustellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Dieser Zugriff war ebenfalls in Frankfurt organisiert? Oder können Sie sich daran erinnern, wo dieser Zugriff - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Weiß ich nicht mehr; tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Bei dieser Frage Zugriff taucht der Begriff ■■■■■ auf, beim Abgreifen des Transitverkehrs. Wissen Sie noch, was ■■■■■ ist?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein, tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Anders gefragt: Gibt es neben dem, was Sie vorhin beschrieben haben, dass man also eine Kopie erstellt, die Kopie übergibt und der BND die in der eigenen Hardware mit eigener Software verarbeitet, noch eine andere Form der Übergabe von Daten als diese vorhin so beschriebene?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich denke, nicht. Das, was ich vorhin beschrieben habe, ist das, was letztlich die TKÜV vorsieht, wie es abzulaufen hat. Da gibt es einen Übergabepunkt, an dem die Kopie bereitgestellt wird. Ich kann mir jetzt schwer vorstellen, wie es anders laufen sollte. Das würde ja dann eben nicht dieser Regelung entsprechen. Es muss immer einen Übergabepunkt geben.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Jetzt spinne ich mal zwei andere Varianten. Es könnte ja sein, dass zum Beispiel ein AND irgendwo die Datenerfassung organisiert und die Daten übergibt an irgendeinem Punkt. Also das, was wir jetzt die ganze Zeit diskutieren hinsichtlich: „Geht von Frankfurt nach Pullach, dann nach Aibling und dann an die NSA“, könnte ja auch anders funktionieren. Die NSA erhebt irgendwo Daten und übergibt die an irgendeiner Schnittstelle dem BND, und die werden dann verarbeitet. Das wäre eine Möglichkeit. Ist das erinnerlich, dass es so was gegeben hat?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein, natürlich nicht. Denn das wäre ja nicht Teil einer G-10-Maßnahme, sondern das wäre ein AND-Ansatz. Das



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

hatten wir ja vorhin. Wenn der in Deutschland stattfindet, wäre das strafbar.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn das in Deutschland stattfindet?

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Das war die letzte Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Aber Sie sagen mit der Einschränkung, wenn das in Deutschland stattfindet.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Na ja, was die NSA sonst wo auf der Welt macht, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Gut, fragen wir nachher weiter. Danke.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Danke, Frau Kollegin Renner. - Ich übergebe an die Kollegen von der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Keine weiteren Fragen.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Dann - danke schön - geht es weiter an Herrn Kollegen von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Ich wollte noch mal - - oder vielleicht haken wir da direkt ein. Wir haben ja jetzt schon viel drüber gesprochen, aber es verunklart sich leider die Frage: Wozu bedurfte es dieser vertraglichen Regelung mit dem Telekommunikationsanbieter? Also, was war der Grund? Die G-10-Maßnahme hatte man ja schon.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: In meiner Erinnerung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ja auch so, wie ich Sie verstanden habe, das normale Prozedere.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt irgendwie - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Die Zielrichtung war eine andere.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Die Zielrichtung richtete sich auf Routineverkehre ausschließlich. Aus dem, was dort auf Grundlage dieser Vereinbarung bereitgestellt werden sollte, wollte man ausschließlich Routineverkehre gewinnen. G-10-Verkehre wurden in diesem Zusammenhang, wenn sie denn drin waren, vernichtet. Insofern hatte das eine andere Zielrichtung als eine Beschränkungsanordnung. Das war letztlich der Sinn. Die Zielrichtung war eine andere zwischen der G-10-Beschränkungsanordnung und dieser Vereinbarung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der Doppelung und solchen Sachen.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und [REDACTED] hat diesen Vertrag gefordert, oder der BND ist auf die Idee gekommen, dass das rechtlich die bessere Variante ist?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Na ja, also der Vertrag war, glaube ich, letztlich das Ergebnis der Gespräche mit [REDACTED]. Also, man hat mit [REDACTED] versucht, eine Vereinbarung zu treffen, wie man Routineverkehre bei [REDACTED] erfassen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat man [REDACTED] auch gegenüber offen kommuniziert, dass man das will?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Anfang an?



Auszug offen

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja, musste man ja. Denn man war ja am Ende auch drauf angewiesen, dass [REDACTED] einem bei diesen verschiedenen Übertragungswegen, die [REDACTED] da hat, die identifiziert, von denen [REDACTED] sagt: Das sind Ausland-Ausland-Verkehre. Also die Zielrichtung war klar: Es geht hier um Routineverkehre.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin gesagt auf meine Frage, dass nur BSI-zertifizierte Hardware und Software verwendet werden darf. Meinen Sie da bezüglich der G-10-Daten oder bezüglich aller Daten?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Der G-10-Daten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, für die ungeschützten Verkehre konnte man ruhig - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Man war zumindest nicht rechtlich verpflichtet dazu. Was genau man technisch eingesetzt hat damals, kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es außer Frankfurt einen Ort, an dem ein solcher Abgriff noch stattgefunden hat in Deutschland?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ein solcher Routineabgriff oder ein G-10-Abgriff?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Abgriff von Routineverkehren.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Leitungsvermittelt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und paketvermittelt?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Paketvermittelt war nach meiner Zeit. Das kann ich nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde das überlegt, zum Beispiel weiter im Norden des Landes?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Weiß ich nicht. Also nicht zu meiner Zeit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich an keine Diskussion erinnern?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein. Also, zu meiner Zeit ging es im Grunde genommen darum, das mit [REDACTED] zu realisieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da war nur Frankfurt im Gespräch.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Was anderes kenne ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich gebe weiter an meinen Kollegen Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt Ihnen das [REDACTED]-System was?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: [REDACTED]? - Nein. Tut mir leid. Kenne ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das soll angewandt worden sein zur - - ohne Filterung. Und da steht dann auch mal eine Zahl, wie viel E-Mail-Verkehre aufgefangen worden sind oder bearbeitet worden sind, [REDACTED] Aber da wissen Sie gar nichts.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Tut mir leid. Nein, weiß ich nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In einem Vermerk dazu steht auch -



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

der ist zwar von der Zeit, als Sie nicht mehr da waren, also Anfang 2006; im Januar 2006 -:

[REDACTED]

- Jurist -

[REDACTED]

Den Satz habe ich Ihnen jetzt deshalb vorgelesen, weil da steht:

[REDACTED]. Vorhin in der öffentlichen Sitzung hatte ich Sie so verstanden, dass das Ausgangsmaterial, was selektiert worden ist - - dass da gar keine Nachprüfung mehr stattfindet, sondern dass das gar keinen Sinn macht, wenn man vermeiden will, dass G-10-Verkehre weitergegeben werden.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Jetzt ist die Frage, was Ausgangs- -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben jetzt einen Packen Daten, die abgeleitet sind, und dann gehen Sie daran, selektieren, und dann bleibt ein Ausgangsmaterial. Und das selektierte Material - so habe ich Sie verstanden - wird dann noch mal vom Personal angeguckt, ob da noch irgendwas zu regeln ist, aber

[REDACTED]

Ist Ihnen von solchen Überlegungen was bekannt?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-9/BND-17, Tagebuchnummer 19/14, Ordner 179, Blatt 259.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das ist jetzt relativ schwer zu beurteilen, weil ich diesen Vermerk nicht kenne. Das ist so ein bisschen die Frage: Was bezeichnet man als Ausgangsmaterial? Also, so wie ich Sie verstehe, verstehen Sie Ausgangsmaterial als das, was am Ende rausgeht. Man könnte Ausgangsmaterial auch als das verstehen, von dem man ausgeht.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Wir können Ihnen gerne den Vermerk zugänglich machen, wenn es sinnvoll ist und angemessen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Seite 257. Jetzt gucke ich mal, welcher Band das ist. Weil die ja hier immer alle zusammen sind. Ordner 179 müsste das sein. Soll ich es Ihnen mal geben?

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Ich halte das für angemessen, ja. - Haben Sie die Blattnummer für die anderen Kollegen? -

(Zuruf: 257!)

- 245? -

(Zurufe: 257!)

- 257, danke.

(Zuruf: Zu spät?)

- Nicht so spät wie beim letzten Mal.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und ein Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Könnten Sie die Frage noch mal stellen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wir müssen, glaube ich, beide das Mikrofon einschalten. Sonst sind Sie nicht zu verstehen, -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja, Entschuldigung.



Auszug offen

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und ich auch nicht. - Wenn ich mein Blatt wiederbekomme? Ach so, Sie haben es jetzt vor sich liegen.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich kann es Ihnen jetzt wiedergeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht mir darum - erstens -, ob das überhaupt nach dem, wie ich Sie vorhin verstanden habe, wenn Ausgangsmaterial das ist, was Sie bekommen, und dass aus dem dann was rausselektiert wird - - Wenn das so ist, dann könnte das nach Ihrer Auffassung - und wird auch gar nicht gemacht - ja danach nicht noch mal nach der Ausfilterung kontrolliert werden -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Doch, ich hatte ja immer gesagt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder gefiltert werden.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Zum einen geht es ja bei dem Vermerk - habe ich jetzt auch gerade gelesen - um paketvermittelte Verkehre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Das sind ja die interessantesten.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Gut, interessant ist alles. - Der Absatz beginnt ja auch mit dem Satz:



Insofern würde ich diesen Absatz, ohne dass ich ihn jetzt geschrieben habe und vertieft geprüft habe, so verstehen, dass es da um Routineverkehre geht und quasi um die Prüfung der Routineverkehre, die verblieben sind, ob dann in diesem Bereich noch G-10-Verkehre drin sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Da erfolgt - das hatte ich, glaube ich, aber vorhin auch ungefähr jedenfalls versucht so darzustellen - am Ende in der Tat eine händische Prüfung, ob das geklappt hat. Das - würde ich so verstehen - meint der Vermerk.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, so habe ich den auch verstanden, und das ist mit dem, was Sie vorhin gesagt haben, -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich habe mich vorhin auf die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - auch auf meine Befragung, nämlich dass das angesichts der Menge mit Personal gar nicht möglich - - Also, die Routineverkehre sind ja unendlich viele, sagen wir mal. Da können Sie ja nicht sagen „dreistellig“ oder so, sondern es ist ja sehr, sehr viel mehr, was dann da übrig bleibt. Und wie sollen das jetzt drei oder acht Leute kontrollieren, also noch mal durchsehen, ob da vielleicht doch noch G-10-Verkehr dabei ist?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Man muss unterscheiden. Zum einen habe ich vorhin über leitungsvermittelte Verkehre gesprochen und über den Zeitraum, in dem ich da war. Hier geht es um was anderes.

Zum Zweiten geht es hier - ich glaube, das entscheidende Wort in dem Passus - um „positiv selektierte Verkehre“. Es geht nicht um irgendwie eine Riesenbandbreite, in der dann der einzelne Mensch suchen muss, was da jetzt drin ist. „Positiv selektiert“ heißt: Aus dem Routineaufkommen, das auf die Filter trifft, werden anhand positiver Entscheidungen bestimmte Verkehre herausgefiltert, die aufgrund dieser Kriterien nachrichtendienstlich relevant sind. Die werden herausgefiltert. „Positiv“ heißt - ich glaube, der Vorsitzende hat vorhin von „picken“ gesprochen -: Es werden bestimmte Verkehre herausgepickt, und nur die - die anderen werden sowieso vernichtet - werden dann weiterverarbeitet, und für die findet eine Prüfung statt.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Herr Kollege Ströbele, Ihre Zeit ist abgelaufen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht eine ganz kleine Frage.

Amtierender Vorsitzender Roderich Kiesewetter: Sie sind schon deutlich drüber. - Dann schließen wir das noch in dem Komplex ab. Das ist dann aber die letzte. Dann würde ich auch an den Vorsitzenden zurückgeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir kam es auch auf den zweiten Teil an. Da steht ja was, dass, wenn das nicht gemacht wird - also wenn nur, sage ich jetzt mal, die automatische Selektierung erfolgt oder Filterung erfolgt -, dass dann

Das hört sich nicht so sehr sicher an dann, die Filtersysteme.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Wie gesagt, es geht bei diesem Vermerk um paketvermittelte Verkehre, wo ich vorhin auch schon gesagt habe, dass zumindest zu meiner Zeit allen bewusst war, dass die Strukturierung der Filter nicht trivial ist. Ich kann jetzt nicht beurteilen, ob dieser Vermerk zu einem Zeitpunkt geschrieben worden ist, als man tatsächlich physisch Verkehre so verarbeitet hat, oder ob das Teil der Überlegungen war, die man anstellt, nach welcher Systematik man das tut. All das weiß ich nicht. Das wäre aber jedenfalls jetzt, was Ihre Frage ja impliziert, grundrechtlich natürlich ein großer Unterschied.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Noch mal herzlichen Dank auch, dass ich die kurze Zeit den Ausschuss verlassen durfte. Es ist doch schön hier. Ich bin gerne zurückgekommen. Draußen ist es gar nicht so toll. Danke an Roderich Kiesewetter, dass das übernommen werden konnte.

Wir machen auch gleich weiter mit den Fragen der Fraktion der Union. Ich weiß nicht, wer beginnt. - Es beginnt die Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Dr. Burbaum, in den Akten befindet sich ein Vermerk vom 04.11.2004. Für die Kollegen: Das ist im Ordner 19/14, also Ordner 178, Blatt 44, also der Aktenvermerk vom 04.11.2004 über eine Sitzung am 20.10.2004 im Kanzleramt. Das Thema war Lichtwellenerfassung. Seitens des Kanzleramts waren dabei unter anderem die Herren Uhrlau, Wenkebach, Vorbeck und andere. Haben Sie auch an der Sitzung teilgenommen? Können Sie sich da erinnern?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich habe an einer Sitzung im Kanzleramt teilgenommen. Es kann gut sein, dass das der Vermerk darüber ist, ja. Ich nehme an, dass das der ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich komme jetzt noch auf den genauen Inhalt. Als Gesprächsergebnis ist vermerkt, dass

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ihre erste Frage - ich beantworte die einfach mal im Gesamtkonzept -: Warum gab es keinen eigenständigen Antrag für paketvermittelte Verkehre? Es gab deswegen keinen eigenständigen Antrag, weil es bereits gegenüber diesem Betreiber eine G-10-Anordnung gab. Die lief für leitungsvermittelte Verkehre. Insofern: Rein vom G-10-Beantragungsverfahren und Genehmigungsverfahren handelte es sich um eine Ergänzung. Hätte man auch einen eigenen Antrag - - aber das ist eher eine administrative Frage. Es war dann so, dass im Antrag selbst natürlich Ausführungen gemacht worden sind über diese paketvermittelten Verkehre. Den Antrag hat der BND geschrieben. Das war das normale Prozedere. Der BND formuliert einen Antrag, legt ihn



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

dem Kanzleramt vor. Wenn das Kanzleramt einverstanden ist, geht der Antrag an das BMI als genehmigende Behörde weiter und wird dann mit der G-10-Kommission besprochen.

Das war das übliche Verfahren, und ich denke mal, Bedenken in dem Sinn gab es jetzt zu den Leitungsvermittelten. Das war diese Rechtsfrage, die wir vorhin schon mal diskutiert hatten. Zu den paketvermittelten Verkehren würde ich nicht sagen, dass es nach meiner Erinnerung Bedenken gab, sondern das war einfach allen Beteiligten klar, dass das qualitativ eine andere Vorgehensweise ist als die leitungsvermittelte Erfassung und



Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, Herr Dr. Burbaum, ich habe jetzt eine Frage, die sich auf Ihre juristischen Kenntnisse bezieht und nicht auf den Zeitraum, weil der Zeitraum nämlich den Dezember 2012 anspricht.

In der Deutschland-Akte des *Spiegel* wurde in einer angeblichen NSA-Folie mit dem Titel „Boundless Informant“ für den Zeitraum Dezember 2012 aufgezeigt, wie viele Daten in der Fernmeldeaufklärungsdienststelle Bad Aibling und einer vorgelagerten BND-Erfassungsdienststelle eingehen. Boundless Informant wird definiert als NSA-Programm, das auf sogenannten Heatmaps anzeigt, wie viele Metadaten die NSA gerade zur Verfügung hat, beispielsweise nach Ländern sortiert. Für Dezember 2012 weist diese Übersicht über 500 Millionen erfasste Daten aus, davon rund 471 Millionen in der Dienststelle Bad Aibling und rund 82 Millionen in der vorgelagerten

Dienststelle des BND. Das ist im *Spiegel* „Deutschland-Akte“ benannt worden.

Wenn die Amerikaner keinen Zugriff auf unsere Erfassungsdienststellen haben, wie Sie ja erläutert haben, wie kann es sein, dass sie dann quasi taggenau, bis auf ein einzelnes Datum genau, wissen - zumindest in der Millionengröße genau wissen -, wie viele Daten in deutschen Erfassungsdienststellen eingehen? Das ist etwas, was sich uns in den bisherigen Befragungen nicht erschlossen hat. Diese Frage haben wir mehrfach schon gestellt.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das kann ich Ihnen auch nicht erklären. Das weiß ich einfach nicht. Ich kenne auch diesen Artikel nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aber es ist doch so, dass, wenn es klar ist, dass keine Erfassungen erfolgen durch die Amerikaner und von der dortigen Seite solche Daten erwähnt werden, wir hier in einem Missverhältnis sind. Lassen sich aus Ihrer Sicht dort Schlüsse ziehen, in welcher Weise dies möglicherweise geschehen sein kann?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Zunächst mal all das unterstellt, dass das stimmt, was der *Spiegel* schreibt: Was genau dahintersteckt, kann ich nicht beurteilen, weil ich die Vorgänge da nicht kenne. Man kann da jetzt viel drüber erwägen, ob das jetzt verhältnismäßig ist oder nicht oder was da eigentlich genau geschieht. Also, ich mag mich da jetzt, ehrlich gesagt, nicht wirklich einlassen, denn ich kann das nicht beurteilen, was da im *Spiegel* benannt ist, weil ich es einfach nicht weiß, was da dargestellt ist, und das mag ich auch nicht bewerten.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gut. - Dann habe ich von unserer Seite aus, von der Arbeitsgruppe Union, keine weiteren Fragen. Wir danken Ihnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kämen wir jetzt wieder zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne zu einem Dokument fragen aus MAT A BND-9/4, Ordner 172, Blatt 8 ff. Problem ist: Ich kann ungefähr einordnen, das muss aus November 2003 sein. Ich kann nicht wirklich sagen, wer es verfasst hat. Das heißt „Hintergrundinformation zur Funktion eines Separators geschützt“ - und dann ein Pfeil - „nicht geschützt. Tk-Verkehr“. Dann geht das zu dieser Funktionsweise des Separators, also wie man G-10-Verkehr von Routineverkehr unterscheidet und welche technischen Probleme es dabei gibt.

Jetzt würde ich Sie als Erstes gerne zu dem Papier fragen, ob Sie es kennen und ob Sie an seiner Abfassung beteiligt waren. Dazu müsste das mal in Richtung des Zeugen wandern.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und ein Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick - Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die Bundesregierung muss das nicht zwingend einsehen! Die ist ja nicht Zeugin!)

- Die hilft nur. Du bist jetzt da viel zu kritisch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bevor Sie antworten: Können wir das auch mal kurz sehen? Dann kann man die Antwort besser zuordnen. Nur einmal ganz kurz.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir können ja schon mal - - Kennen Sie das Papier?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Also, es ist mir jetzt nicht präsent. Wenn ich es anschau, würde ich sagen, das ist ein Papier, das Techniker produziert haben, was einen gewissen Zwischenstand der Überlegungen dafür darstellt, wie man einen solchen Separator ausgestalten kann. Es gibt, soweit ich mich erinnere, in den Akten sehr viele solche oder ähnliche Papiere, in denen dann eben Überlegungen dargestellt worden sind, wie ein Separator zu bauen ist. Beteiligt an diesen Papieren waren wir quasi im Verfahren. Diese Papiere sind nicht immer quasi gemeinschaftlich produziert worden, sondern es gab dann bei-

spielsweise eine technische Dienststelle. Die hat ihre Vorstellungen niedergelegt, die dann da irgendwie realisierbar wären, und diese Papiere wurden dann zirkuliert zur Bewertung in anderen Bereichen, ob das sinnvoll ist, rechtlich zulässig ist usw. Mir scheint das eher ein Zwischenstand zu sein. Ich glaube, solche Papiere gibt es mehrfach.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde gerne zu dem Papier fragen. Zu Beginn stellt ein „Ich“ dort fest:

[REDACTED]

Es geht dabei um die Trennung zwischen Datenstrom anhand vorgegebener Kriterien, geschützten Datenstrom für die G-10-Erfassung und einen ungeschützten Datenstrom für die Routineverfassung, und dann werden im weiteren Verlauf eben verschiedene Problemfelder angerissen, warum es zu diesen Problemen kommt:

[REDACTED]

Jetzt habe ich eine Frage, die ja möglicherweise auch Sie als G-10-Juristen dann betrifft. In diese Kriteriendatenbank, mit der dieser Selektor arbeitet, sind eben auch IP-Adressen eingespeist worden.

[REDACTED] Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Die Überlegung darüber, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das denn dann auch so gemacht worden?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ob es nachher so realisiert worden ist, weiß ich nicht, weil ich, wie gesagt, nicht genau weiß, wie dieser Separator am Ende funktioniert hat. Ich weiß aber, dass

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie des folgenden Zitats lautet: MAT A BND-9/BND-17, Tagebuchnummer 18/14, Ordner 172, Blatt 8 ff.



Auszug offen

[REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Da wird jetzt ausgeführt zu dieser Stellung der IP-Ranges auf Seite 14:

[REDACTED]

Erste Frage - die müsste Sie vielleicht als Jurist auch interessiert haben -: [REDACTED]

[REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

[REDACTED] Das Problem hatte ich vorhin auch schon mal in öffentlicher Sitzung angesprochen, also dass man in die Kriteriendatenbank überhaupt keine vollständige

Übersicht der deutschen IP-Adressen einpflegen konnte.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Wie gesagt, ich gehe davon aus, dass dieses Papier einen Zwischenstand darstellt. Wie das am Ende tatsächlich realisiert worden ist mit diesen IP-Adressen, das weiß ich nicht mehr. Das Papier wirft Probleme auf, die bestehen. Ob diese Probleme nachher gelöst worden sind, das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich hätte jetzt noch eine Reihe von Fragen, die ich, glaube ich, nicht sinnvoll stelle, weil sie zum Beispiel den Zeitraum von 2007 und die Operation „Granat“ betreffen. Da, sagen Sie, können Sie keine - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Wie gesagt, nachdem ich 2005 beim BND weggegangen bin, habe ich keine Kenntnisse mehr, wie das weitergegangen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann habe ich keine Fragen im Moment.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Wir haben keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann fange ich an und gebe gleich weiter an den Kollegen. - Wir haben eben schon mal darüber gesprochen, und zwar im Hinblick auf andere Kooperationen mit anderen Telekommunikationsanbietern im Ausland. - Genau, da guckte die Regierung so, und da frage ich mich, ob wir darüber nicht Auskunft bekommen können und, falls nicht, warum nicht, was das Argument ist, das genaue Argument, dass ich hierzu keine Fragen stellen darf. So hatte ich es eben verstanden. Es sei denn, Sie korrigieren sich jetzt; dann kann ich natürlich Fragen stellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

RD Philipp Wolff (BK): Sie hatten ja in der letzten Sitzung schon die Problematik mit der Operation [REDACTED]

[REDACTED] Ansonsten sind entsprechende Vorgänge nicht untersuchungsgegenständlich. Insbesondere betreffen sie nicht in dem Sinne die Five Eyes, wie das im Untersuchungsauftrag drinsteht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Untersuchungsauftrag geht es nicht nur um die Five Eyes, sondern es geht auch um die Frage der Massendatenerfassung durch den BND. Insofern ist der Untersuchungsauftrag ganz klar erfasst meiner Ansicht nach. Da ist natürlich die Frage, was der BND macht im Ausland mit anderen Telekommunikationsanbietern, ob er ganz ähnliche Modelle fährt wie die NSA hier, eine relevante Frage. Deswegen sage ich mal, das müsste dann hier einmal festgestellt werden, damit man das dann auch sozusagen fest als überprüfbar bekommt, wenn Sie sagen - das ist ja das eine -, [REDACTED] - habe ich so verstanden; ich weiß gar nicht, ob ich es aussprechen darf, aber in geheimer Sitzung darf man das ja vielleicht - [REDACTED]

[REDACTED] So hatte ich es verstanden. Vielleicht habe ich das ja falsch verstanden. Aber deswegen: Staatswohl und so und ganz krass.

Jetzt ist ja die Frage bei diesen Sachen - Telekommunikationsanbieter im Ausland, mit denen der BND ganz ähnliche Dinge macht; können ja teilweise abgeschlossen sein, aber für unsere Frage hochrelevant -, inwieweit der BND im globalen System der anlasslosen Massendatenerfassung eine ganz eigene Rolle spielt. Insofern würde ich den Zeugen gerne befragen zu dem Thema. Wenn die Bundesregierung sagt, das gehört nicht zum Untersuchungsgegenstand, hier zu Protokoll, dann wissen wir, woran wir sind, und dann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht kann man es so machen: Auf welchen Punkt des Einsetzungsbeschlusses bezieht sich die Frage denn? Dann können wir es vielleicht klären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihen Sie?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf welchen Punkt des Einsetzungsbeschlusses bezieht sich das denn? Wo ergibt sich denn das aus dem Einsetzungsbeschluss? Vielleicht können wir das positiv klären. Wir haben gerade auch mal geguckt. Nur, wenn es jetzt geht. Sonst müssen wir das jetzt auch nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir können das raussuchen, aber es ist ja völlig unstrittig. Das bestreitet noch nicht mal Herr Akmann, glaube ich. - Sie bestreiten, dass wir uns mit der anlasslosen Massendatenerfassung durch den BND beschäftigen?

MR Torsten Akmann (BMI): Nein, das nicht. Es geht um die Five Eyes.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, dass Sie da auf diese eine Stelle verweisen. Aber dass es grundsätzlich auch darum geht, welche Rolle der BND da spielt, das bestreiten Sie.

MR Torsten Akmann (BMI): Gucken Sie bitte in den Auftrag. Das können wir gerne gemeinsam machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Außerdem war das nach unserer Meinung der Ersatz für das auslaufende „Granat“- oder „Eikon“-Projekt. [REDACTED]

[REDACTED] Das müssen wir ja durch den Zeugen rauskriegen. Wir haben dazu ja auch noch keine Akten gesehen. [REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das können wir auch nachher. Das müssen wir jetzt nicht machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir suchen jetzt den Einsetzungsbeschluss. - Okay. Ich stelle die Frage zurück. Wir suchen das, und dann gucken wir.

Noch einmal eine ganz andere Frage, Herr Dr. Burbaum, nämlich bezüglich dieser Leitung in Frankfurt. Da wurde ja sehr explizit gesagt,



Auszug offen

dass das nicht DE-CIX ist, nicht der DE-CIX-Knotenpunkt, an den man da rangeht. Können Sie dazu was sagen, was für eine Leitung das genau war?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das habe aber nicht ich gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das stimmt. Aber das wurde hier so im Verlauf gesagt oder vielleicht auch im Umfeld, und deswegen fragen wir uns: Was für eine Leitung war das genau, an die man da rangegangen ist?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Was für eine Leitung?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das ein Tier-1-Kabel?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht; tut mir leid.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie den genauen Ort bezeichnen? Sie waren mal da und haben es sich angeguckt, oder?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie den genauen Ort bezeichnen, wo das war? Frankfurt Downtown oder - -

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [REDACTED] Ich habe da ja mal 22 Jahre gewohnt. - Okay. Aber was für ein Kabel da verläuft, das - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Tut mir leid. Nein, das weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht. Okay. - Wir klären das noch mit der Frage, und dann habe ich da gleich noch mal nach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Kollege Ströbele hat aber weitere Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Im Anschluss daran: Wir können uns ja nur dafür interessieren, was in Ihrer Zeit gewesen ist, also bis 2005. War in Ihrer Zeit - - Sie sind vorhin schon gefragt worden: noch ein anderes Kabel in Deutschland - da haben Sie gesagt: Nein -, wo abgegriffen worden ist? Gab es denn zu Ihrer Zeit nach Ihrer Kenntnis im Ausland noch eine andere Stelle, wo abgegriffen worden ist, also wo Daten vom BND gesammelt worden sind - meinetwegen ausgefiltert oder auch nicht - und dann an die NSA weitergeleitet worden sind, in Ihrer Zeit?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich bitte um Nachsicht, aber so, wie ich die Diskussion eben verfolgt habe, ist es nicht die Frage, ob es in meiner Zeit war, sondern ob es in den Untersuchungsgegenstand fällt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber natürlich. Ich gehe ja auch davon aus, dass an die NSA weitergegeben worden ist. Dann gehört es auf jeden Fall dazu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wollen wir kurz unterbrechen oder - -

MR Torsten Akmann (BMD): Nein, das ist das, was Herr Wolff eben schon sagte - Stichwort [REDACTED] -: nicht Untersuchungsgegenstand.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, danach habe ich Sie ja gar nicht



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

gefragt, [REDACTED] Ich weiß nicht, wann [REDACTED] war. Ich frage ganz abstrakt und ohne irgendein Wort zu benutzen, ob zu Ihrer Zeit, 2005, der Bundesnachrichtendienst leitungsgebundene Verkehre abgegriffen hat in anderen, möglicherweise außereuropäischen Ländern, also außerhalb Deutschlands, und die dann auf G-10-Verkehre gesäubert hat oder gefiltert hat und dann an die NSA weitergeleitet hat oder überhaupt an die NSA weitergeleitet hat. Wissen Sie was davon, in Ihrer Zeit, bis Anfang 2005? Ich weiß nicht, ob [REDACTED] da überhaupt eine Rolle spielt. Keine Ahnung; ich kenne das ja nicht.

MR Torsten Akmann (BMI): Wir würden ganz gerne kurz unterbrechen, wenn das möglich ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Reichen fünf Minuten? Ja, oder?

MR Torsten Akmann (BMI): Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich noch ganz kurz ergänzen und das zu Ihren Überlegungen in der Pause mitgeben? Nicht, dass gleich wieder unterbrochen werden muss.

Es ist meiner Ansicht nach völlig problemlos subsumierbar unter Nummer 7, die Frage:

Haben Stellen des Bundes oder durch sie mit sicherheitsrelevanten ... Aufgaben Beauftragte Daten aus den in den Nummern I. oder 1. genannten Aktivitäten erlangt oder genutzt sowie dafür möglicherweise Gegenleistungen erbracht?

Dann kommt die ganze Frage - ich lese Ihnen das jetzt nicht vor, aber es lässt sich problemlos darunter subsumieren - des Ringtausches. Dafür ist das natürlich total relevant, ob der BND das im Ausland genauso macht wie die NSA.

Und wenn Ihnen das alles noch nicht reicht, dann können Sie zu III.1 gehen im Hinblick auf die Frage:

Sind rechtliche und technische Veränderungen am deutschen System der nachrichtendienstlichen Auslandsüberwachung nötig, um der Grund- und Menschenrechtsbindung deutscher Stellen vollaufgerecht zu werden und gegebenenfalls welche?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da steht „Auslandsüberwachung“ drin?)

- Ja, das steht da drin. Genau.

Deswegen sage ich noch mal mit explizitem Hinweis auf diese Formulierung: Wir könnten ja auch unseren Untersuchungsauftrag auch als Opposition problemlos erweitern. Brauchen wir gar nicht zu tun; steht hier eindeutig drin. Deswegen würde ich gerne nach der Unterbrechung hören, ob Sie immer noch diese meiner Ansicht nach rechtsirrig Auffassung vertreten, dass diese Frage hier nicht vom Untersuchungsgegenstand erfasst ist. Dann haben wir das hier einmal fürs Protokoll. Dann können wir damit weiterarbeiten. Wenn Sie andere Gründe jetzt aus dem Hut zaubern, warum Sie darüber nicht reden wollen, dann würde ich Sie das nächste Mal bitten, diese direkt anzusprechen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt unterbrechen wir für fünf Minuten. Danke schön.

(Unterbrechung von 17.36 bis 17.43 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich denke, wir können fortfahren. Ich würde das Wort der Bundesregierung geben, weil ich vermute, es hat eine Meinungsbildung stattgefunden. - Herr Akmann, ist das eine Meldung? - Ja.

MR Torsten Akmann (BMI): Die Bundesregierung ist ja immer kompromissbereit. Wir würden in Ihrem Interesse, denke ich, dem Zeugen jetzt Gelegenheit geben, dass er auf Ihre Fragen antwortet, allerdings ohne Anerkennung einer Rechtspflicht.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Dann versuche ich, Ihre Frage zu beantworten. - Ihre Frage, wenn ich sie richtig erinnere, war, ob es nach meiner Kenntnis Zugriffe des BND im Ausland auf leitungsvermittelte Verkehre gab.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

MR Torsten Akmann (BMI): Sie haben ja Bezug genommen in Ihrer Argumentation, das würde dem Untersuchungsauftrag unterfallen, und haben Bezug genommen auf Ziffer 7. Ich rege an, doch die Ziffer 7 noch mal zu lesen. Dort wird ganz ausdrücklich Bezug genommen auf die Nummer I des Untersuchungsauftrages - die können wir gerne gemeinsam lesen; da ist der Bezug hergestellt zu den Five Eyes -, und es wird Bezug genommen in Ziffer 7 auf Nummer I Ziffer 1 des Untersuchungsauftrages. Auch dort haben Sie den Bezug zu den Five Eyes.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich habe auch III Nummer 1 genannt. Da steht kein Bezug zu den Five Eyes, aber es ist für die rechtliche Beurteilung dessen, was der BND macht, schon relevant,

[REDACTED]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

MR Torsten Akmann (BMI): Auch zu Ziffer III sage ich gerne noch was. Das ist ja der Enquete-Teil. Ich denke, darüber sind wir uns, glaube ich, einig, dass das so ist. Aber selbst wenn man die Frage darunter subsumieren sollte, dann ist es doch so, dass wir einen Obersatz haben beim Untersuchungsauftrag, und der Obersatz des Untersuchungsauftrages nimmt Bezug auf die Snowden-Dokumente. Reine Auslandsoperationen des BND - Fehlanzeige bei den Snowden-Dokumenten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind aber keine reinen Auslandsoperationen, weil die Daten hier verarbeitet werden.

Ich sage mal: Zum Nachspüren unserer These des globalen Massendatenerfassens ist das eine sehr relevante Frage. Ich finde es ja schon mal gut, dass wir hier erfahren, dass es ähnliche Aktionen des BND im Ausland gab, weil es ja auch zur Einordnung dessen, was die NSA macht, und der öffentlichen sozusagen Empörungsnummern bzw. der Rolle Deutschlands als Nichtplayer in diesen Dingen - - relativiert. Deswegen ist das eine interessante Information.

Aber trotzdem ist natürlich für uns relevant, wo das stattfindet, um das einordnen zu können. Denn es macht natürlich einen Unterschied, ob das in Holland stattfindet oder in Afghanistan. Deswegen würde ich mich ja erst mal schon zufriedengeben, wenn man sagt, auf welchem Kontinent es stattfindet - oder stattgefunden hat; so muss ich ja wohl, glaube ich, sagen, weil um noch laufende Aktionen geht es ja explizit nicht.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, wir haben uns abschließend geäußert dazu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich abschließend geäußert, der Zeuge hat dafür keine Aussagegenehmigung, weil die Frage ist nicht Untersuchungsgegenstand. Das ist Ihre Argumentation. Sagen Sie noch mal ja ins Mikrofon, damit das ins Protokoll kommt.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, Herr von Notz, Sie haben recht. Genau so war es gemeint.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege von Notz, Herr Kollege Hahn hat eine Wortmeldung. Ich vermute mal, dass er genau zu dieser Fragestellung auch eine Stellungnahme abgeben will oder eine Wortmeldung abgeben will. Sollen wir das so akzeptieren? - Ich glaube, ja. Der Kollege von Notz macht eh gerade eine Unterbrechung zum Besprechen. Dann würde ich dem Kollegen Hahn ganz kurz das Wort geben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, wir haben ja auch eine gewisse Fürsorgepflicht gegenüber der Bundesregierung, sie vor Fehlern zu bewahren, dass das dann im Nachhinein zu Verwerfungen führt, die nicht nötig sind, Herr Vorsitzender. Deshalb: Am Ende entscheidet der Ausschuss, ob der Zeuge Antwort geben muss, und nicht die Bundesregierung. Das ist so.

Für mich ist der Punkt - und da bitte ich Sie noch mal, die Bundesregierung auch zum Nachdenken zu bewegen dahin gehend, was den sogenannten Enquete-Teil angeht, den Sie jetzt genannt haben -: In III.1 lautet die Formulierung:

Sind rechtliche und technische Veränderungen am deutschen System der nachrichtendienstlichen Auslandsüberwachung nötig, um ... Menschenrechtsbindung ... vollauf gerecht zu werden ...

Um beurteilen zu können, welche Veränderungen rechtlicher und technischer Art nötig sind, muss ich wissen, wie der gegenwärtige Zustand ist. Wenn ich nicht weiß, was Sie gegenwärtig machen, kann ich keine Veränderungen vorschlagen, weder rechtlich noch technisch. Wenn es um die strenge - wie es hier steht - Menschenrechtsbindung geht und die Grundrechtsbindung, dann ist doch völlig klar, dass wir diese Vorschläge dem Deutschen Bundestag nur dann übermitteln können, wenn wir wissen, was läuft. Und das bezieht sich ausdrücklich auf die nachrichtendienstliche, das deutsche System der nachrichtendienstlichen Auslandsüberwachung. Das ist die Formulierung. Nicht Five Eyes, nichts von alledem, sondern Vorschläge für rechtliche



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

und technische Veränderungen. Das kann ich nur bewerten, wenn ich weiß, was stattfindet, und das ist der Punkt, wo ich glaube, dass Ihre Argumentation nicht mehr funktioniert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Hahn. - Ich habe jetzt Herrn Kollegen Flisek als nächste Meldung.

Nur ganz kurz: Wir können weder bei der Bewertung der Einstufung von Dokumenten als auch bei der Erteilung von Aussagegenehmigungen unsere Einschätzung an die Stelle der Bundesregierung setzen. Teilen wir das nicht, bleibt wieder der Weg möglicherweise eines gerichtlichen Verfahrens, wozu ich mich jetzt nicht äußern möchte als Vorsitzender. Das muss man auch verstehen. Das muss jeder selbst bewerten, die Einschätzung. Aber wir können nicht sagen: Das sehen wir anders; wir erteilen jetzt dem Zeugen eine weiter reichende Aussagegenehmigung. - Wenn wir da einen Dissens haben, bliebe dem Ausschuss - oder auch als Minderheitenrecht über den § 18, auf den dann verwiesen wird im PUAG - die Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsschutzes. Aber wir können natürlich nicht sagen: Ignorieren Sie das, Herr Zeuge. Wir erteilen Ihnen jetzt eine vollumfängliche Aussageberechtigung. - Das geht einfach nicht.

Kollege Flisek, Kollegin Renner, Kollege von Notz. - Ich würde, weil das eine inhaltliche Sache ist, eine kleine Beratungsrunde machen. Die Wortmeldungen sind ja da.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So machen wir es!)

Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Aus unserer Sicht ist es schon so, dass wir natürlich da auch Fragen haben, Fragen vor allen Dingen - das hatte ich ja schon mal in der Vergangenheit auch angedeutet -, die mögliche Restzweifel betreffen in Bezug auf den Charakter und die konkrete Ausgestaltung eines etwaigen Kompensationsgeschäftes.

Ich meine, ich möchte jetzt darauf verweisen, dass wir uns ja darauf verständigt haben - grundsätzlich mal -, dass wir diesen Themenkomplex dem Parlamentarischen Kontrollgremium zunächst einmal zur Beratung geben, und auch die Anregung ja dann eben im Raum steht, dass die Obleute des Untersuchungsausschusses dort hinzugeladen werden. Ich möchte einfach die Gelegenheit nutzen, dass man wirklich auch diesen Bereich dann vielleicht dort für diese Sitzung - es scheint ja vielleicht so zu sein, dass das schon eine der nächsten sein kann - so vorbereitet, dass wirklich diese Restzweifel dann substantiiert vom Tisch kommen, weil ansonsten wird es hier, glaube ich, weitergehen. Ich meine, es ist ja auch so: Bei allem Verständnis jetzt dafür, wenn man jetzt sagen würde, [REDACTED]

Das formale Argument der Reichweite des Untersuchungsauftrages, das führt hier immer wieder zu heftigen Diskussionen. Das kann ich auch nachvollziehen, dass das so ist. Insofern wäre es eigentlich ganz gut, wenn man substantiiert in Vorbereitung dieser nächsten PKGr-Sitzung, die dann jetzt bald stattfinden wird, das dann hoffentlich ausräumt. Ich glaube, wir haben auch - - oder ich würde anregen, dass wir die Zeit haben, dass wir diesen Themenkomplex bis dahin jetzt nicht mehr so heiß hier stricken, weil wir diesen Termin dann auch vor Augen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist eine kluge Anregung. - Jetzt habe ich die Wortmeldung von Frau Kollegin Renner noch. Dann kriegt der Kollege von Notz wieder das Wort, und dann sollten wir mit Blick auf die Uhr - acht Stunden vernehmen wir den Zeugen jetzt gleich schon - gucken, dass wir vielleicht diesen Zeugen - zwei Zeugen warten noch - - dass wir dann mit der weiteren Zeugenvernehmung fortfahren.

Frau Kollegin Renner, und dann wäre die Runde voll. Kollege Kiesewetter meldet sich auch gerade noch. Dann sollten wir aber in die Befragung wieder einsteigen. Da war der Kollege von Notz dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte einfach nur noch mal den Gedanken des Kollegen Dr. Hahn weiterführen, dass ich sehr wohl sehe, dass



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

die Fragestellung aus III.1, also welche gesetzlichen und technischen Veränderungen notwendig sind, um eine Menschenrechts- und Grundrechtsbindung bei der strategischen Auslandsüberwachung zu gewährleisten, genau zu dieser Fragestellung eine hohe Relevanz hat, weil ja möglicherweise eine Datenerfassung im Ausland durch einen AND oder ein Telekommunikationsunternehmen für den BND in Rede steht, was ohne Beitritt des BND, möglicherweise also ohne Transfer von Technik und Know-how, dort hätte gar nicht in der Form stattfinden können, und dass im Rahmen dieser Erfassung im Ausland, die der BND nicht selbst macht, sondern möglicherweise dort durch einen AND oder einen Telekommunikationsanbieter erledigt lässt, Daten von deutschen Grundrechtsträgern erfasst werden, die nicht nur an den BND hier zur Selektion weitergegeben werden und dann an einer Außenstelle - wo auch immer - G-10-bereinigt werden, sondern eben auch durch den AND in diesem Partnerland genutzt werden oder sogar von diesem AND in diesem Partnerland, der alleine sozusagen durch die Ermächtigung oder Befähigung durch den BND das alles macht, also quasi das Verhältnis NSA-BND jetzt fortgesetzt wird BND-X - wir wissen nicht, welcher AND es ist - - dazu führt, dass es sozusagen dort zu Grundrechtseingriffen auch gegenüber deutschen Bürgern und Bürgerinnen kommt. Und dann ist es schon für uns von hoher Relevanz, ob das ein Staat ist, dem wir eine Rechtsbindung zubilligen, weil wir sagen, der gehört - was weiß ich - zur westlichen Wertegemeinschaft, EU, NATO oder sonst was, oder ob das ein Staat ist, wo wir sagen: Ups, da haben wir leichte Bedenken, dass mit den Daten nicht vielleicht irgendwie, nachdem sie nun in die Lage versetzt wurden durch den BND, die Daten zu erfassen, und bevor die Daten hier beim BND anlanden - - auch das eine oder andere noch treiben und darunter auch Daten von deutschen Bürgern sind. Deswegen macht es einen Unterschied im Endeffekt, welches Land es ist, auf welchem Kontinent, welche staatliche Verfassung es dort gibt, welches Rechtsstaatssystem usw., nämlich zur rechtlichen Beurteilung dessen, ob - wie in III.1 - die Gesetzmäßigkeiten eben bei dieser Geschichte eingehalten werden oder ob man da sozusagen Schranken einziehen muss in Zukunft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Eine Wortmeldung jetzt noch in dieser sozusagen Beratungsrunde von Kollegen Kiese-wetter. Dann gehen wir mit den Fragen vom Kollegen von Notz weiter. Dann wird auch erst die Uhr wieder angestellt.

Roderich Kiese-wetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun kann man den Einsetzungsauftrag sicherlich mit unterschiedlichen Blickwinkeln sehen, und ich bin vielleicht derjenige, der da am wenigsten Einfluss nehmen konnte, weil ich erst relativ spät in diesen Prozess hier eingestiegen bin. Aber so, wie ich den Einsetzungsbeschluss lese, ist er sehr stark fokussiert auf die Five Eyes, und deshalb halte ich die Folgerung, das III grundsätzlich den BND oder die Handlungen des BND in einem weiteren Umfeld sieht oder gar infrage stellt, für eine Sichtweise, aber vielleicht nicht für die zutreffende.

Ich möchte gerne III.1 verknüpfen mit III.9, wo es heißt:

Welche sonstigen rechtlichen, technisch-infrastrukturellen und politischen Konsequenzen sind zu ziehen?

Ich denke, am Ende dieses Untersuchungsausschusses werden sicherlich etliche Gestaltungsempfehlungen und auch Verbesserungsvorschläge, vielleicht sogar Gesetzesanpassungen notwendig sein. Aber ich möchte hier auch deutlich zu Protokoll geben, dass das Ergebnis nicht sein kann, dass unser Land sich selbst einschränkt in sicherheitspolitisch notwendiger Erkenntnisgewinnung. Wir sollten umgekehrt auch darüber nachdenken, wie wir den BND im Rahmen der rechtlichen notwendigen Grenzen operativer machen. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt gehe ich wieder zur Frage-runde über. Der Kollege von Notz. Bitte schön.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde mich auch noch gerne dazu äußern. Ich sage es mal so: Ich verstehe die Tak-



Auszug offen

tik nicht genau. Das erzeugt maximale Aufmerksamkeit auf diese Frage, wenn man das gerichtlich klären lässt: Ist das vom Untersuchungsauftrag erfasst oder nicht? - Na gut. Aber wir haben es ja nun fünfmal hin und her besprochen, und Sie werden sich das ja überlegt haben. Aber ich finde es merky.

(Christian Flisek (SPD):
Was?)

- Merkwürdig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Akmann, dazu noch?

MR Torsten Akmann (BMI): Ja. Wenn ich dazu noch kurz was sagen darf. - Ich würde ganz gerne den Ball von Herrn Flisek aufnehmen. Das war doch auch das vereinbarte Verfahren, was wir hier eigentlich besprochen hatten. Weil Sie auch die Frage gestellt haben, Herr Abgeordneter Flisek: Ich kann Ihnen versichern, dass wir dann - - Ich weiß ja nicht, ob es jetzt TOP wird auf der nächsten PKGr. Ich meine aber, so was gehört zu haben. Man darf aber nicht darüber sprechen. Aber ich denke, dass wir dort natürlich Auskunft geben werden, vollumfänglich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir wissen ja nicht, wann der Termin ist und was auf der Tagesordnung steht, aber wir sind voller Hoffnung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wobei ich sagen muss: Wir können ja - ich weiß nicht, wie das funktioniert - aber dann ebendieses Protokoll hier zu den Akten ziehen, um darauf verweisen zu können.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt kein Protokoll!)

- Nein. Genau so ist es nämlich.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist das Schlimme!)

- Das ist das Schlimme. - Nein, das ist für die Arbeit dieses Ausschusses unfruchtbar, und so ist es ja wahrscheinlich auch genau gemeint. - Gut, nehme ich zur Kenntnis. Ist interessant, und man wird sehen.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Christian?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Zwei kurze Fragen. Die eine zu dem Komplex, den wir gerade hatten. Da habe ich nur noch mal eine Nachfrage, weil Sie haben sich dazu ja schon geäußert. Das, was Sie gesagt haben, also dass [REDACTED] das bezieht sich auf die Zeit, als Sie noch dort waren, als Sie beim Bundesnachrichtendienst waren?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie was über die Zeit danach sagen aus eigenem - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht?



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bezieht sich jetzt auf: bis Anfang 2005.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Genau. Ich weiß nicht, [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay oder nicht okay. - Jetzt habe ich auch nur die letzte Frage an Sie noch. Sie haben ja vorhin schon - auch da oben, also in der öffentlichen Sitzung - erwähnt, dass einer Ihrer Partner, Ihrer Gesprächspartner, im Bundeskanzleramt Herr Uhrlau war. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja, das ist richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich daran oder können Sie dazu überhaupt irgendwas sagen, dass Herr Uhrlau einen Freibrief erstellen sollte für diese Datenabschöpfung und dass er das - - am 11. Dezember 2003 sei er dazu aufgefordert worden?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich kann mich weder an den Begriff „Freibrief“ erinnern noch daran, dass Herr Uhrlau zu irgendetwas aufgefordert worden ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihnen den Satz mal vorlesen:

[REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Woraus wird das zitiert?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Habe ich schon mal zitiert bei einem anderen Zeugen, aber ich zitiere es gerne noch mal, der Wahrheitsfindung dienend. Seite 225. Das ist dann wieder der gleiche Ordner, aus dem ich vorhin schon mal gefragt habe: 181. Da ist das in der Mitte:

[REDACTED]

- das haben Sie auch schon bestätigt -

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

- also in Ihrer Zeit -

- dazwischen findet sich allerdings eine blau - -
also Schwärzung, blau; kann man nicht lesen -

Erinnern Sie sich daran? Waren Sie das, der auf-
gefordert hat? Waren Sie dabei? Wissen Sie da
was von?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich war es nicht, der
dazu aufgefordert hat, und ich weiß auch nicht,
wer das geschrieben hat.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Bitte?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich weiß nicht, wer
das geschrieben hat.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Vielleicht können
wir die Blauung ja mal auf-
klären!)

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Da steht was drunter, aber das ist na-
türlich alles geblaut. Eine Telefonnummer, aber
nur eine 8. 20AC **, ja, ja. Aber der Name steht da
nicht. Wissen Sie nicht?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Können Sie nicht sagen.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich war es nicht.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle
lautet: MAT A BND-9/BND-17, Tagebuchnummer
19/14, Ordner 181, Blatt 225.

** Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle
lautet: MAT A BND-9/BND-17, Tagebuchnummer
19/14, Ordner 181, Blatt 227.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Also, „Freibrief“ hören Sie zum ersten
Mal?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Den Begriff finde ich
eigenartig. Ja, höre ich zum ersten Mal.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Weil der kommt nachher noch mal
vor, aber nicht in der Zeit, als Sie da sind, son-
dern 2006. Da soll der dann erteilt worden sein.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Vielleicht kann die
Bundesregierung den Frei-
brief mal aufklären!)

Wissen Sie nicht?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Kann ich nichts zu
sagen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Können Sie nichts zu sagen. Gut,
müssen wir versuchen, vielleicht noch einen
Zeugen zu kriegen. - Danke sehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sehe noch
zwei kurze Fragen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Dann übernehme ich noch einmal
ganz kurz an der Stelle, weil wir haben vorhin
darüber gesprochen. Da geht es meiner Ansicht
nach um das Schreiben des Bundeskanzleramtes
an den - darüber haben wir vorhin in öffentlicher
Sitzung gesprochen - Telekommunikationsbetrei-
ber. So haben Sie es aber jetzt gar nicht aufge-
fasst?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: So, wie ich es jetzt
eben verstanden habe, geht es um einen Freibrief,
der irgendjemand gegenüber erteilt werden soll
zur Kooperation mit den Amerikanern. Das klang
jetzt sehr pauschal. Ich habe deswegen auch vor-
hin gesagt: Den Begriff „Freibrief“ kenne ich
nicht.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN):** Okay.



Auszug offen

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe den nicht erfunden.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ich auch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, der steht so in den Akten.

Gut, von unserer Seite bestehen keine weiteren Fragen, Herr Dr. Burbaum. Ich wollte Ihnen sehr danken für die freundliche und geduldige Beantwortung all unserer Fragen.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Sehr gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich glaube, vonseiten der Union gab es auch keine weiteren Fragen. Jetzt kommen wir zur Fraktion Die Linke. Gibt es noch weitere Fragen? - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine letzte Frage. Sie bezieht sich auf die Unterlage MAT A BND-9/4, Ordner 172, Blatt 141 f. AL2 schreibt, Breitfelder, an zwei Personen: Chief SUSLAG und eine gebläute. Kann ich auch nicht viel zu sagen.

[REDACTED]

Da habe ich eine Frage, die dann tatsächlich die G-10-Filterung betrifft. Unter „Sachstand“ heißt es - II.1 -:

[REDACTED]

Und dann heißt es später unter „3“:

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: [REDACTED] Deswegen wundert es mich auch. Ich kann mich an dieses Schreiben nicht erinnern. Das tut mir leid; das weiß ich nicht. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass [REDACTED]

[REDACTED] Und deshalb: Das kann ich mir jetzt nicht erklären, worum es da geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das können Sie nicht einordnen, was damit gemeint sein könnte, dass - -

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein. [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Dann doch zu diesem Papier. Unter „4“ heißt es dann:

[REDACTED]

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie des folgenden Zitats lautet: MAT A BND-9/BND-17, Tagebuchnummer 18/14, Ordner 172, Blatt 141-143.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

Wir hatten ja vorhin, letztens - - Wir hatten ja heute schon öfters die Frage diskutiert, ob diese G-10-Anordnung ein Türöffner ist, um das eigentliche Begehrt auf die Routineverkehre zu erfüllen, und dieses eigentliche Begehrt ist nicht das eigene, sondern von jemandem Dritten, der das gerne haben möchte, [REDACTED]

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nicht, soweit ich beteiligt war. Ich würde das auch anders verstehen, offen gesagt. Ich würde es nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich habe es jetzt so verstanden.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Ja, eben. Deswegen sage ich es. Ich würde es nicht so verstehen, dass [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Aber in den Gesprächen, bei denen Sie auch beteiligt waren, mit dem AND spielte die Frage Geld keine Rolle?

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Nein, weil ich damals - im Gegensatz zu heute - mit Geld nicht befasst war.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Danke.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt noch mal die Frage an die Fraktion der SPD. Gibt es dort noch Fragen?

(Christian Flisek (SPD):
Nein!)

- Keine Fragen.

Wenn es keine Fragen mehr gibt, sind wir am Ende dieser Zeugenvernehmung. Nicht dass alle jetzt aufspringen!

Nach der Fertigstellung wird Ihnen vom Sekretariat das Stenografische Protokoll dieser Sitzung und auch der öffentlichen Sitzung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Überarbeitung [sic!] vorzunehmen oder Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage mitzuteilen.

Ich darf Ihnen - die einzelnen Kollegen haben das ja schon gemacht - ganz herzlich danken für Ihre Ausführungen, Herr Dr. Burbaum, für die Zeit, die Sie sich genommen haben als Zeuge hier, ungefähr acht Stunden; hatte ich eben schon gesagt. Das ist eine intensive Zeugenbefragung gewesen. Ich glaube, Sie haben uns weitergeholfen. Ganz herzlichen Dank. Alles Gute Ihnen weiterhin.

Zeuge Dr. Stefan Burbaum: Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Beweisaufnahme wird in - schaffen wir das in fünf Minuten, oder brauchen wir eine längere Pause; nein, oder? - fünf Minuten fortgesetzt in nicht-öffentlicher Vernehmung des Zeugen T. B. In fünf Minuten geht es hier im Raum weiter. Die Sitzung ist bis dahin unterbrochen.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Geheim:
18.10 Uhr - Folgt Fortset-
zung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Nichtöffentlich)



Auszug offen

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugenver-
nehmung, Geheim:
18.30 Uhr)

Fortsetzung der
Vernehmung des Zeugen
T. B.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich bitte nun erneut - - Aber das müsste eigentlich so sein, weil ich sehe keinen, der jetzt plötzlich dazugekommen ist, was ich gar nicht verstehen kann. Aber da niemand anderes da ist, dürfte jetzt keiner mehr im Raum sein, der dem Geheimhaltungsgrad nicht entsprechende Konferenzbescheinigungen vorgelegt hat. Ich stelle daher fest, dass keine unbefugte Person mehr im Sitzungssaal ist. Mobiltelefone und vergleichbare Geräte sind auch wieder alle draußen nach der Pause. - Gut.

Dann kommen wir direkt, würde ich sagen, in die Befragungsrunden. Ich denke, es macht jetzt keinen Sinn, wenn ich noch mal befrage, sondern wir gehen direkt in die Befragungsrunden der Fraktionen. Ich würde jetzt ganz normal anfangen mit der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner, Sie dürfen Ihre Fragen stellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge T. B., ich würde gerne zu Anfang fragen zur Datenweitergabe an den AND in Bad Aibling in der JSA, SUSLAG, NSA, AND; wie wir es nennen wollen, ist ja da nicht so entscheidend. Können Sie erst mal charakterisieren, welche Form von Daten weitergegeben wurden im Rahmen der Zusammenarbeit in der JSA?

Zeuge T. B.: Im Rahmen der Zusammenarbeit wurden Daten weitergegeben, die gemäß den entsprechenden Vereinbarungen erfasst und aufbereitet bzw. bearbeitet wurden. Explizit ausgeschlossen in den Vereinbarungen - beispielsweise im Annex, im Anhang 2 dieser Vereinbarung; das ist der rechtliche Anhang -



Martina Renner (DIE LINKE): Mich würde eher die Art der Daten interessieren. Waren das Daten, die man als Metadaten bezeichnen kann? Waren das Daten, die auch Inhalte betrafen? Waren das überwiegend Daten aus Erfassung von Telefon, also leitungsgebundenem Verkehr? Waren das auch Daten, die paketvermittelte Kommunikation betrafen? War es - - Dass Sie mir sozusagen zu der Qualität und der Art der Daten etwas sagen. Den Rest kenne ich.

Zeuge T. B.: Ja. Sie haben die Aufzählung schon fast vollständig gehabt. Es waren sowohl Daten, die leitungsgebunden waren, es waren auch Daten paketvermittelter Art, und es waren auch Daten, die sich um die Kommunikationsumstände ranken, landläufig als Metadaten bezeichnet. Und es waren auch Daten, die entsprechend aufbereitet wurden, beispielsweise aus der Signalanalyse.

Martina Renner (DIE LINKE): Konnten die Daten direkt aus dem SUSLAG-Gebäude - Blechdose wird es ja auch manchmal genannt - über die gemeinsame JSA-Struktur abgerufen werden oder nur innerhalb der JSA übergeben werden?

Zeuge T. B.: Die wurden nicht abgerufen. Es gab aus dem gemeinsamen Betriebsgebäude einen Ausgang, der von uns - sprich: BND - gefiltert wurde. Nach dieser Filterung ist dann der Datenstrom aufgesplittet worden und ist einmal dem AND zur Verfügung gestellt worden und erst dann in die Blechdose gegangen und zum Zweiten uns für die interne weitere Verarbeitung.

Martina Renner (DIE LINKE): Nun liegen uns Dokumente vor, zum Beispiel ein interner Bericht des BND, genannt „Schwachstellenbericht“, vom 06.08.2007 in MAT A BND-9, Tagebuchnummer 15/14,

- - und dass in diesem Bericht auch ausgeführt wird, dass es deswegen



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]
[REDACTED] Ist Ihnen dieser Schwachstellenbericht bekannt?

Zeuge T. B.: Dieser Bericht ist erstellt worden im Jahr 2007. Wir waren in Kenntnis gesetzt worden, dass es einen Bericht geben wird. Wir waren auch zur Zusammenarbeit mit dem Berichtersteller - das war eine ganze Gruppe von Mitarbeitern - angewiesen, und wir haben das auch entsprechend durchgeführt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, nun gut. Aber in diesem Bericht heißt es, es [REDACTED] Und Sie haben mir jetzt gesagt: Es gibt nur einen Ausgang; der ist BND-kontrolliert. - Das steht ja jetzt im Widerspruch. Also was ist denn jetzt richtig? Gab es eine [REDACTED] die Gefahr des Zugriffs des AND, oder gab es einen sicheren Ausgang, der lediglich vom BND kontrolliert wurde, und keine Zugriffsmöglichkeit des AND?

Zeuge T. B.: Es gab einen sicheren Ausgang aus diesem Ganzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es ein gemeinsames Netz?

Zeuge T. B.: Im Betriebsgebäude gab es ein gemeinsames Netz.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Wie hat man denn sichergestellt, dass bei dem Betrieb eines gemeinsamen Netzes im Betriebsgebäude nicht ein Zugriff des AND auf die dort verarbeiteten Daten organisiert wird?

Zeuge T. B.: Ich möchte das Ganze in einer anderen Art und Weise darstellen. Es gab insgesamt in dieser Dienststelle [REDACTED] getrennte Netze. [REDACTED]

[REDACTED]
[REDACTED] Und auch an der Stelle war auch sichergestellt, dass nicht irgendein anderer aus dem eigenen Netz dort zugreifen konnte. Wir haben auch explizit - das steht in den ganzen Papieren drin - - Wir haben uns explizit einer Fernsteuerung der Erfassungssysteme durch den AND verweigert. Das hat auch wesentliche Erschwernis in manchen Bereichen gebracht, aber wir wollten ganz sicher sein, dass nicht irgendetwas eingestellt wird, was an uns vorbei dann wieder abfließen könnte. Aus diesen Gründen sind diese Dinge so gestaltet worden. Das war auch für den AND eine Herausforderung, [REDACTED]

[REDACTED] Er hat sich aber, weil er genau wusste, dass es sonst nicht weitergeht, darauf eingelassen.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach der Frage müssen wir dann wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[illegible][illegible]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Zeuge T. B.: Das muss ich jetzt in der Form - - weil Sie haben mich jetzt da in der Richtung noch mal drauf gebracht. Es ist so, dass die Erfassungen aus dem Kabelansatz noch nicht freigegeben waren und aus diesem Grund nur bei den deutschen G-10-Bearbeitern gelandet sind und wir dort nicht in Produktion waren; paketvermittelt, Kabel.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Können Sie noch mal etwas sagen zu den zeitlichen Einordnungen. Wann kam man vom Probebetrieb in den Produktionsbetrieb?

Zeuge T. B.: Also, Kabel-IP habe ich nicht mehr erlebt. Das war nach meiner Zeit.

Christian Flisek (SPD): Welchen Produktionsbetrieb haben Sie erlebt?

Zeuge T. B.: Ich habe den Produktionsbetrieb¹ beispielsweise leitungsgebunden über Satellit erlebt. War im Wesentlichen Einsatzgebiete Bundeswehr in Afghanistan. Und an der Stelle ist es auch wieder ein anderer Punkt; denn in den Bereichen Leitungsgebunden, also Telefon, Fax, hatten wir jahrelange Erfahrung in der G-10-Filterung. - Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Die Produktion als solches hat sich auch an der Stelle unterschieden zwischen dem AND und uns. [REDACTED]

[REDACTED]

¹ Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

Das bedeutet, wir haben an der Stelle eine dreifache Sicherung gehabt. Wir haben

[REDACTED]

G-10-gefiltert - etwas, was wir viele Jahre vorher auch schon mit dem eigenen Material gemacht hatten -, und an der Stelle konnten wir dann auch sagen: Okay, das ist sicher, das können wir in die Produktion geben. - Was wir trotzdem noch als letzten Filterschritt hatten - das hatte ich in der nichtöffentlichen Sitzung auch schon angesprochen -: Wir hatten das Material, was an der Stelle zur Freigabe, also zur Übermittlung auch freigegeben war, jeweils 24 Stunden gesammelt, wir haben da drauf gesehen, und wenn wir irgend-etwas gefunden hätten, was uns komisch vorgekommen wäre, hätten wir es gestoppt und nicht übermittelt. Auch das war noch der letzte Punkt. Und darum kann ich auch nach wie vor hingehen und sagen: Ja, wir haben uns an Recht und Gesetz gehalten; wir haben kein G 10 an den AND übermittelt.

Christian Flisek (SPD): Und wann - - Sie sagen ja, das ist jetzt alles noch der - - Also, Sie reden jetzt über die Satellitendaten in der Produktionsphase, die Sie kennengelernt haben?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Lief das dann automatisiert ab?

Zeuge T. B.: Diese Dinge sind automatisiert gelaufen bis zu diesem Kontrollprozess, wo wir dann sagen: Okay, Freigabe ja/nein.

Christian Flisek (SPD): Die war manuell?

Zeuge T. B.: Dieses Stoppen war manuell, ja.

Christian Flisek (SPD): Können Sie uns noch was zu den Prüfungskriterien beim Einsatz von Selektoren sagen?

Zeuge T. B.: Jetzt für diesen leitungsgebundenen Bereich?

Christian Flisek (SPD): Insgesamt. Wenn Selektoren vom AND kamen, wie sind die geprüft worden in Bezug auf ihren Einsatz? Wir haben ja auch gehört das Thema deutsche Interessen, was ja nach wie vor für mich immer ein recht schwammiger Begriff ist, wo ich auch ehrlich gesagt nicht wirklich eine Vorstellung habe davon, wie man das operabel sozusagen - ich bin ja Jurist; man subsumiert da gerne - subsumieren kann.

Zeuge T. B.: Gut. Die grundsätzliche G-10-Prüfung, das ist eine Prüfung, die jeweils auf das aktuelle G-10-Erkennungsprofil zugegriffen hat bzw. dieses genutzt hat, und man hat die Suchbegriffe da durchgejagt. Das heißt, genauso wie Sie normalerweise Erfassungen prüfen und dort ja auch Inhalte im Endeffekt mit dabei haben, können Sie auch die Suchbegriffe durch so ein Profil jagen. Und in dem Moment, wo eine Telefonnummer beispielsweise dabei ist, die Sie als Auslandsdeutschen irgendwann mal identifiziert haben, dann wird die als Treffer markiert, und dann werden diese Dinge, diese Treffer, aus dieser Selektorenliste entfernt. Und das, was nicht getroffen hat, das ist dann für die Erfassung freigegeben. Das ist quasi der Teilbereich - - Selektoren sind ja in dem Fall Steuerungen. Das war auch an der Stelle wirklich so, weil es im Gegensatz zu - - nein, weil es an der Stelle eine reine Positivselektion gab. Der AND hat sowohl im leitungsgebundenen als auch im paketvermittelten Bereich nur positiv selektiert. Das heißt, ich muss eine E-Mail Adresse haben, die muss treffen, damit ich überhaupt die E-Mail auf-



Auszug offen

zeichne. Wenn ich eine E-Mail habe und da trifft nichts, keine E-Mail Adresse oder so irgendwas, dann wird das gar nicht aufgezeichnet. Sie können sich das Ganze vorstellen: Sie haben ein Riesenband Running Sushi, kommt nicht mehrfach vorbei, sondern nur einmal, und in dem Moment, wo Sie nicht etwas wegnehmen, fliegt es an der anderen Seite des Tisches in die Mülltonne. So ungefähr. Das heißt, wenn Sie nicht positiv etwas fest rauspicken und speichern, ist es weg.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Vielleicht noch eine letzte Frage von mir. War die Tätigkeit des ANDs in Bezug auf Deutschland außerhalb der Kooperation jemals Gegenstand von Erfahrungen oder von Wahrnehmungen, die Sie gemacht haben in Ihrer Tätigkeit, sei es durch Gespräche mit amerikanischen Kollegen, mit Kollegen beim BND oder eigener Wahrnehmung? - Also, Sie verstehen die Frage, ja? Wir haben die Kooperation, in der Sie ja auch sozusagen tätig gewesen sind, -

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): - die auf vertraglicher Basis basiert.

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Aber jetzt mal unterstellt, dass vielleicht der AND da noch andere Interesse auch in Bezug auf Deutschland hat, haben Sie da irgendwann mal außerhalb dessen Wahrnehmungen gemacht?

Zeuge T. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Oder ist sozusagen - - Wenn Sie das jetzt beurteilen würden aus Ihrer Sicht, aus Ihrem Kenntnisstand: Hat sich die gesamte Tätigkeit der NSA ausschließlich im Rahmen dieser Kooperation bewegt?

Zeuge T. B.: Innerhalb Deutschlands ja.

Christian Flisek (SPD): Bezogen auf Ihren Kenntnisstand?

Zeuge T. B.: Bezogen auf meinen Kenntnisstand.

Christian Flisek (SPD): Ja, okay. Dann habe ich keine weiteren Fragen momentan.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. Der Kollege Ostermann mit den Fragen.

(Widerspruch des
Abg. Dr. Konstantin von
Notz (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN))

- Ihr habt recht. Jetzt kommt erst Bündnis 90/Die Grünen - mein Fehler. Ihr habt völlig recht. Danke. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr T. B., ich sage es Ihnen mal ganz ehrlich, so vorweggeschickt: Für mich wird es eher unklarer, und ich überlege, woran es liegt, und ich versuche jetzt, der Sache auf den Grund zu gehen, woran es liegen könnte.

All das, worüber Sie reden bisher, handelt es sich da um leitungsvermittelte oder paketvermittelte Inhalte? Das, was Sie jetzt alles beschrieben haben, sind das leitungsvermittelte oder paketvermittelte Inhalte?

Zeuge T. B.: Wir haben bis jetzt über beides gesprochen.

(Christian Flisek (SPD):
Genau!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Womit sich jetzt die Frage stellt, wann Sie über was gesprochen haben.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Was war Sushi?)

- Die Sushi-Theorie; zu der komme ich gleich. - Aber Sie haben doch - - Haben Sie nicht vorhin gesagt, dass Sie paketvermittelte Sachen gar nicht mehr mitbekommen haben?

Zeuge T. B.: Was habe ich gesagt: dass ich was nicht mitbekommen habe?



Auszug offen

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Na gut. Also ich versuche es mal so: Es gibt hier so eine schöne Übersicht in diesem Gutachten. Ich weiß nicht - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Herr Zeuge, da geht es um die verschiedenen Datenarten, also Metadaten, IP-gesamt, Voice-over-IP oder Fax-over-IP und diese BGP und LDP, diese Netzwerkdaten. Sagt Ihnen das war, diese Einteilung?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir kurz wissen, welches Dokument das ist?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist der Bericht, sozusagen der Schwachstellenbericht, Tagebuchnummer 15/14, MAT A BND-9/2. Und da gibt es mehrere Übersichten sozusagen dieser vier Stränge. Das ist eine - - Kennen Sie das?

(Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hält Unterlagen hoch)

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bitte?

Zeuge T. B.: Ich kenne diese verschiedenen Materialarten, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. So, worüber haben Sie denn die letzte halbe Stunde geredet? Haben Sie über Metadaten, IP-gesamt, Voice-over-IP oder über BGP/LDP gesprochen? Hat sich das vielleicht abgewechselt?

Zeuge T. B.: Ich habe einmal gesagt, dass es paketvermittelte Daten aus der Kabelerfassung nicht gab, dass ich das nicht mitbekommen hätte, dass es in Betrieb gegangen wäre, weil es nach meiner Zeit war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich ja eben gerade gefragt.

Zeuge T. B.: Wir waren nur im Testbetrieb an der Stelle. Das war leitungsvermittelt, Paket.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich doch - -

Zeuge T. B.: Das andere ist, paketvermittelt über Satellit. Das haben wir gemacht. Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich Sie eben gerade gefragt. Da haben Sie gesagt, Sie haben über beides geredet.

Zeuge T. B.: Über alles insgesamt. Ich habe vorhin insgesamt über verschiedene Aspekte gesprochen, und ich habe insgesamt über verschiedene Materialien gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Insgesamt.

Zeuge T. B.: Wenn Sie insgesamt schon auf eine allgemeine Frage, wie funktioniert das, dann erwarten, dass ich erstens, zweitens, drittens, viertens sage, dann sagen Sie mir das bitte, dann versuche ich es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dahin wollen wir kommen, weil alles andere verunklarheit extrem, ja. Das ist ein Problem. Wir wollen ja klarer werden.

Zeuge T. B.: Bestimmte Dinge waren einfach für alle Materialarten gleich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge T. B.: Und die Positivselektion war für alle Materialarten gleich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt frage ich Sie: Können Sie über paketvermittelte Daten reden?

Zeuge T. B.: Wie meinen Sie das?



Auszug offen

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir darüber Fragen beantworten, über die Technik, wie das abgelaufen ist in der Praxis?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut. So, dann fangen wir an. Jetzt geht es mir um paketvermittelte Daten. Ich habe das jetzt so verstanden, dass diese Daten in und um Frankfurt an einem bestimmten Punkt abgegriffen werden: [REDACTED] Korrekt?

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann werden die gefiltert: [REDACTED] G-10-gefiltert, die gedoppelten Datenleitungen.

Zeuge T. B.: Ja. Aufgesplittet in ihren G-10- oder in Nicht-G-10-Anteil.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Die G-10-Daten gehen nach Pullach, die ungeschützten Verkehre gehen nach Bad Aibling.

Zeuge T. B.: Sind über Pullach an uns weitergeleitet worden, [REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch vor der G-10-Splittung?

Zeuge T. B.: Bei der G-10-Splittung -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der G-10-Splittung?

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - So, und jetzt kommt also [REDACTED] jetzt kommen da die klar G-10-gefilterten Daten. Von diesen vier Sorten kommt nur eine Art bei Ihnen in Bad Aibling an. Korrekt?

Zeuge T. B.: [REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dabei handelt es sich um Metadaten? - Um Metadaten? Ist diese Frage verwirrend?

Zeuge T. B.: Ja, die ist sehr verwirrend.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?

Zeuge T. B.: Weil jede Art von Daten hat sowohl inhaltlichen Wert und Daten, die sich darum finden. In dem Moment, wo Sie so einen Abgriff haben, müssen Sie, alleine um es zuzuordnen zu können, sagen, woher kommen diese Daten. Diese Informationen sind Metadaten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, das weiß ich wohl. Also in Deutschland spricht man ja über Verkehr - - Na gut, ich entnehme diese Begrifflichkeit den Listen sozusagen eines Schwachstellenberichts, der in Ihrem Haus erstellt worden ist. Also ganz so abwegig kann die Begrifflichkeit „Metadaten“ nicht sein.

Zeuge T. B.: Sprechen wir von - - Wenn Sie paketvermittelt wollen - -



Auszug offen

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, ich habe Ihnen keine Frage gestellt. - Ich will das jetzt klarer formulieren. Weil ich so wenig Zeit habe - - Es gibt - das habe ich ja eben schon mal angesprochen; das würde ich mir jetzt gerne von Ihnen bestätigen lassen - vier Sorten von Daten, die aus diesen Daten, die nach Bad Aibling kommen, sozusagen unterschieden werden -

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Doppelungen nicht ausgeschlossen, sage ich mal -: Metadaten, IP-gesamt, Voice-over-IP und Fax-over-IP und BGP und LDP. Korrekt?

Zeuge T. B.: BGP und LDP ist eine bestimmte Protokollart, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß.

Zeuge T. B.: - die in den IP-Daten enthalten sind. Wenn Sie das in der Form aufsplitten, dann hat es keinen technischen Wert in irgendeinem Sinn. Es hat für mich gesehen auch keinen politischen Wert in der Form -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keinen politischen?

Zeuge T. B.: - nein -, weil ich an der Stelle sage: Es entscheidet sich anhand der Struktur, der Informationen, die ich im Header eines IP-Kopfes habe, was für Daten darin transportiert werden.



Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das verstehe ich, Herr Zeuge, ich komme - -

Zeuge T. B.: - oder ich habe eine Webpage. Das sind alles Dinge, die da drinstecken. Wenn Sie

jetzt sagen: „Das eine ist dieses, oder das andere ist jenes“, kann ich Ihnen in der Form nicht folgen, weil ich es technisch nicht nachvollziehen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist freundlich - - Irgendwie harmonisiert es zwischen uns beiden nicht so richtig. Ich mache - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Frage noch; dann müssen wir bei der nächsten Runde dieses Harmonisieren üben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist wirklich krass. Na gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, das ist die Regel hier.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja gut, aber ich mache das hier heute - - Wenn das sozusagen die Art und Weise ist, wie wir hier verhandeln, dann wird das hier lang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich verstehe den Zeugen, muss ich ganz ehrlich sagen. Ich verstehe aber auch deine Fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist, Patrick, weil dir diese Liste nicht vorliegt, die der Zeuge in- und auswendig - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir suchen sie gerade nach.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist die Seite 136; ist eine von mehreren Blattnummern, wo diese Auflistung gemacht wird. Ich habe mir das nicht ausgedacht, und es ist, glaube ich, kein politischer Wille dahinter, sondern hier wird in dem Schwachstellenbericht anhand dieser Übersicht erklärt, wo die Schwachstellen in Ihrem System waren, die Sie eben alle gar nicht gesehen haben. Aber dieser Schwachstellenbericht, der führt das auf. Und der unterscheidet zwischen Metadaten, IP-gesamt, Voice-over-IP und BGP/LDP. Diese Daten



Auszug offen

werden - und jetzt kommt es - alle unterschiedlich behandelt. Können Sie das bestätigen, dass in Bad Aibling diese vier Daten, die Sie so gerne vermischen würden, aber die in diese vier unterschiedlichen Kategorien hier sortiert werden, dass die bei Ihnen unterschiedlich behandelt worden sind, Herr Zeuge?

Zeuge T. B.: Natürlich werden verschiedene Datenarten verschieden behandelt. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie beantworten nicht meine Frage. Und das ist hier eine ernste Nummer. Deswegen bitte ich Sie, das richtig zu beantworten. - Herr Wolff, Sie würden mir einen großen Gefallen tun, wenn Sie es jetzt einfach mal ertragen, dass der Zeuge diese Frage beantwortet.

(RA Johannes Eisenberg:
Die hat er doch gerade beantwortet! - RD Philipp Wolff (BK): Ich glaube, das ist kein böser Wille! Wenn Sie ihm das vorlegen, würde es vielleicht einfacher! - Weitere Zurufe)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Trotzdem. Das mag sein, weil ich habe es auch nicht vorliegen und habe dann auch manchmal Schwierigkeiten.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge, sein Rechtsbeistand und ein Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Gut, dann lassen wir den Zeugen mal ganz kurz sich in das Papier einlesen. Ein paar Sekunden wird das brauchen.

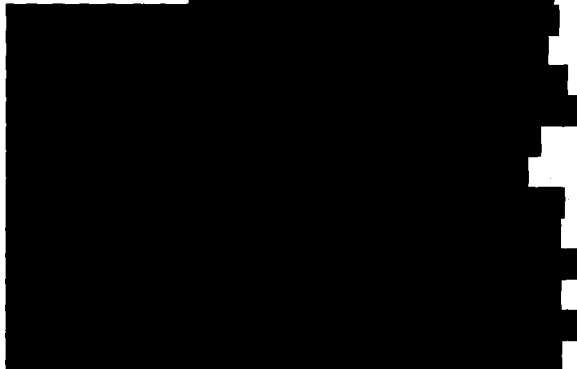
So, ich habe jetzt auch so ein Dokument. Jetzt kann ich dem auch wahrscheinlich leichter folgen. - Ich frage noch mal ganz kurz: Das ist in dieser Grafik, richtig?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine von mehreren Grafiken, die dieselbe Verarbeitungsstruktur zeigen. Es gibt noch zwei - -

(Der Vorsitzende begibt sich zum Platz des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und nimmt Einblick in dessen Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt verstehe ich auch die Frage, weil ich die Grafik gesehen habe. Ich glaube, Sie haben sich die Grafik auch angucken können und verstehen jetzt auch wahrscheinlich, warum nach diesen vier verschiedenen Strängen gefragt worden ist. Jetzt wären Sie an der Reihe, Herr Zeuge. - Ich gebe dann auch wieder grundsätzlich auch die Fragerunde an den Kollegen von Notz weiter, der jetzt aber zeitlich schon relativ am Limit angelangt ist, obwohl wir gestoppt haben. - Aber Herr T. B., diese vier Stränge und die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Prozeduren, will ich es mal nennen, sind schon interessant.

Zeuge T. B.: Ja, diese unterschiedlichen Prozeduren und diese Stränge sind im Grundsatz deswegen dort drin, weil im Endeffekt, wenn Sie sich das anschauen, verschiedene Prozesse bzw. auch verschiedene Systeme dort dranhängen zur Aufbereitung und auch im Endeffekt zur Filterung an den Stellen. Aber das heißt nicht, dass das, was hier aufgemalt ist, alles auch unmittelbar dann weitergeflossen ist bis zu den Daten zur Abholung. Zum Beispiel ist die Geschichte mit den Metadaten





1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu, Herr Zeuge - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, ich werde Sie gerne - das darf ich jetzt zur Beendigung meines Fragenkomplexes, der leider ein bisschen länger gedauert hat, als ich das gedacht hätte - dazu noch genau befragen, zu jedem einzelnen dieser Stränge. Da steht auch in dem Bericht ausdrücklich viel dazu drin. Aber wir einigen uns schon mal darauf - das wird jetzt die Frage, Achtung! -, dass diese vier unterschiedlichen Daten unterschiedlich behandelt werden, und wenn Sie von einer händischen Durchsicht sprechen, Herr T. B., -

Zeuge T. B. Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dann können Sie damit den Metadatenstrang nicht meinen, sondern dann meinen Sie wahrscheinlich den IP-Gesamtstrang, ja? Ich würde mich auf die zweite Runde freuen, wenn wir das genau besprechen können, was hier dargestellt ist. - Und vielleicht darf ich meine Akte wiederhaben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Sobald es dann wieder an die Fragen geht, muss der Zeuge natürlich noch einmal die Akte bekommen, das Schaubild. Nur auf die letzte Frage hatten Sie noch nicht geantwortet,

Herr Zeuge. Da würde ich die Antwort gerne darauf wissen. Auf den Strang Metadaten kann sich das Händische nicht beziehen, hat der Kollege von Notz gefragt. Da müsste jetzt noch Ja oder Nein drauf kommen, sonst - -

Zeuge T. B.: Nein, natürlich nicht, aber der Strang war überhaupt noch nicht freigegeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, alles klar. Ich wollte nur noch, dass das irgendwie bewertet wird, die Frage. Da muss auch eine Antwort darauf kommen. - Gut, jetzt wären wir bei der Fraktion der Union. Herr Kollege Kiese-wetter oder Herr Kollege Ostermann mit den nächsten Fragen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Herr B., ich möchte einige Fragen wieder aufgreifen, die wir bereits in der Sitzung am 6. November gestellt haben, die aber in öffentlicher Sitzung nicht beantwortet werden konnten. Zunächst zur Zusammenarbeit zwischen deutschen und amerikanischen Mitarbeitern bei JSA und JAC. Könnten Sie uns noch einmal beschreiben, wie diese Zusammenarbeit konkret ablief, wie die Mitarbeiter des ausländischen Nachrichtendienstes eingebunden worden sind in diese beiden Arbeitsgruppen?

Der Bereich JSA, den ich unmittelbar in meinen Händen hatte, hatte verschiedene Teilbereiche, die dann verschiedenen Tätigkeiten auch zugewiesen waren. Man muss auch dazu sagen: Eine Außenstelle hat bestimmte Funktionen mit bestimmten Tätigkeiten, die auch zugewiesen sind. Zum Beispiel gibt es den Bereich, der die Nachrichten gewinnt, [REDACTED] und einen anderen Bereich, der eine



Auszug offen

Nachrichtensbearbeitung macht. Der AND hatte keine Nachrichtensbearbeitung. Also dieser Partikel, der bei uns vorhanden war, der fehlte dort komplett. Das war dann auch der Grund, dass man diesen Partikel außerhalb des gemeinsamen Bereichs in dem rein deutschen Bereich aufgehängt hatte. Wenn es um Systeme geht, Datenbanken, Softwarepflege und derartige Dinge, ist normalerweise in einer Dienststelle nicht der erfassende oder bearbeitende Bereich zuständig, sondern da gibt es eine Gruppe, die nennt sich Systemunterstützung; ist ein eigener Bereich. Die Mitarbeiter des AND, die aber in diese Tätigkeiten mitreinkamen, waren aus Praktikabilitätsgründen natürlich innerhalb des amerikanischen Teils JSA mit eingebunden, hatten aber ihren deutschen Counterpart in einem anderen Partikel, auch an der Dienststelle, aber nicht dann unbedingt in dem gleichen Sachgebiet, waren aber rein organisatorisch trotzdem da drin aufgehängt. Das sind aber Dinge, die einfach durch diese Gestaltung, dass man sagt, okay, man möchte nicht jetzt dort einen AND-Mitarbeiter hinsetzen, dort einen hinsetzen und dort einen hinsetzen, sondern man möchte es einigermaßen handhabbar, betrieblich handbbar, machen - - war es in dieser Richtung so organisiert. Das heißt, es gab eine rein organisatorische Zuordnung mit verschiedenen Aufgaben, die in diesem gemeinsamen Sachgebiet waren, und es gab dann eine Aufgabensicht auf dieses Ganze, indem man gesagt hat: Okay, wer gehört jetzt pärgchenweise zu diesem oder jenem Bereich? - So viel jetzt als Vorrede einfach dazu, damit man das Ganze verstehen kann, wie diese Aufgaben dann verteilt wurden.

In dem Kernbereich JSA waren dann Dinge wie beispielsweise die Signalanalyse, in dem sowohl amerikanische als auch deutsche Mitarbeiter aufgehängt waren, die dann nebeneinander gearbeitet haben. Das heißt, der eine hat den ersten Arbeitsplatz, der zweite hat den zweiten Arbeitsplatz, der dritte den dritten Arbeitsplatz gehabt. Und die Arbeitsplätze sind hintereinander gestanden in einem großen Raum, und es war ja auch so, dass es an vielen Stellen auch zur Ausbildung genutzt wurde im Sinne von: Wie nutze ich diese Systeme vernünftig, was kann ich an welcher Stelle auch wie einsetzen? Von der Seite

her war diese Zusammenarbeit an der Stelle natürlich sehr eng.

(RA Johannes Eisenberg: Es hört keiner mehr zu, quatschen alle!)

Also, sind das so die Dinge, die Sie jetzt da - -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Eine Nachfrage - ich vermute die Antwort schon, aber um das auch ergänzt zu haben -: Gab es denn auch rein amerikanische Bereiche ohne deutschen Counterpart in der JSA-Einheit?

Zeuge T. B.: Nein. Es gab Bereiche, die etwas schwieriger zuzuordnen waren, wo wir dann ein kleines bisschen gesucht hatten, aber einen Bereich, in dem sie eigenständig, alleine, ohne unser Wissen gearbeitet haben, nicht.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von BND, NSA und US-Privatfirmen gab es zu Ihrer Zeit in Bad Aibling?

Zeuge T. B.: Gut. Auch das muss ich jetzt ein kleines bisschen zeitlich splitten. -

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Wie war es dann später?

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ist es richtig, dass die NSA während Ihrer Zeit in Bad Aibling dort ihre Deutschlandzentrale hatte? Kann man das so sagen?

Zeuge T. B.: In dem abgetrennten amerikanischen Bereich, ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Und auch der Deutschlandchef, wenn man das so bezeichnen darf?

Zeuge T. B.: Wie?

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Also Deutschlandzentrale haben wir gerade drüber gesprochen. Auch der Deutschlandchef - - Gab es da eine Funktion, die man so bezeichnen könnte: der Deutschlandchef der NSA?

Zeuge T. B.: Moment bitte.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand und einem Vertreter der Bundesregierung)

[REDACTED]

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. - Ich fasse das so auf - mir ging es ja allein um die NSA -, dass die umgangs-

sprachliche Bezeichnung „Deutschlandchef“ nicht völlig fernliegend ist. - Okay.

Dann noch eine letzte Frage von mir, dann übergebe ich an den Kollegen Wendt. Wir haben schon viel über XKeyscore gehört. Welche weiteren Softwareprodukte, die von der NSA kamen, waren in Bad Aibling im Einsatz?

[REDACTED]

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Das bedeutet, das System hat den gleichen Zweck, es ist dann aber nur eine andere Version?

Zeuge T. B.: Es ist eine höherwertige Version, ja.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Welche Softwareprodukte waren das, wenn Sie die einmal namentlich bezeichnen könnten?

(Der Zeuge berät sich mit einem Vertreter der Bundesregierung)

Zeuge T. B.: Also, das Hauptsystem für die IP-Erfassung, das war ein System, das nannte sich [REDACTED] glaube ich, steht auch irgendwo in den Unterlagen entsprechend mit drin. Auch da waren verschiedene Prozesse einfach mit eingebunden. Also, die Details dazu, welcher Prozess jetzt was gemacht hat, das ist eine Sache - - Tut mir leid. Was ich noch weiß, das ist dieses System, das nannte sich [REDACTED] das war das Filtersystem. Und da gab es auch entsprechende Tests, die dieses System verglichen hat mit unserem eigenen Filtersystem.

Es gab dann auch so Dinge wie beispielsweise einen Viewer, damit man Daten ansehen konnte, der dann entsprechend benannt wurde. Das sind solche Aspekte, die da mit reingehen.



Auszug offen

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Gab es Jugger-naut zu Ihrer Zeit auch, das Programm Jugger-naut?

Zeuge T. B.: Das ist irgendwann Mitte oder Ende 2007 gekommen. Das Jugger-naut ist ein System, das zur [REDACTED] diente.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Ich übergebe weiter an den Kollegen Wendt.

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Ich möchte mal auf Ihre öffentliche Zeugenvernehmung vom 16. Oktober zurückkommen. Sie hatten ja auf die Frage des Vorsitzenden bezüglich der Speicherung von Metadaten gesagt, dass es im Dienstort Diskussionen um Metadaten gab und Sie aber dazu keine näheren Auskünfte geben könnten. Könnten Sie das hier tun, in geheimer Sitzung, über die Speicherung von Metadaten bezogen auf den Vorwurf des Vorsitzenden - *Spiegel-Online-Meldung* -, dass 500 Millionen Verbindungsdaten gespeichert werden, dass die in Fort Meade gespeichert werden? Darauf hatten Sie nur gesagt: Es gab Diskussionen in meiner Zeit. Näheres kann ich gerne in nicht-öffentlicher Sitzung ausführen. - Und dann war der Fragenkomplex beendet an der Stelle.

Zeuge T. B.: Jetzt weiß ich, was ich damals angesprochen hatte. Es geht dort oder ging dort - das war eine der Diskussionen, die wir mit dem AND hatten -, es ging darum, dass ein in dem Fall deutsches System zur Metadatenerfassung eingesetzt werden sollte, das natürlich nach den deutschen Richtlinien gleich [REDACTED] so Dinge wie 049 auch ausgesplittet hat; [REDACTED]



Also haben wir auch an der Stelle gesagt: Okay, [REDACTED] es wird sowohl der deutsche Bereich als auch der nach amerikanischem Recht zu schützende Bereich gleich [REDACTED] rausgenommen.

Marian Wendt (CDU/CSU): Wer hat dieses Metadaten-system entwickelt, von dem Sie eben sprachen? Das war ein deutsches System. Waren das Sie selber als BND, oder gab es dafür eine externe Firma?

Zeuge T. B.: Es war BND-intern.

Marian Wendt (CDU/CSU): Also eigene?

Zeuge T. B.: Ja.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. -Aus den ganzen Verbindungsdaten, auch den ganzen Speicherungen entwickeln Sie ja Meldungen. Sie haben am 16. Oktober und auch am 6. November dazu berichtet, dass Sie täglich etwa 20 Meldungen generiert haben. Was sind solche Meldungen? Wie sehen die aus? Welchen Umfang haben die? Wie konkret sind sie? Und worum geht es dabei? Was ist der Hintergrund? Gibt es eventuell Vormeldungen, die dann aufgrund der Analyse der Daten später vertieft werden? Und wie ist dann der Prozess? Die müssen ja irgendwie auch systematisiert werden, die müssen ja bearbeitet werden, diese Meldungen. Vielleicht, dass Sie das noch mal näher ausführen könnten bitte.

Zeuge T. B.: Gut. „Meldungen“ ist bereits das fast fertige Produkt, das von den technischen Abteilungen rausgeht, bzw. in der Zentrale ist es eine echte Meldung und wird dann in den abnehmenden Geschäftsbereich verteilt innerhalb des BND. Und die machen dann aus den vielen Meldungen, die aus den verschiedensten Teilberei-



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

chen auch kommen, ihre Analysen oder auch Tagesberichte oder was entsprechend auch nach außen in den Bedarfsträgersbereich verteilt wird.

Das heißt, eine Meldung ist quasi etwas, was für den Analysten wichtig ist, der daraus eine Analyse, einen Tagesbericht - Ausgangsberichterstattung - fertigt.

Die Außenstellen setzen selber keine Meldungen ab, sondern sie setzen Meldungsvorprodukte ab. Das ist im Grundsatz die fertige Meldung, wird aber in der Zentrale noch mal freigegeben. Dort wird dann - oder wurde zu dem damaligen Zeitpunkt - sichergestellt, dass beispielsweise nicht zwei identische Meldungen weitergeleitet werden, wenn sie von der einen Stelle oder der anderen Stelle erfasst werden.

Also, das ist dann der Punkt, dass wir am Ausgang eigentlich nur Meldungsvorprodukte zählen können. Und wenn man dann von Meldungen spricht, dann ist wirklich das das, was die technische Abteilung verlassen hat in Richtung Analyse. Und das waren gemittelt 20 am Tag. Und da waren dann verschiedene Aspekte mit dabei. Das waren dann beispielsweise Faxe, das waren an der einen oder anderen Stelle auch Spracherfassungen, die dann übersetzt wurden - gerade zu Afghanistan -, oder auch aus dem Satellitenbereich die eine oder andere E-Mail.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Vielleicht können Sie einfach mal skizzieren, wie so eine Meldung aussieht. Was steht da drin? Also, wie tief ist es? Ist es das komplett analysierte geführte Gespräch, zum Beispiel ein Telefonat? Ist das noch mehr? Oder sind das mehrere Telefonate zusammengefasst zu einem Sachverhalt, der sich eventuell ergibt? Oder muss sich der BND-Mitarbeiter vor Ort aus verschiedenen Meldungen, die Sie generieren - meinetwegen einzelne E-Mails, einzelne Telefonate -, dann selber die Kombination schlussfolgern, was dort passieren könnte, ob jetzt ein Anschlagseignis zum Beispiel bevorsteht? Also: Wie konkret waren solche Meldungen? Was stand da drin? Waren das mehrere Seiten? Oder ist das eher, dass sozusagen Schnelligkeit zählt: analysieren und sofort nach Pullach schicken?

Also, das Ziel ist ja klar. Wir wollen erreichen, dass wir wissen: Wann sind Anschlagsszenarien zum Beispiel auf die Bundeswehr möglich? Aber das generiere ich ja nicht mit einem Telefonat. Das sind ja meistens aufgrund der Vernetzung - - Und viele Inhaltsdaten, viele Produkte generieren ja dann die Analyse: Da könnte ein Anschlag bevorstehen, weil verschiedene Leute miteinander telefonieren und verschiedene Kommunikation austauschen. Welchen Wert hat da eine Meldung?

Zeuge T. B.: In einer Außenstelle werden die Meldungen nicht zusammengefasst. Im inhaltlichen Bereich ist im Regelfall eine Erfassung eine Meldung.

Marian Wendt (CDU/CSU): Also eine E-Mail? Ein Telefonat?

Zeuge T. B.: Eine E-Mail, ein Telefonat ist eine Meldung. Das gilt für den inhaltlichen Bereich.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. - Und nehmen Sie da auch Bezug darauf, dass andere Telefonate mit ähnlichem Inhalt unter der und der Meldung abgespeichert werden? Sind die miteinander verlinkt, die Meldungen, zum Beispiel?

Zeuge T. B.: Nein, also an der Außenstelle in der Form nicht.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay, gut.

Zeuge T. B.: Wenn, dann ist das maximal ein - - Man muss sagen, das sind Dinge, die dann in der Zentrale passieren, weil die ja die Daten zur Steuerung pflegen, und an der Stelle muss natürlich dann auch ein entsprechender Verweis sein. Und Erfassungen, die dann bestimmte Sachverhalte noch bestätigen, sind ja dann auch die Voraussetzung, dass ich im Zweifelsfall eine Wiedervorlage verlängern darf. Das hat aber einen anderen Aspekt an der Stelle.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay, gut. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt in die zweite



Auszug offen

Fragerunde dieser Zeugenvernehmung. Da haben wir die Reihenfolge: Fraktion Die Linke, CDU/CSU, dann Bündnis 90/Die Grünen, die ich dann auch jetzt nicht vergesse, und die Fraktion der SPD.

Frau Kollegin Renner oder Herr Kollege Hahn? - Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, Herr Vorsitzender. - Ich würde jetzt gerne einige Fragen stellen und will anschließen an das, was Herr Ostermann gefragt hat. Er hat Sie was gefragt, und Sie haben dann das Programm [REDACTED] oder den NSA-Filter genannt vorhin in Ihrer Antwort auf die Frage, welche weiteren Programme usw. dort genutzt wurden. Da es ja immer um die Sicherheit der Daten geht, auch der deutschen Daten, und den möglichen Zugriff der Amerikaner darauf, möchte ich Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass dieser NSA-Filter, dieses Programm [REDACTED] verdeckte und nicht verfolgbare Umleitungen ermöglichte und in die dort eingestellten Filter - also auch in DAFIS und in G 10 - eingreifen konnte? Ist Ihnen das bekannt: dass es also Umleitungen, verdeckte Umleitungen gab, die Sie gar nicht nachvollziehen konnten?

Zeuge T. B.: Nein, ist mir nicht bekannt. Außerdem ist [REDACTED] nicht mit DAFIS verlinkt worden. Also, wenn Sie das verstanden haben: Das habe ich so auch nicht ausgesprochen. Es ist ein Vergleich der Filter durchgeführt worden. Wenn ich generierte, entsprechend generierte Testdaten in beide Filter einstelle, wenn ich entsprechend generierte Testprofile in beide Filter einstelle, kommen gleiche Ergebnisse raus. Das war dieser Vergleich. Und es ist dabei auch ein Vergleich durchgeführt worden bezüglich des Datendurchsatzes.

Aber dass es verlinkt wurde, das auf keinen Fall. Das hätten beide Systeme nicht hergenommen. Und das ist nach wie vor so: In dem Moment - wie ich es in der öffentlichen Sitzung auch schon gesagt habe -, in dem Moment, wo ich innerhalb des Netzes nur einen Ausgang habe, nützt eine Umleitung an der Stelle nichts, weil es trotzdem über den einen Ausgang muss, und an der Stelle wird alles verworfen, was nicht genehmigt ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also ist Ihnen bekannt oder nicht bekannt, dass die NSA auf DAFIS zugreifen konnte?

Zeuge T. B.: Die NSA konnte auf DAFIS nicht zugreifen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber DAFIS war doch über das JSA-Netz [REDACTED] bei SUSLAG verbunden?

Zeuge T. B.: Nein. DAFIS war die Filterstufe, die zwischen [REDACTED] und den dann folgenden Verzweigungen, sowohl in den BND-Bereich als auch in den SUSLAG-Bereich zur Bearbeitung, dazwischen saß. Und diese Filterung ist auch entsprechend netzwerktechnisch getrennt gewesen. Nicht mal wir vor Ort konnten das DAFIS-Profil einspielen, sondern das ist aus der Zentrale eingespielt worden. Da hatten wir keinen Einfluss drauf. Und wenn wir das vor Ort nicht mal konnten, konnten das die Amerikaner erst recht nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, in der Dokumentation zu „Granat“ vom 06.08.2007 steht das anders. Ich will das jetzt aber hier nicht alles vortragen. Es steht dort anders. Sie haben jetzt gesagt, dass Sie davon keine Kenntnis hatten bzw. dass das aus Ihrer Sicht nicht möglich war. Das steht in den Unterlagen anders. Deshalb habe ich Sie das gefragt.

Dann haben Sie auf die Frage von Herrn Ostermann auch gesagt, dass Privatfirmen oder externe Firmen mit zum Einsatz kamen. Die Frage war ja vorhin: wie viele NSA-Mitarbeiter, wie viele BND-Mitarbeiter und Externe? Hatten externe Mitarbeiter von solchen Privatfirmen Zugang zu den Daten und, wenn ja, auf welche Weise - sowohl beim BND als auch möglicherweise bei der NSA -, Zugang zu Daten, die Sie erhoben oder verarbeitet haben?

[REDACTED]



Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. André Hahn (DIE LINKE): In diesem Bereich sind ja gemeinsame Daten ver- und bearbeitet worden und auch gespeichert worden in den entsprechenden Systemen.

Zeuge T. B.: Die haben [REDACTED] mitgearbeitet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, externe Mitarbeiter, die von Privatfirmen kamen, hatten Zugang auch zu deutschen Daten?

Zeuge T. B.: Die Art und Weise, wie Sie das formulieren, gefällt mir nicht. [REDACTED]

[REDACTED]

² Richtigstellung des Zeugen: „Und da sind wir vorher auch gebrieft worden.“, siehe Anlage 1.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, ich glaube Ihnen zunächst, dass Ihnen das nicht gefällt. Aber es ist nicht Ihr Job, meine Fragen zu bewerten.

[REDACTED]

[REDACTED]

Ich würde gerne zu einem anderen Punkt kommen. Und zwar hat der Kollege Flisek - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt haben Sie die Frage sich selbst aber, wie Sie gesagt haben, anders beantwortet, als der Zeuge sie beantwortet hat. Das wollte ich nur feststellen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na, ist ja okay.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er hat Ja gesagt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie sagten ja auch: Ich habe mir selbst die Frage gestellt. - Da haben Sie also sich selbst gerade die Antwort gegeben.

(RA Johannes Eisenberg: So ist es! Genau!)

Weil der Zeuge hat sie anders beantwortet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch. Sorry!

(RA Johannes Eisenberg: Da hat er gewagt, zu widersprechen! Das hat ihm nicht gefallen! Das ist er nicht gewohnt! -



Auszug offen

Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Zeuge hat gesagt,
dass ihm die Frage so nicht
gefällt, glaube ich! -
RA Johannes Eisenberg:
Nein, die Antwort! Wie er
das wiedergegeben hat!)

Das hat der Zeuge garantiert nicht gesagt, dass
ihm die Abgeordneten nicht gefallen. Das kann
ich mir gar nicht vorstellen. Das würde ich mir
auch verbitten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir können im
Protokoll nachlesen, was gesagt worden ist. Und
ich denke, die Antwort war schon klar.

Ich möchte auf eine Frage von Herrn Flisek zu-
rückkommen, der in der öffentlichen Sitzung zur
Frage der automatisierten Weiterleitung von Da-
ten gefragt hat. Und da ist die Frage gewesen, ob
es ab irgendeinem Zeitpunkt nach den Anfangs-
schwierigkeiten eine Situation gab, dass Daten
wirklich vollautomatisiert am Ende auch weiter-
gegeben worden sind - also ohne noch mal die
Kontrollen -, vollautomatisiert. Da haben Sie
geantwortet - das ist Seite 84 im Protokoll -:

In Teilbereichen.

Und der nächste Satz lautet:

Details dazu ... in nichtöffentli-
cher Sitzung.

Zeuge T. B.:

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, wenn ich es
richtig verstanden habe: Bei ganz vielen Zeugen-
aussagen hat noch kein Zeuge hier sich für
100 Prozent verwendet, sondern es war mal von
99, in anderen Unterlagen von 95 Prozent die
Rede. Sie haben jetzt gesagt:

Habe ich Sie da richtig ver-
standen?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe noch eine
letzte Frage. Auch ein Thema, das angesprochen
worden ist - in dem Fall von meiner Kollegin
Renner -, da ging es um die Berufsgeheimnisträ-
ger. Da hat der Herr Vorsitzende einen Hinweis
gegeben und Frau Renner hat darauf Bezug ge-
nommen, inwieweit Berufsgeheimnisträger he-
rausgefiltert worden sind. Also, da war die Frage
nach Journalistinnen, Journalisten und Ähnli-
ches, Rechtsanwälte usw., inwieweit die heraus-
gefiltert wurden. Da wurden Sie gebeten, das zu
beantworten. Und da haben Sie geantwortet: Da
verweise ich auf die nichtöffentliche Sitzung. -
Die haben wir jetzt, und deshalb würde ich Sie
bitten, dazu etwas zu sagen.

Zeuge T. B.: Was ich jetzt in dieser nichtöffent-
lichen Sitzung bekannt gegeben habe, ist ja auch
die Art und Weise, wie gefiltert wurde. Und einer
der Knackpunkte an der Stelle ist diese Positiv-
selektion. Das heißt, ich muss wissen: Wen
nehme ich auf? Und wenn ich weiß, wen ich
aufnehme, und dann noch filtere, dass im Grund-
satz kein G-10-Bezug ist, gehe ich im Regelfall
davon aus, dass auch die Berufsgeheimnisträger
nicht betroffen sind.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es geht ja nicht
nur um - -



Auszug offen

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich aber doch - - Das waren schon zwei Fragen nach meinem Time-out.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es gibt ja vielleicht noch eine nächste Runde. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Kieseewetter.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir eine Anmerkung: Wenn wir hier Vermutungen anstellen und dann sagen: „Es geht jetzt zu weit, wenn wir in die Papiere gehen“, führt das möglicherweise zu einer Verfestigung im Protokoll, die ich so zunächst nicht stehen lassen kann. Ich möchte deshalb Sie, Herr Kollege Dr. Hahn, bitten, Ihre Aussagen zu [REDACTED] durchaus zu belegen, wo Sie einen Unterschied zwischen den Dokumenten und den Aussagen des Zeugen finden, damit ich dann auf der Grundlage den Zeugen befragen kann. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Müssten wir dann aber im Zweifel in der nächsten Runde machen. Die Union hat noch Fragen?

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Das kann ich erst, wenn der Kollege Dr. Hahn klargestellt hat, wo die Dokumente - also hier Tagebuchnummer 15/14 im MAT A-Band 9/2 - abweichen von der Aussage des Zeugen T. B. Ich finde nämlich diesen Widerspruch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Die Fraktion hat noch ein bisschen Zeit. Ich würde jetzt erst der Fraktion - -

(Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann das gleich machen!)

- Ja, aber dann verlängern wir die Redezeit. Ich würde erst der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort geben, dann den Kollegen von der SPD, und dann ist Die Linke wieder dran.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber ich frage den Zeugen und beantworte nicht Herrn Kieseewetter!)

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ja, also wenn sie es parat hat, kann sie es doch sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir würden dann auch die Zeit nicht stoppen. Wenn Sie es haben jetzt, dann - - Ich will nur nicht, dass das zu Verzögerungen führt. Haben Sie es? - Hat doch keine Eile.

Dann machen wir jetzt doch mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiter, weil sonst warten wir. Dann kann das ja drankommen; ich stoppe dann auch die Zeit.

Herr Kollege Ströbele oder von Notz - einer von beiden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich habe zunächst eine Verständnisfrage: Habe ich Sie richtig verstanden, dass in Bad Aibling, wo Sie tätig waren, Verkehre, die teils von den Satelliten stammten - der Satellitenverkehr -, teils aus Frankfurt stammten - Sie sagten, das war der Probetrieb dort -, also sowohl leitungsvermittelte als auch paketvermittelte Daten, gefiltert worden sind auf G-10-Verkehre und auch auf US-Verfassungsrechtsträgerverkehre?

Zeuge T. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ja vorhin einen anderen Zeugen hier gehabt. Der hat gesagt: G-10-Verkehre wurden gefiltert. Aber die für die US-Verfassungsrechtsträger - weil Grundrechtsträger ist da ja etwas schwierig; die kommen ja aus dem Grundgesetz und bei denen kommen die Rechte aus der Verfassung - würden von den Amerikanern erst rausgefiltert. Die würden nicht schon von den deutschen Stellen - möglicherweise in Deutschland -, aber von den Amerikanern rausgefiltert. Was stimmt denn?



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen



Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, bevor die an die NSA weitergeleitet worden sind, diese Daten, wurden bei Ihnen auch schon US-Daten ausgefiltert?

Zeuge T. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So war das. Und diese G-10-Ausfilterung passierte bei Ihnen in Bad Aibling und nicht woanders, also beim BND irgendwo. Weil die kamen ja von Frankfurt über BND zu Ihnen. Die wurden nicht beim BND ausgefiltert, sondern bei Ihnen erst - stimmt das? -, also in Bad Aibling?

Zeuge T. B.: Das sind wieder verschiedene Stränge. Der Strang Frankfurt hatte einmal eine Filterung [REDACTED] was ich vorhin gesagt habe, mit den Positivfilterungen - positiv, nicht G 10. Das Material wurde dann bei uns über die Systeme geleitet und noch mal G 10 durch DAFIS nach der Aufbereitung entsprechend gefiltert und zum Schluss händisch durchsucht. Und das war der --

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wurde durchsucht?

Zeuge T. B.: Das da überbleibende Material, händisch durchsucht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gesamte Material?

Zeuge T. B.: IP, Frankfurt. Das war nicht viel, was übergeblieben ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Okay. Der Kollege sagt gerade: Metadaten waren dann schon nicht mehr drin.

Zeuge T. B.: Metadaten-IP sind nicht übermittelt worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge T. B.: Da gab es Gespräche dazu. Aber es ist nicht freigegeben worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Zeit, in der Sie da waren?

Zeuge T. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und jetzt meine letzte Frage schon, nämlich: Die Filter, mit denen die jetzt die verschiedenen Verkehre ausgefiltert haben, waren das identische Filter? Also waren die in der Funktionsweise gleich oder dieselben, oder waren das ganz unterschiedliche Filter auch von unterschiedlicher Sicherheit?

Zeuge T. B.: Es waren unterschiedliche Filter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch von unterschiedlicher Sicherheit? Also, konnten Sie bei dem einen - sagen wir mal bei der Ausfilterung der Daten aus dem Satellitenverkehr - eine andere Sicherheit erzielen als bei den Daten, die aus Frankfurt kamen?

Zeuge T. B.: Prinzipiell ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und welche waren nun sicherer ausgefiltert und welche weniger sicher?

Zeuge T. B.: Die sicherere Ausfilterung war im Grundsatz einfach aus dem Satellitenbereich möglich, weil es da zwei Aspekte zu berücksichtigen gab. Zum einen: Aufgrund der Streckenbeziehungen wissen Sie, von wo nach wo diese Strecke geht. Das heißt auch, Sie können abschätzen, welche Nutzer darauf sind. Das sind Dinge, die dann in der Signalanalyse auch festgestellt werden und überprüft werden: Welche Nutzer finde ich in diesem Teilbereich? Das heißt, ich kann dort Satelliten oder auch Strecken, in denen Grundrechtsträger vermutet wer-



Auszug offen

den, weil beispielsweise ein Endpunkt dieser Strecke in Deutschland liegt, von vornherein einfach weglassen und gar nicht erst auflegen. Und damit ist die Chance sehr viel geringer. Und wenn man dann noch positiv filtert und dazu noch den Rest quasi mit DAFIS, die ja für leitungsgebundenen sehr große Zuverlässigkeit hatte, weil wir auch viel Erfahrung damit hatten zu diesem Zeitpunkt, dann kann man da sagen: Okay, das ist sicher.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn es sicherere gab, dann waren die einen nicht ganz so sicher wie die anderen. Das ist eigentlich logisch.

Zeuge T. B.: Das ist ja genau das Problem.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also können sie nicht alle 100 Prozent gewesen sein; denn mehr als 100 Prozent geht ja nicht. Und wenn Sie sagen, die einen waren 100 Prozent nach Ihrer Auffassung, dann können die anderen nicht 100 Prozent gewesen sein.

Zeuge T. B.: Das ist der Grund, warum man IP aus Frankfurt nicht für die Produktion freigegeben hat zu meiner Zeit, weil wir das nicht gewährleisten konnten zu diesem Zeitpunkt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber danach? - Okay.

(RA Johannes Eisenberg:
Hat er aber nicht gesagt
jetzt!)

Zeuge T. B.: Nein. Zu meiner Zeit ist es nicht freigegeben worden. Damit - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Vielleicht eine Anmerkung: Ich finde, hier ist ein gewisser Geräuschpegel im Saal. Ich finde es sehr anstrengend. Vielleicht kann man das irgendwie - -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist doch ganz ruhig
jetzt!)

Jetzt gerade in dem Moment, wo ich es sage, ist es natürlich ruhig. Das war auch mein Ziel.

(RA Johannes Eisenberg:
Das war vor allem bei der
Opposition, muss man sagen!)

- Nein, das war grundsätzlich gemeint. Auch die Akustik ist nicht so ganz perfekt von der Lautsprecheranlage. - Gut, ich wollte nicht, dass es noch mehr Geräuschpegel gibt.

Ich gebe lieber ganz schnell der Fraktion der SPD das Wort. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Herr Zeuge, Sie haben gesagt, den Schwachstellenbericht kennen Sie.

Zeuge T. B.: Ich habe ihn gesehen; aber ich habe ihn jetzt nicht mehr im Detail im Kopf.

Christian Flisek (SPD): Nein, ich würde Sie ja jetzt auch gar nicht zu den Details fragen. Aber Sie haben ihn mal gelesen?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Jetzt noch mal: Als dieser Schwachstellenbericht verfasst wurde - bin ich jetzt richtig orientiert? -, da befand sich das, worüber wir hier reden, noch im Probebetrieb.

Zeuge T. B.: Ja, im Aufbau.

Christian Flisek (SPD): Im Aufbau. Das heißt - jetzt um das zeitlich einzuordnen -, das war jetzt keine Schwachstellenanalyse eines Systems, das bereits in der Produktion ist, sondern eines Systems, das im Probebetrieb ist. Und man hat dann geschaut: Was läuft da nicht optimal?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und infolgedessen, was waren denn dann die Reaktionen auf diesen Schwachstellenbericht? Man hat darauf dann - - Also hat man das gelesen, gelacht, gelocht? Oder hat man darauf reagiert und hat dann entspre-



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

chend die Empfehlungen umgesetzt, was da drin steht?

Zeuge T. B.: Nein. Man hat das nicht gelesen, gelacht und gelocht, sondern man hat diese Dinge durchaus ernst genommen, die da drin stehen. Das heißt, es sind einige Aspekte ja auch in diesem Bericht drin, in denen explizit drinsteht: Ist gerade im Aufbau oder wird gerade eingeführt. Das waren ja dann Aspekte, die trotzdem noch als Schwachstelle angesprochen wurden.

[REDACTED]

- Aber diese Bewertung ist natürlich nicht in Aibling getroffen worden, sondern entsprechend höher in der Hierarchie.

Christian Flisek (SPD): Also, das war quasi dann eine Art auch -- Also, man hat einerseits eine Analyse gemacht, aber zum anderen auch Szenarien, Worst-Case-Szenarien entwickelt?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Hat man bei Ihnen in Aibling darüber diskutiert, mit welcher Tendenz dieser Bericht wohl geschrieben worden ist? Der lag dann irgendwann mal auf dem Tisch. Gab es da Diskussionen?

Zeuge T. B.: Es gab Diskussionen natürlich auch in Aibling, jetzt unter den Deutschen natürlich nur, nicht unter den Amerikanern; die haben den gar nicht gesehen oder nicht zu Gesicht bekommen, soweit ich es weiß.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Christian Flisek (SPD): Waren Sie denn selber irgendwann an der Erstellung des Berichtes irgendwie beteiligt? Wurden Sie interviewt? Gab es Ortstermine?

Zeuge T. B.: Es gab mehr als einen Ortstermin. Wir haben auch die Systeme dargestellt. Wir hatten dieser Gruppe Zutritt in jeder Form gegeben und auch gesagt: Wenn irgendwelche Fragen sind, wenn irgendwelche Dokumente fehlen, wenn ihr irgendetwas noch braucht, kommt zu uns. Das steht euch alles zur Verfügung, was wir auch haben.

Christian Flisek (SPD): In dem Bericht ist ja die Rede eher davon, dass die gesagt haben: Unsere Arbeit war eher schwierig.

[REDACTED]

Christian Flisek (SPD): Sie haben jetzt gesagt: Das war eine Gruppe - das ist jetzt nicht eine einzelne Autorin oder so gewesen -, das war eine



Auszug offen

Gruppe, eine Projektgruppe, die da unterwegs war. Wie viele Leute waren das?

Zeuge T. B.: Ich weiß nicht mehr, wie viele Leute das insgesamt waren. Aber einer alleine hätte in dieser Zeit die Komplexität nicht durchdrungen.

Christian Flisek (SPD): Aber waren das jetzt drei, oder waren es zehn?

Zeuge T. B.: In der Größenordnung vier, fünf.

Christian Flisek (SPD): Sie haben ja bei Ortsterminen zumindest mal - - Sie haben ja gesagt, man hat sie reingelassen. Die sind dann da durchgestiefelt. Bei Ortsterminen: maximal wie viele Leute haben Sie denn da gesehen?

Zeuge T. B.: Also so in der Größenordnung vier, fünf.

Christian Flisek (SPD): Vier, fünf - okay. Anderes Thema - einfach jetzt noch mal zum Verständnis, egal von welcher Quelle her -: Sind in Bad Aibling bei Ihnen ungefiltert Daten angekommen?

Zeuge T. B.: Ich habe da ein Problem mit dem Wort „ungefiltert“.

Christian Flisek (SPD): Ja. Also Daten, die man von irgendeiner Quelle erfasst, und die bei Ihnen ankommen, ohne dass vorher irgendwo [REDACTED] gefiltert wurde, ohne dass ein DAFIS-Filter irgendwo in der Zentrale drüberlief oder sonst was?

Zeuge T. B.: Aus den eigenen Antennen haben wir die Signale natürlich ungefiltert gehabt, wenn eine - -

Christian Flisek (SPD): Satellitenüberwachung?

Zeuge T. B.: Satelliten. Ja.

Christian Flisek (SPD): Ansonsten - jenseits der Satellitenüberwachung - ist alles, was bei Ihnen angekommen ist, bereits in irgendeiner Form vorgefiltert gewesen?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und es ist dann erst weiterverarbeitet worden vor Ort?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und was Frankfurt betrifft, da haben Sie uns gesagt, da gab es eine positive [REDACTED]-Filterung über Selektoren bereits, die dort eingesetzt worden sind. Richtig?

Zeuge T. B.: Der Filter, der dort eingesetzt wurde, war [REDACTED]

Christian Flisek (SPD): Erläutern Sie das jetzt noch mal. Was heißt das: „[REDACTED]“?

[REDACTED]

Christian Flisek (SPD): Das kann ich nachvollziehen, ja.

Zeuge T. B.: - war das natürlich nur dieser allererste Schritt. Und das war auch der Grund, warum man in diesem Selektionsprozess gesagt hat: Wir stellen dort ein, was sicher nicht G 10 ist als positiv zu selektierende Pakete und quasi dann Sicher-G-10-Pakete als für den anderen Bearbeitungsstrang zu bearbeitende Pakete. [REDACTED]

[REDACTED] In dem Moment, wo man nicht sicher war - diese [REDACTED] ist eventuell jemandem zuzuordnen, der einen Grundrechtsbezug hat -, ist es [REDACTED] nicht übermittelt worden. Und das war im Grundsatz auch das Problem, warum aus einem relativ dicken Datenstrom fast nichts in Aibling ankam.



Auszug offen

Christian Flisek (SPD): Und dann lief bei Ihnen vor Ort noch mal der DAFIS-Filter drüber, haben Sie gesagt?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und dann am Ende war von wenig noch weniger da?

Zeuge T. B.: Noch weniger da. Und das wurde dann noch manuell geprüft in dem Probebetrieb.

Christian Flisek (SPD): Wie muss man sich von den Größenordnungen jetzt - also ohne absolute Zahlen, aber so in prozentualen Zahlen - das vorstellen, was dann am Ende noch mal vom DAFIS-Filter aussortiert wurde? Waren das dann noch mal 80 Prozent, 50 Prozent? Also, von dem, was ankam - nehmen wir mal an, das sind 100 -, und jetzt ist der DAFIS-Filter drübergelaufen: Wie viel ist da noch mal so im Schnitt rausgefiltert worden?

Zeuge T. B.: Also, eine Statistik darüber haben wir nicht geführt, konnten wir auch nicht führen, weil wir nur das sehen, was ja als G-10-frei durchläuft. Aber man kann so etwa abschätzen, wie dick der Datenstrom ist, der reinläuft, und wie dick der ist, der rauskommt. Und da ist fast nichts mehr weggeschmissen worden, weil einfach nichts da war an der Stelle.

Christian Flisek (SPD): Nein, noch mal: Nehmen wir mal an, das, was bei Ihnen in Aibling reinkam - Frankfurter Quelle -, das sind 100 Prozent. Und jetzt lief der DAFIS-Filter drüber. Und mich interessiert jetzt - ohne dass Sie da auf Statistiken objektiv verweisen -: Nach den Erfahrungen in Ihrer Zeit, wie viel - - Also wenn jetzt zwei Daten nur ankamen - ich übertreibe jetzt -, und die sind 100 Prozent, und dann wurde eins noch mal ausgefiltert, dann haben wir eine Reduktion um 50 Prozent. So was interessiert mich jetzt. Um wie viel wurde dann durch den DAFIS-Filter in Aibling noch mal dieser Datenstrom im Schnitt reduziert?

Zeuge T. B.: Ich sage mal, maximal [REDACTED] Prozent - Maximum -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sind rausgefiltert worden oder blieben übrig?)

- sind rausgefiltert worden.

Christian Flisek (SPD): Okay. Also, das heißt: Nehmen wir mal an, jetzt sind 100 Daten nach Aibling gekommen, dann ist DAFIS drübergelaufen, dann sind im Schnitt maximal ein bis zwei Daten noch mal rausgefiltert worden aufgrund des DAFIS-Einsatzes.

Zeuge T. B.: Aber das ist das Maximum. Das ist eine große Schätzung in der Richtung; eher war es weniger.

Christian Flisek (SPD): Das bedeutet, dass die Vorfilterung, die in Frankfurt dann stattfand, schon eine ganz gute Trefferquote hatte - aufgrund von so [REDACTED] usw.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er redet nur über Voice-over-IP! Das weißt du?)

Zeuge T. B.: IP.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Voice-over-IP!)

- Nein, IP.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da frage ich gleich noch mal nach!)

Christian Flisek (SPD): Ich meine, ich muss das jetzt fragen, weil Sie aus meiner Sicht da jetzt schon missverständlich in Ihren Äußerungen waren, Herr Zeuge. Ich meine, ich habe gelernt, dass es eine technisch automatisierte hundertprozentige Filterung nicht geben kann.

Zeuge T. B.: Ja.



Auszug offen

Christian Flisek (SPD): Das haben hier sehr viele Zeugen gesagt. Ich kann das auch nachvollziehen. Und ich kann dann nachvollziehen, dass man sagt: Wenn man sich sozusagen um eine hundertprozentige Ausfilterung bemüht, dann muss zwingend auch immer eine händische Nachfilterung erforderlich sein, damit man zumindest nach Menschenmöglichkeit - selbst da können dann noch Fehler passieren -, aber nach Menschenmöglichkeit - und über nichts anderes unterhalten wir uns hier - die 100 Prozent vielleicht schafft.

So, jetzt hatten Sie aber trotzdem gesagt, dass dann irgendwann - das war auf die Frage vom Kollegen Hahn - hundertprozentig das Ganze ausgefiltert war [REDACTED]

[REDACTED] Also, das schließt sich nach dem jetzt, was ich gelernt habe hier in dem Ausschuss und was ich auch für nachvollziehbar halte, eigentlich aus. Deswegen muss ich jetzt noch mal nachfragen: Bleiben Sie jetzt bei dieser Aussage, dass es tatsächlich irgendwann einmal [REDACTED] einen hundertprozentig gefilterten Satz gab, [REDACTED]?

Zeuge T. B.: Unkontrolliert nicht. Also, diese endgültige, diese Endkontrolle und, ich sage mal, Freigabe hatte ich auch schon mehrfach besprochen. Es ist aber auch der Punkt, dass man an der Stelle wirklich zwischen IP-Verkehren und leitungsgebundenen Verkehren unterscheiden muss. In den leitungsgebundenen Verkehren kann man unter bestimmten Rahmenbedingungen davon ausgehen, dass ich eine 100-Prozent-Filterung erreiche. Bei den IP-Verkehren kann ich das nicht.

Christian Flisek (SPD): Gut. Von unserer Seite an der Stelle keine weiteren Fragen. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Die Linke. Ich fange jetzt die nächste Runde an. Die Linke beginnt. Herr Kollege Hahn fängt an.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich würde nur gern die Frage von Herrn Kiesewetter beantworten; die Kollegin Renner wird das dann noch ergänzen und dann auch weitere Fragen stellen.

Ich habe mich auf zwei Dinge bezogen. Das eine war, ob der Zeuge Kenntnis hat über den Filter [REDACTED], der ja selber angesprochen worden ist, und dass er in DAFIS, G 10 usw. eingreifen konnte - ob er davon Kenntnis hat. Zweitens habe ich gefragt, inwieweit die NSA auf DAFIS zugreifen konnte, weil [REDACTED] bei SUSLAG verbunden war. Das waren die beiden Sachverhalte.

Zu dem zweiten Punkt will ich Ihnen sagen: Das ist aus der Dokumentation „Granat“. Das ist die Seite 0063 im Ordner 165; dort also die Seite 63. Das will ich Herrn Kiesewetter gern noch mal sagen. Dort steht also:

[REDACTED]

Und dann:

[REDACTED]

Das war hier die Aussage für Schwachstellen im Netzwerk. Und danach habe ich vorhin gefragt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will kurz ergänzen zur der Frage an den Zeugen, ob es technisch möglich ist, dass [REDACTED] unbemerkt Datenströme aus- oder umleitet, mit Hinweis auf einen Dienstreisebericht vom 14. Juli 2004. In der Akte 18/14 - das ist die Bandnummer 171 - heißt es auf Seite 9:

[REDACTED]



Auszug offen

[REDACTED]
Okay, dann frage ich mal weiter zu XKeyscore per TB. Wir konnten lesen in den Unterlagen, dass beim BND [REDACTED]

[REDACTED] Und für mich schließt sich da die Frage an: Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der NSA, haben die auf das vollständige Programm zugreifen können und dieses auch eingesetzt in der JSA?

Zeuge T. B.: Zu welchem Zeitpunkt fragen Sie jetzt?

Martina Renner (DIE LINKE): Zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie hier Auskunft erteilen sollen heute.

Zeuge T. B.: Ich kann zu XKeyscore zwischen irgendwann erstes Quartal 2007 und 30.09.2007 was sagen. [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Das habe ich ja auch nicht gefragt. Ich habe gefragt, ob die NSA-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen, die in der JSA eingesetzt waren, über die vollständige Version von XKeyscore verfügen konnten.

Zeuge T. B.: Ich verstehe diese Frage nicht. Wenn ich an einem Rechner ein Programm aufspiele und ich mich dann an den Rechner setzte, dann hat jeder die gleichen Möglichkeiten mit diesem Programm. Und wenn Sie Word 2010 aufgespielt haben und ich mich dann dransetze, kann ich auch mit Word 2010 arbeiten. Da gab es keine zweite oder andere oder verbesserte oder in irgendeiner Form andere Version. Es waren Arbeitsplätze, die beiden zur Verfügung standen. Es gab keine Arbeitsplätze, die exklusiv einem amerikanischen Mitarbeiter in [REDACTED] zur Verfügung standen. Und von der Seite verstehe ich die Frage nicht, wie es sein kann, dass ein deutscher Mitarbeiter von JSA eine einge-

schränkte Funktionalität hat und ein Amerikaner eine andere Funktionalität.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe nicht gefragt, ob die dort eingesetzt wurde, die erweiterte oder vollständige Version, sondern ob die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der NSA, die in der JSA eingesetzt waren, über die vollständige Version verfügen konnten.

Zeuge T. B.: Die haben über die gleiche Version verfügt, die uns zur Verfügung gestellt wurde. [REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Also Sie schließen aus, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der NSA, die dort tätig waren, andere Versionen hätten nutzen können, weil diese denen auch zur Verfügung stand?

Zeuge T. B.: Während meiner Zeit kann ich das ausschließen, ja. [REDACTED]

Zeuge T. B.: Ich glaube, manchmal spreche ich Chinesisch. Die Mitarbeiter -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, BND. [REDACTED]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Zeuge T. B.: Die NSA überprüft die Mitarbeiter, die bei ihnen eingesetzt sind, nach den entsprechenden - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das war gar keine Frage!
Herr Zeuge, Beantworten
Sie das nicht!)

Martina Renner (DIE LINKE): Doch. Ich frage jetzt noch mal.

(RA Johannes Eisenberg:
Wer bei Ihnen an den
Computer darf?)

- Also es gibt ein Mikrofon. Wir sind im technischen Zeitalter. Wir müssen nicht mehr vor uns hinbrabbeln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Zeugenbeistand nimmt das Mikrofon ja zu Recht nicht, weil er ja gar nicht zur Aussage da ist, sondern nur den Zeugen berät.

(RA Johannes Eisenberg:
Genau! Ich sage ihm einfach, er soll nicht eine Frage beantworten, wenn sie an ihren Computer lässt! -
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man nimmt immer nur ein Brabbeln wahr! Das ist auch schlecht!)

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich habe gefragt, ob Ihnen die Namen der Firmen bekannt waren. Sie haben das verneint?

Zeuge T. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Jetzt machen wir mal den umgekehrten Fall. Es gibt ja auch Vertragspartner des BND - richtig?

Zeuge T. B.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die auch Zugang haben in Bad Aibling - richtig?

Zeuge T. B.: Ist mir nicht bekannt, dass Vertragspartner des BND Zugang hätten zu Bad Aibling.

Martina Renner (DIE LINKE): Externe Firmen waren nie auf dem Gelände von Bad Aibling, externe deutsche Firmen?

Zeuge T. B.: Bad Aibling als solches wird verwaltet als Liegenschaft von der BImA. Wenn es irgendwelche Reparaturen oder Arbeiten gab, dann sind diese Dinge vergeben worden von der BImA an Firmen, die sicherheitsüberprüft waren. Aber das meinen Sie mit Sicherheit nicht; -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich glaube, Sie wissen, was ich meine.

Zeuge T. B.: - denn diese Leuten hatten keinen Zugriff oder Zugang zu irgendeinem unserer Systeme.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Also wir reden jetzt über die JSA. Die Frage ist: Gab es dort Softwarefirmen, Hardwareanbieter, Vertragspartner, die sicherheitsüberprüft waren durch den BND auf deutscher Seite, die dort innerhalb der JSA tätig geworden sind?

Zeuge T. B.: Meines Wissens nach nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Aufseiten des BND ist sämtliche eingesetzte Technik - hardware- und softwareseitig - selbst entwickelt worden? Da gab es keine Firmen von außen, die dort geliefert haben, die dort gewartet haben, die dort Updates hingebracht haben? Das gab es nicht?

Zeuge T. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. -
Wir konnten nachlesen:
- das steht in MAT A BND-8b, Tagebuchnummer 51/14, Seite 11 - ,



Auszug offen

Zeuge T. B.: Wann war das?

Martina Renner (DIE LINKE): Also von wann der Bericht ist? Da müsste ich jetzt gucken.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein! Wann die dort gearbeitet haben!)

- Ja, das müsste ich in dem Bericht sehen. - War das jetzt eine Beratung des Zeugen, oder was war der Zwischenruf eben?

(RA Johannes Eisenberg:
Der sollte, weil Sie seine Frage nicht verstanden haben, Ihnen die Frage noch mal erläutern!)

- Also ich werde noch mal in die Unterlagen gucken, wann das war. - Aber es ist ja schon ein sehr asymmetrisches Verhältnis, wenn die eine Seite



Zeuge T. B.: Was ist jetzt die Frage?

Martina Renner (DIE LINKE): Die Frage ist, ob das zum Beispiel in diesen Besprechungen mal als Thema benannt wurde, dass dort Leute möglicherweise Zugriff auf Daten haben, wo man nicht genau weiß, wer das ist, und auch nicht genau weiß, was sozusagen möglicherweise an Datenmigration dort stattfinden könnte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, darf ich, bevor Sie antworten, ganz kurz noch mal die Materialnummer haben? Tut mir leid, dass ich jetzt - - Ich glaube, das geht allen so, dass wir gerade suchen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist MAT A BND-8b, Tagebuchnummer 51/14, Seite 11.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, weil das muss ich mir jetzt erst mal besorgen, und, ich glaube, das geht den meisten Kollegen hier gerade auch so.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir suchen das wie vorhin raus. Das ist kein Problem. - Wir suchen das nachher raus. Das ist kein Problem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Tut mir leid. Weil sonst kann man unheimlich schwer folgen.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Und wenn ich noch Zeit habe, dann würde ich gerne noch fragen: Sie hatten in der öffentlichen Vernehmung, Herr T. B. - wir suchen gleich die Stelle, wann das war; das ist ja auch eine interessante Frage -, davon gesprochen, dass zu Ihrer Zeit nicht so viele - es ging um die 500 Millionen Verbindungsdaten - angefallen wären. Wir haben zwischenzeitlich - auch in anderen Zeugenvernehmungen - öfters Bezug genommen auf eine BND-interne Recherche zu der im *Spiegel* genannten Anzahl von erfassten Daten. Und das ist MAT A BND-8b, Tagebuchnummer 51/14, Blatt 70 ff.; das hatten wir ja schon öfters. Und da wird dann aufgeführt, dass man nach einer eigenen Erhebung festgestellt hat, dass im Zeitraum von ■ Tagen, also stichpunktartig, ■ Millionen Metadaten aus Internet- und Telefonverkehr in Bad Aibling verarbeitet wurden.

Bleiben Sie auch jetzt in der nichtöffentlichen Vernehmung dabei, dass nicht so viele wie 500 Millionen Verbindungsdaten im Monat dort angefallen seien, wenn ich Ihnen vorhalte, dass der BND selbst in einer Untersuchung einräumen muss, dass in ■ Tagen allein ■ Millionen Metadaten dort verarbeitet wurden?

Zeuge T. B.: Gab es zu meiner Zeit nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann - hatten wir öfters gefragt in der öffentlichen Sitzung - möchten Sie bitte darstellen, um wie viele Daten es sich dann handelte zu Ihrer Zeit. Damals konnten



Auszug offen

Sie oder wollten Sie keine Auskunft geben. Können Sie das jetzt hier tun?

Zeuge T. B.: Jetzt Metadaten?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Metadaten, Internet- und Telefonverkehr. Im Monat, am Tag, im Jahr, in der Sekunde. Wie Sie möchten.

[REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssen wir, weil wir schon deutlich drüber sind, die restlichen Fragen auf die nächste Runde vertagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, machen wir.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt zu den Fragen der Union. - Kollege Kiese-
wetter.

**Roderich Kiese-
wetter (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir lauschen ja auch gegenseitig unseren Fragen und auch Vorhalten und sind ja nicht nur abgestützt auf unsere eigenen Fragen - und die stehen dann alle parallel -, sondern ich sehe auch, dass wir hier insbesondere in nichtöffentlicher oder geheimer Sitzung ja teilweise manche Punkte sehr koordiniert fragen.

Für mich ist es entscheidend, auf dem aufzubauen, was vorhin dankenswerterweise vom Kollegen Hahn angesprochen wurde, und das Thema [REDACTED] aufzugreifen. Wenn wir uns den Bericht anschauen - ich spreche also hier von der Dokumentation der Operation „Granat“ -, so ist das ja ein umfassendes Kompendium. Und dieses umfassende Kompendium stellt ja einzelne Bereiche heraus, bespricht dann die Schwachstellen und anschließend die Maßnahmen.

Was mich, Herr Zeuge, interessiert, sind gerade auf der angesprochenen Seite 63 die Schwachstellen bei [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Zeuge T. B.: Ich weiß, dass in allen Dingen, die wir geplant hatten, wir genau abgesprochen hatten und auch entsprechend mit den Technikern jeweils gesagt hatten, wie diese Abschottung entsprechend aussehen muss.

Und da war einer der wesentlichen Punkte, dass erstens DAFIS so abgeschottet ist, dass kein anderer drauf zugreifen kann, dass es nur über die Zentrale läuft. Und da sind auch erhebliche Diskussionen mit der Zentrale gelaufen an der Stelle.

Der zweite Punkt war, dass ich jetzt nicht weiß, was in dem Bericht an der Stelle wirklich explizit steht - würde ich mir dann im Zweifelsfall auch gerne noch mal ansehen.

Und zum Dritten: Eine Verbindung zwischen [REDACTED] und DAFIS gab es in dieser Produktionsphase nicht. [REDACTED]

[REDACTED]

Der zweite Aspekt war dann: Okay, für eine bestimmte Übergangszeit ist es dann möglich, dass wir sagen: Wir stellen das, was positiv zu selektieren ist, sowohl von der amerikanischen Seite als auch von der deutschen Seite, unter der Maßgabe, dass jeweils geprüft wird, was der andere da als Selektionskriterium - positiv - einstellt - dass wir praktisch beides erfassen und anschließend mit DAFIS noch sicherstellen, dass kein G-10-Datum enthalten ist.

[REDACTED]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

Aber eine Art und Weise, dass ich aus [REDACTED] auf DAFIS zugreifen kann oder um DAFIS herum Material rausnehmen kann: Nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Herr Zeuge, das Papier stammt vom, glaube ich, 6. August 2007, also zu einer Zeit, wo Sie selbst ja dort involviert waren. Mich interessiert insbesondere

[REDACTED]

Für mich ist die Frage: Wie lange bestand

[REDACTED]

[REDACTED]

Und bei den Maßnahmen heißt es gleich im ersten Satz:

[REDACTED]

[REDACTED]

Für mich ist also erstens die Frage: Wie lange bestand [REDACTED] Und zweitens: Hatten Sie Erkenntnisse, [REDACTED]?

[REDACTED]

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich will nur noch mal - -

[REDACTED]

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mir geht jetzt nicht daraus hervor, wann dort welche Filter eingebaut wurden. Für mich ist nur die Frage: Ist

[REDACTED]

Das ist für mich die Kernfrage.

[REDACTED]

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke. - Ich habe von unserer Seite aus, Herr Zeuge T. B., keine weiteren Fragen, auch nicht aus unserer Arbeitsgruppe. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Auskünfte. Es war hilfreich und aufschlussreich. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Die anderen Arbeitsgruppen haben aber sicherlich noch Fragen, und wir kommen zu den

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-9/2, Tagebuchnummer 15/14, Ordner 165, Blatt 63.



Auszug offen

Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr T. B., ich würde gerne mit Ihnen jetzt noch mal diese Übersicht durchgehen. Wie gesagt, die gibt es mehrfach in diesem Schwachstellenbericht. Ich würde Ihnen jetzt gerne Blatt 71 geben aus dem Schwachstellenbericht. - Kommt sofort.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Für alle: Der Schwachstellenbericht, Seite 71. Dann kann man das auch besser als eben nachvollziehen, wie die Menschen dieses System, die Prozesssicht im Überblick eingeschätzt haben, worüber wir hier reden.

Jetzt stehen da vier verschiedene - - Nach der Separierung und der Verteilung werden also Daten in vier verschiedene Kategorien verteilt, nämlich Metadaten, IP-gesamt, Voice-over-IP/Fax-over-IP und diese Netzwerkdaten. Ist das so korrekt, Herr Zeuge?

Zeuge T. B.: Also dass das da steht, ja, ist korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus dieser Übersicht geht hervor - die haben das ja analysiert, was Sie ganz lange gemacht haben -, dass mit Metadaten, mit IP-gesamt, mit Voice-over-IP und mit den Netzwerkdaten sehr unterschiedlich umgegangen wurde. Können Sie das nachvollziehen?

Zeuge T. B.: Ja, natürlich. Das sind verschiedene Materialarten, die verschiedene Prozessschritte zur Aufbereitung brauchen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das glaube ich auch. - Jetzt gibt es bei den Metadaten dieses [REDACTED]-Ding da: [REDACTED] Was macht [REDACTED] mit den Metadaten?

Zeuge T. B.: [REDACTED] ist ein Format, in dem Metadaten abgespeichert werden können. Wie

gesagt - das habe ich vorhin schon angesprochen -, es sind dort sehr viele mögliche Felder -

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[illegible]

Zeuge T. B.: - Daten enthalten, die personenbezogen sind? Und dann hat der G-10-Bereich - die

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht DAFIS. Das ist der nächste Punkt, den ich gleich anspreche. Aber deswegen bin ich auch über Ihrer Aussage bisher irritiert, weil DAFIS wird nach dem, was dieser Bericht hier schreibt, nur bei [REDACTED]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mich, ob wir an der Stelle mal ganz kurz unterbrechen und eine Rücksprache ermöglichen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mit wem denn?
Und warum?)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum denn das?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil der Zeuge hier unter Wahrheitspflicht steht. Und ich ermahne jetzt auch an der Stelle: Wenn hier ein klares Nein gesagt wird, dann ist das auch so. Wenn Sie sich da auskennen müssen, dann hätte ich gerne ein richtiges Ja oder ein richtiges Nein, weil ich die Frage des Kollegen von Notz für sehr berechtigt halte. Deswegen möchte ich Ihnen nur die Chance geben, sich rückzuversichern.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, mit wem denn?
Die Bundesregierung kann das nicht beantworten!)

- Ich finde die richtige Beantwortung sehr wichtig, weil ich die Frage, wie gesagt, für sehr berechtigt halte. - Wenn Sie es direkt beantworten können, ist es auch okay.

Zeuge T. B.: Also ich habe kein positives Wissen, dass da irgendetwas weitergegeben wurde. [REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber weitergezogen - - weitergegeben stimmt in dem Fall nicht, weil da steht nicht: Darf nicht zur Weitergabe - -

Zeuge T. B.: Nein, auch nicht gepusht oder gepullt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gepullt in dem Fall. [REDACTED]

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sonst macht das doch gar keinen Sinn! - Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sonst würden sie ja ins Nirwana gehen!)

Zeuge T. B.: Ja.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen: „Diese Darstellung ist falsch“?

Zeuge T. B.: Ich kann sie nicht nachvollziehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das ist eine Ansage.

So, das sind jetzt Metadaten gewesen. Jetzt kommen wir zum - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wäre die Zeit um. Wenn ein ganz neuer Themenkomplex kommt, würde ich raten: in eine neue Runde. Wenn eine Nachfrage kommt, lasse ich gerne laufen. Aber wir sind gleich bei 10 Minuten. Hätten Sie eine Frage, hätte ich kein Problem damit. Aber wenn ein neuer Themenkomplex kommt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich würde jetzt über IP-gesamt sprechen und da das auch noch mal durchsprechen wollen. Aber ich warte gerne auch eine Dreiviertelstunde, bis ich wieder drankomme.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na, so lange dauert es vielleicht nicht. Jetzt wären, wenn ich das richtig jetzt ordne, die Kollegen von der SPD dran. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Momentan keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich reiche nur noch mal nach die Fundstelle zu den [REDACTED], wie ich schon gesagt hatte: BND-8b, 54/14, Seite 8. Das ist ein Schreiben AL 2 an Herrn Präsidenten, 31. Mai 2001. * Da geht es um die Zukunft der Station Bad Aibling. Und da wird erörtert: [REDACTED]

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-8b, Tagebuchnummer 54/14, Ordner 198, Blatt 8 und 11 (Anlage 1).

[REDACTED]

Da gibt es eine Anlage 1 auf der Seite 11: [REDACTED]

[REDACTED] Und da findet man dann unter [REDACTED]

[REDACTED] Also das muss ich jetzt nicht weiter ausführen. Das war der Bezugsrahmen, weil der vorhin gewünscht wurde. Ja?

Zeuge T. B.: Ja. - Und an der Stelle muss ich zwei Dinge ergänzen. Das Erste ist: 2001 war ich noch nicht dort. Ein Schreiben eines Abteilungsleiters läuft normalerweise nicht über meinen Tisch, bevor es freigegeben wird. Und zum Dritten: Es ist anschließend - - in den Anhängen zu dem MoA ist festgelegt der Personaleinsatz der beiden Partner. Und an der Stelle sind nur noch 20 Kontraktoren genannt, die entsprechend abzubauen sind in den darauffolgenden fünf Jahren.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Aber dann hätten Sie ja vorhin meine Frage nach der Anzahl der eingesetzten Kontraktoren auch beantworten können, -

Zeuge T. B.: Ich habe geantwortet.

Martina Renner (DIE LINKE): - wenn Sie sich jetzt so wunderbar an den Annex zum Memorandum erinnern. Und zwischen [REDACTED] finde ich, ist jetzt auch nicht irgendwie der gravierende Unterschied in der sozusagen dann auch für uns rechtlichen Bewertungsfrage, ob möglicherweise [REDACTED]

(RA Johannes Eisenberg:
Was ist denn die Frage?)

- Nein, das ist jetzt keine Frage. Vorhin werden hier Fragen von Ausschussmitgliedern sozusagen irgendwie als Chinesisch deklariert. Und ich finde irgendwie, wenn [REDACTED] im Annex stehen und ich nach [REDACTED] frage aus einem vorbereitenden Papier, ist das nicht Chinesisch,



Auszug offen

sondern schon irgendwie ein Sachverhalt, den es hierzu erörtern gilt. So.

Weil wir ja jetzt irgendwie bei dem Punkt sind, ob Metadaten ausgeflossen sind, ohne dass sie G-10-gefiltert wurden, möchte ich jetzt noch mal fragen, ob an anderen Stellen, zum Beispiel durch eingesetzte Router und Ähnliches, aus Ihrer Sicht, aus Sicht eines Technikers, an anderen Stellen als an Übergabestellen Möglichkeiten bestanden hätten, auf Daten, die in der JSA verarbeitet werden, zuzugreifen durch Leute, die technisch genug versiert sind, um zum Beispiel auch auf Router Zugriff nehmen zu können? Es waren ja [REDACTED]-Router, wenn ich das richtig sehe.

Zeuge T. B.: Wo? An welcher Stelle? - Nein, ich meine jetzt nicht in den Papieren, sondern: An welcher Stelle im Prozess soll dieser Router eine Ableitung erlauben, die an uns vorbeigeflossen ist?

Martina Renner (DIE LINKE): Also ich gehe dann noch mal auf den Schwachstellenbericht ein - das ist ja heute schon mehrfach hier der Fall gewesen -, noch mal die Seite 136, das Schaubild. Dort ist ganz oben bei [REDACTED]

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Und jetzt möchte ich Sie als technisch Versierten fragen, in welcher Form es Möglichkeiten gäbe, a) Router zu manipulieren und b) auf Daten von Routern zuzugreifen, ohne dass es bemerkt wird, und wie Sie ausgeschlossen haben, dass dies passiert.

Zeuge T. B.: Gut, ich habe die entsprechende Stelle. Ich verstehe die Frage trotzdem nicht. Was nützt es, an dieser Stelle in irgendeiner Form etwas zu manipulieren? Das ist im Grundsatz in der entsprechenden Location - das heißt Extra [REDACTED] -, an denen der AND keinen Zutritt hat.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-9/2, Tagebuchnummer 15/14, Ordner 165, Blatt 136.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hatte Sie danach gefragt, welche Möglichkeiten es mit technischem Know-how, das Sie ja nun offensichtlich irgendwie haben, geben könnte, Router zu manipulieren, ob man so etwas im BND - zum Beispiel wenn man einen Router der Firma [REDACTED] einsetzt - diskutiert hat, dass man den auch manipulieren kann.

Zeuge T. B.: Grundsätzlich werden solche Fragen von der IT-Sicherheit behandelt. Und die IT-Sicherheit war in diesem Projekt eingebunden in den entsprechenden Teilbereichen und wurde auch gefragt über die Systemsicherheit. Und dann frage ich den Experten und vertraue auf sein Urteil.

An der Stelle hatten wir von Aibling aus explizit keinen Zugriff auf diese Aspekte, die da angesprochen worden sind, auf den Separator. Das ist explizit ausgeschlossen worden. Das war so gewünscht aus diesem Ganzen, damit wir eben nicht, wenn wir in irgendeiner Form feindlich übernommen würden, dann an einer Stelle Schaden anrichten, an der es andererseits nicht mehr gutzumachen ist. Das heißt, der ganze Aufbau war so, dass es mehrfach gesichert ist an vielen verschiedenen Punkten. Und einer der Punkte war, dass die Filterung extern passierte, dass der Zugriff extern konfiguriert wurde und wir keinen Einfluss nehmen konnten auf die G-10-Filterung bzw. auf das Material, was wir an entsprechend kritischen Stellen erhalten haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage deshalb, weil in dem Schwachstellenbericht auf Seite 105 ausgeführt wird, [REDACTED]

Also ich lese gerne vor:

[REDACTED]

Das ist richtig. Aber hier steht, dass [REDACTED] Und deswegen



Auszug offen

die ganze Zeit meine Frage, ob man einen Router manipulieren kann.

Zeuge T. B.: Das war an der Stelle nicht notwendig, weil an der Stelle mit diesem Router das Erfassungssystem angesetzt hat. Und dieser Router hat einzig und allein dazu gedient, die ankommenden Pakete so zu verteilen, dass sie vernünftig verarbeitet werden konnten. Das war der einzige Grund, warum es da noch einen zusätzlichen Router gab. Und dieser Router ist natürlich von uns gesteuert worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Da steht drin, dass

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Zeuge T. B.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind einfach so viele Stellen - -

Zeuge T. B.: Nein, das ist einfach falsch. Dieser [REDACTED]-Router stand in [REDACTED]. Da waren bestimmte Anschlüsse hinein und bestimmte Anschlüsse hinaus. Der Anschluss hinein kam aus dem Separator, den der BND kontrolliert hat. Der Anschluss hinaus an dieser Stelle, das waren Kabel, die BND-Mitarbeiter da reingesteckt haben, und diese gesamte Strecke war unter der Kontrolle des BND. An welcher Stelle soll da irgendetwas ausgespleißt werden? Das war sowieso das Material, was für uns gedacht war. Was soll man da ausspleißen?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie können doch mit Dopplung im Router eine Kopie - -)

- Und wo schicken Sie es hin?

(Zuruf: Na, an sich! -
Martina Renner (DIE LINKE): An sich selbst! -
Weiterer Zuruf der Abg.
Martina Renner (DIE LINKE) - Dr. André Hahn
(DIE LINKE): Na, wenn ich reinkomme, komme ich auch raus!)

Martina Renner (DIE LINKE): Wir wollen ja nur die Möglichkeit hinterfragen, ob man an irgendwelchen Stellen dort Daten, die zu diesem Zeitpunkt auch noch Grundrechtsträger und -trägerinnen beinhaltet haben, hätte ausleiten, weiterleiten, umleiten oder Ähnliches können. Und da Sie - - Sie haben ja - -

Zeuge T. B.: Sie kriegen das dann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt lassen Sie mich mal ausreden, ja? - Und dazu haben wir jetzt verschiedene Schwachstellen hier detektiert, zum Beispiel das Programm [REDACTED], das eine Hintertür haben könnte, das Problem, dass Metadaten offensichtlich ohne G-10-Filterung [REDACTED]

[REDACTED] Dann will ich jetzt eben zu diesem Router fragen. Das sind alles potenzielle Schwachstellen, wo ein Zugriff stattfinden kann - auf jeden Fall muss man es so aus diesem Bericht lesen -, und ich frage Sie jetzt als damals kommissarisch Verantwortlichen, ob diese Schwachstellen diskutiert wurden, ob das überhaupt technisch möglich ist und wie man ausschließen konnte - -

(RA Johannes Eisenberg: Er sagt: Nein!)

- „Er sagt: Nein.“ - Das ist gut, weil er sagt - -

Zeuge T. B.: Ich sehe diese Schwachstelle nicht; denn der einzige Ausgang aus diesem Router war wieder das gemeinsame JSA-Netz, an dem wir wiederum den Ausgang kontrolliert haben. Also, was bedeutet dann Umleitung, wo soll ich es denn hinleiten? Das Einzige, wo ich wirklich hinkomme, auch mit gedoppelten Datenströmen, ist wieder in diesen gemeinsamen Pool.



Auszug offen

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Fragezeit ist jetzt um. Wir müssen vielleicht auf gewisse sprachliche Feinheiten achten: Nicht „Was soll ich umleiten?“, sondern „Wie soll ich umleiten?“ ist, glaube ich, der Punkt gewesen. Was, können wir uns alle vorstellen; da haben wir gerade die Sorge drauf. Ich glaube, Sie meinen: Wie soll ich es umleiten, wenn nur ein Kabel reingeht? - Habe ich Sie richtig verstanden?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Weil das macht einen Unterschied: Wenn Sie „Was?“ fragen, dann wüssten wir ganz viele Antworten, die uns Sorgen machen; aber „Wie, wenn nur ein Kabel reingeht?“, das kann ich jetzt wieder nachvollziehen. Das meinen Sie, glaube ich. - Gut.

Wir kommen jetzt zu den Fragen der Union.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich hatte bereits angedeutet, dass wir keine Fragen mehr stellen werden. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann sind wir bei den Fragen von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache gerne da weiter, wo ich gerade aufgehört habe, nämlich bei den Daten IP-gesamt. Wir sind weiter auf der Spur nach Schwachstellen im System. Bei diesem IP-gesamt - ich verabschiede mich jetzt mal von dem [REDACTED]-Router, auch wenn ich das für ungeklärt halte -, da gibt es jetzt so [REDACTED]. Es gibt ja viele Sachen, die sind auch lustig in diesen Übersichten. Weiß man, warum [REDACTED] heißt?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt so. - Auf jeden Fall werden die IP-gesamt-Daten - für alle, nur um sich das noch mal klarzumachen: das sind alle Inhaltsdaten und alle Verkehrsdaten, das sind alle IP-Daten insgesamt, die ankommen - von [REDACTED]

[REDACTED] Würden Sie dieses Prozedere bestätigen, Herr Zeuge? - Ich bin wieder auf Seite 71.

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, jetzt ist da [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dass Sie es sagen; denn da gibt es eine Aussage auf Seite 90; ich habe es mir extra hier markiert. - Hier, auf Seite 90 im Schwachstellenbericht zu [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Aber jetzt wird es traurig:



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen



Zeuge T. B.: Und die Frage?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist, dass Ihr System, das Sie hier in höchsten Tönen loben, bezüglich der Einstellungen von allen IP-Daten - Verkehrsdaten und Inhaltsdaten insgesamt - den Zugriff der JSA-Mitarbeiter, unter anderem der NSA-Mitarbeiter, gewährleistet

- Sie haben mir eine Gegenfrage gestellt; deswegen versuche ich sie auch Ihnen zu beantworten - offensichtlich von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BND

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der NSA!)

- nein, des BND - kritisch hinterfragt wird.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Beratungsbedarf besteht, zeigen Sie es mir an.

RA Johannes Eisenberg: Herr Vorsitzender, entschuldigen Sie mal: Der Zeuge hat ja den Schwachstellenbericht nicht gegenwärtig - den hat er vor längerer Zeit gelesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, er liegt vor ihm - oder nicht?

RA Johannes Eisenberg: Ja, das meine ich; aber der hat ja einen gewissen Umfang - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gegenwärtiger geht es gar nicht.

RA Johannes Eisenberg: Nein, er hat ihn nicht in Erinnerung. Ich habe jetzt den Eindruck, dass, wenn man von der Seite, die gerade vorgehalten wurde, eine Seite nach vorne blättert, möglicherweise schon manche Frage - - beantwortet sieht, die hier aufgeworfen wurde; -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn wir eine Unterbrechung machen sollen - -

RA Johannes Eisenberg: - deswegen habe ich den Eindruck, dass es gut wäre, wenn sich der Zeuge mal mit diesem Bericht vertraut machen könnte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir können gerne ein paar Minuten unterbrechen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerne, Herr Anwalt. Es wäre auch toll, wenn Sie was dazu sagen könnten.

RA Johannes Eisenberg: Ich dann auch noch? Ach, hören Sie auf!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß gar nicht, wie Ihre Sicherheitsüberprüfung ist, ob Sie das Dokument überhaupt sehen dürfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat ja schon in „Streng Geheim“ gegessen. Also irgendwie - -

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann dürfen Sie gar nicht mehr raus aus dem Raum hier.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hätte auch was für sich.

(RA Johannes Eisenberg:
Die Tagessätze, wenn ich
hier - - Gegenruf des Abg.
Christian Flisek (SPD): Wä-
ren höher, oder was?)

- Das gefährdet die schwarze Null; das habe ich schon ganz lange im Verdacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, jetzt ernsthafte Frage: Brauchen wir eine Unterbrechung, um sich kurz in diese Dokumente - - Brauchen wir eine kurze Unterbrechung, um uns in die Dokumente einzulesen? - Okay, ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten; dann können auch jedwede Witze weiter gemacht werden. Fünf Minuten Unterbrechung, das müsste eigent-



Auszug offen

lich reichen, um die entsprechenden Seiten lesen zu können.

(Unterbrechung von
21.03 bis 21.12 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, liebe Kolleginnen und Kollegen - im begrenzten Umfang -, jetzt könnten wir eigentlich weitermachen. - Die sind alle gewohnt, dass das eine Stunde dauert. Vielleicht hilft ja das.

(Glocke des Vorsitzenden)

Es fehlt noch der Zeugenbeistand - auch eine Taktik!

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben hieß es, er dürfe nicht mehr den Raum verlassen - jetzt ist er weg! - Zuruf: Herr Rechtsanwalt, wir warten! - RA Johannes Eisenberg kehrt in den Sitzungssaal zurück)

- So, dann können wir weitermachen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt. Wenn ich das richtig gesehen habe, gab es eine Besprechung oder eine Beratung. Hat die zu einem Ergebnis geführt, Herr Zeuge, können Sie uns was sagen?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich ganz kurz eine Anmerkung machen?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Also, wenn das hier eine Gerichtsverhandlung wäre und da würde so was stattfinden, was hier eben stattgefunden hat, -

RA Johannes Eisenberg: Das ist total in Ordnung; ich kann das beurteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Herr Eisenberg würde in der Minute,

in der das passiert, Berufung - - Revisionsschriften schreiben.

(RA Johannes Eisenberg:
Würde ich nicht! Ginge gar nicht!)

- In dem Moment, in dem das passiert. Das ist völlig absurd, dass der Zeuge - - soll hier nach seinem Kenntnisstand die Dinge wiedergeben. Wenn er was nicht weiß, dann weiß er halt was nicht, finde ich persönlich gar nicht schlimm, geradezu menschlich, Herr Eisenberg - aber sozusagen nach Beratung mit

(RA Johannes Eisenberg:
Nein!)

der Bundesregierung - - ist schon kurios.

RA Johannes Eisenberg: Darf ich dazu mal was sagen, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Wir könnten natürlich Rechtsmeinungen austauschen - da gebe ich Ihnen jetzt auch Gelegenheit dazu -, aber - -

RA Johannes Eisenberg: Ich will ja auch nur mal beschreiben, was hier gerade stattgefunden hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie kriegen auch sofort das Wort, Herr Rechtsanwalt.

Ich möchte bitten, nach dem Wortbeitrag dann diese Diskussion vielleicht in eine Beratungssitzung zu verschieben, weil wir haben noch eine dritte Zeugin. Ich halte das für sehr interessant juristisch; aber ich würde das dann gerne auf einen Beratungssitzungstermin vertagen, an dem wir das intensiv erörtern könnten.

Herr Rechtsanwalt, ich gebe Ihnen jetzt das Wort.

RA Johannes Eisenberg: Ich wollte einfach erläutern: Der Zeuge wird mit einem, ich weiß nicht, 130-, 168-seitigen Bericht konfrontiert, von dem er eingangs gesagt hat, dass er den Inhalt dieses Berichts nicht mehr gegenwärtig hat. Jetzt werden ihm Schaulpläne vorgelegt, und er sagt zu



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

mir: Das ist doch wahrscheinlich nur eine Planung. - Daraufhin habe ich es für erforderlich gehalten, dass der Zeuge sich nicht nur dieses eine Blatt ansieht, sondern auch versucht, den Zusammenhang, in dem der im Bericht steht - - Das hätte jeder Gerichtsverhandlung gut zu Gesichte gestanden, wenn ein Zeuge sich so verhalten hätte. Er hat sich so verhalten. Das ist völlig in Ordnung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darum habe ich auch die fünfminütige Unterbrechung ermöglicht. Ich denke, jetzt hat der Zeuge sich einge- arbeitet, Herr Kollege Ströbele.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Was hat die Bundes-
regierung dabei gemacht?)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eine massive Zeugenbeeinflussung durch drei Zeugen [sic!], die offenbar aus derselben Dienststelle kommen wie er, die ihm geraten haben,

(RA Johannes Eisenberg:
Das stimmt doch gar nicht!)

was er hier sagen soll. Ich weiß nicht, ob Sie auch noch bei Herrn Schindler angerufen haben, welche Version jetzt hier dargestellt wird. - Das ist unmöglich. Also, ein vernünftiger Vorsitzen- der würde die Herren des Saales verweisen und sagen: Diese Zeugenbeeinflussung geht nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, die Herren können die ganze Zeit hier bleiben; das sind nämlich die Bevollmächtigten der Bundes- regierung.

(RA Johannes Eisenberg:
Die haben das auch gar
nicht getan! Ihr träumt
doch! Ich war doch dane-
ben! - Gegenruf des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Wir haben das gese-
hen! - Gegenruf des RA Jo-
hannes Eisenberg: Wir ha-

ben da drin gelesen! Ver-
folgungswahn!)

- Bevor wir in diese ganz spannende Diskussion verfallen, glaube ich, hatten wir doch auch die Gelegenheit - insbesondere der Zeuge - - dass er sich jetzt in die Dokumente einarbeitet, und ich bin gespannt, ob jetzt was intensiv Gutes dabei rauskommt. Jetzt würde ich gerne den Zeugen hören; das ist nämlich die interessanteste Person hier.

Zeuge T. B.: Gut. - Zu diesem Papier auf Seite 71. Da ist auf Seite 70 ein ganz interessanter Satz mit dabei:



Das heißt, das, was da hinten als Prozess aufge- malt ist, ist eine Planung, wie es irgendwann aussehen hätte sollen, und da fehlt fälschlicher- weise auch noch die G-10-Filterung für den Pro- zess IP-gesamt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.



* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-9/2, Tagebuchnummer 15/14, Ordner 165, Blatt 70.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Zeuge T. B.: Nein, das war auch nicht die Realität; denn gerade dieser Teilbereich IP ist nicht in Betrieb gegangen, solange ich da draußen in Aibling war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen, Metadaten ist nicht in Betrieb gegangen, IP ist nicht in Betrieb gegangen?



Auszug offen

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für paketgebundene Übertragung?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber für kabelgebundene Übertragung schon, leitungsvermittelt?

Zeuge T. B.: Das war 2007 schon wieder beendet.

(Lachen des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber für leitungsvermittelte Daten ist das so gelaufen?

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Realität war doch so, dass

Sie gar keine Metadaten und IP-gesamt-Daten überhaupt produziert haben; Sie haben die Produktion nicht freigegeben.

Zeuge T. B.: Wir haben die Produktion nicht freigegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum musste dann das eingestellt werden? Das verstehe ich überhaupt nicht. Was war denn das Problem?

[REDACTED] Warum müssen wir hier Streng Geheim tagen, wenn das alles überhaupt nicht stattfindet?

Zeuge T. B.: [REDACTED]

(RA Johannes Eisenberg: Da müssten Sie dem Zeugen jetzt mal erklären, was Sie damit meinen! Das kann er doch nicht wissen! Das war doch in einer geheimen Sitzung!)

Der Strang IP ist nicht freigegeben worden, weil wir in diesem ganzen Strang eine hundertprozentige G-10-Filterung nicht gewährleisten konnten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Amerikaner haben aus diesem Strang auch keine Daten bekommen, auch nicht selbst gezogen?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht aus den Rohdaten?

Zeuge T. B.: Nein.

[REDACTED]

Zeuge T. B.: Nein. Das ist eine Sackgasse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das sind klare Antworten.



Auszug offen

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind klare Antworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil die Zeit abgelaufen ist, bin ich froh, dass die klaren Antworten so stehen bleiben können, weil da kann man was mit anfangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke ich auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Die beiden Fraktionen, wenn ich das richtig sehe, CDU/CSU und SPD haben keine weiteren Nachfragen. Dann kommen wir direkt wieder zur Fraktion der Linken. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage noch mal weiter - vorhin bin ich ja sozusagen aufgehalten worden bei der Frage: „Kann man Router manipulieren?“ und würde gern einen Vorhalt machen aus der Akte MAT A BND-9/2, Tagebuchnummer 15/14, hier die Seite 109. Es geht wieder um Schwachstellen. Dort heißt es - - Also, um es noch mal zu erklären: Ich habe den Zeugen vorhin gefragt, was er selbst für eine Meinung hat zu den Möglichkeiten, Router zu manipulieren, weil er der Techniker ist und nicht ich. Ich lese jetzt mal vor, was hier steht:

- das wäre dann meine erste Frage: was das genau ist und wer alles daran teilnimmt -

[REDACTED]

Ich würde jetzt gerne a) wissen, was [REDACTED] ist. Zum anderen würde ich gerne von Ihnen wissen, ob diese Frage - dass man grundsätzlich eine Manipulation am Router vornehmen hätte können, dass dieses aber bemerkt worden wäre - zu dem Zeitpunkt, wo Sie dort Verantwortung hatten, besprochen wurde vor dem Hintergrund, dass hier ausgeführt ist - und dann auch die Frage an Sie, ob das richtig ist -, dass [REDACTED]

Können Sie dazu was sagen?

Zeuge T. B.: [REDACTED]

Mit dem anderen Halbsatz oder den letzten beiden Sätzen kann ich leider nichts anfangen; denn ich verstehe es nicht, wie es an der Stelle gemeint ist. Ich habe immer noch keinen Plan, was an dieser Stelle, die ein Teil der Prozesskette hin zu Daten ist, die wir anschließend betrachten und bearbeiten, eine Manipulation soll. Das er-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-9/2, Tagebuchnummer 15/14, Ordner 165, Blatt 109.



Auszug offen

schließt sich mir persönlich nicht, und daher verstehe ich diese Schwachstelle dieses Risikos nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Wenn wir nicht das alles heute wüssten - oder der Fall Markus R. aufgetaucht ist oder das Abhören der Kanzlerin, und Obama sich entschuldigen musste -, wenn wir das nicht alles wüssten, würden wir vielleicht auch nicht so insistieren auf der Frage, ob das hier nur fiktive Schwachstellen sind mit der Möglichkeit, dass der AND etwas macht, was nicht geplant ist, oder ob es tatsächlich Abgriffe gegeben hat, über die sozusagen der BND die Kontrolle verloren hat.

Aber ich frage mich tatsächlich, warum Sie heute - aus der heutigen Sicht, mit alledem, was ich jetzt nur so angerissen habe an Problemlagen, die seitdem aufgetaucht sind - nicht zum Beispiel überlegen, ob es nicht an der einen oder anderen Stelle, bei der Software, Hardware, bei dem Personal, die Möglichkeit gegeben hätte, dass dort Daten, die sogar G-10-Relevanz haben können, aus dem System herausgenommen wurden, wa-

rum man sich sozusagen kategorisch dieser fiktiven Frage oder dieser Möglichkeit so verwehrt. Es gibt doch so viel Anhaltspunkte, dass das nicht mit Treu und Glauben zugeht zwischen Diensten, sondern dass es bisschen anders läuft: dass es einmal Konkurrenz ist, und dann ist es Kooperation, und das wechselt manchmal im Stundentakt offenbar. Das verstehe ich überhaupt nicht. Also, ich würde das fast als naiv bezeichnen.

Deswegen habe ich vorhin die Frage gestellt: Kann man Router manipulieren - das war eine ernsthafte Frage an Sie als Techniker -, kann man das? Das können Sie mir beantworten. Ich habe das nicht studiert. Sie haben es bis heute nicht beantwortet. Aber dass man sich nicht diese Frage stellt, das verstehe ich überhaupt nicht, überhaupt nicht. Also, ich habe Ihnen jetzt noch mal vorgelesen, warum ich diese Fragen vorhin gestellt habe. Es geht ja bei Ihnen - - Es geht ja nicht darum, dass wir Ihnen diese Berichte hier vorlesen, sondern, Ihr eigenes Wissen erfragen, Ihre eigene Einschätzung, Ihr eigenes Problembewusstsein.

Zeuge T. B.: Ja. Und die Frage?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben nie was mitgekriegt?)

Martina Renner (DIE LINKE): Die Frage war vorhin: Kann man einen Router manipulieren, so dass man dort Daten ausleiten kann? Da haben Sie vorhin gegengefragt, was die Frage überhaupt soll.

Zeuge T. B.: Ja. - Es geht nicht, an dieser Stelle geht es nicht. [REDACTED]

[REDACTED] werden könnte, um dort Daten abzu ziehen. Das ist genau der Punkt, an dem ich einfach hänge: Wenn ich innerhalb einer Prozesskette verschiedene Dinge habe - und dieser Router an der Stelle war einzig und allein da, eine Lastverteilung vor-



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

zunehmen [REDACTED] Da verstehe ich nicht, was eine Manipulation an der Stelle überhaupt für einen Sinn hätte, weil es auch, außer in diese Systeme hinein, keine andere Verbindung gibt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann nur dabei bleiben: Ich kann nicht sehen, wie man nicht sich selbst diese Fragen aufwirft. Wenn man zum Beispiel es nicht in der Hand hat, wer diese Geräte besorgt, betreibt, wartet, programmiert, kennt, dann gibt man eben irgendwann das in den Bereich sozusagen, ja, des guten Glaubens. Das ist aber für uns tatsächlich dann ein Problem; das müssen wir dann als Problem feststellen, als Untersuchungsausschuss. Sie müssen das nicht als Problem sehen; aber wir sehen das als Problem. Deswegen habe ich zu diesen Sachen gefragt, deswegen fragen wir die ganze Zeit zu diesen Dingen.

Aber ich habe jetzt keine weitere Frage mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich überlege gerade nur, Kollege von Notz oder wer auch immer jetzt als Nächster fragt, ob wir noch mal klarmachen sollten, was diese Router genau machen, technisch fein.

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen habe ich ihn ja gefragt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht könnte das ein Problem sein: dass wir ein unterschiedliches Verständnis von Routern und - Ich habe den Eindruck, hier wird ein Router ausschließlich als Verteiler verstanden. Vielleicht könnte das irgendwie das Problem hier klären. Ich will aber auch keinem Fragezeit wegnehmen. Ich probiere, irgendwie diesen Dissens hier aufzulösen.

Sonst ist jetzt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen mit Fragen dran, der Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich finde es völlig in Ordnung, wenn der Zeuge bezüglich - - Er soll ja hier nur sagen, wovon er Kenntnis hat und was er weiß, und wenn er dieses Problem nicht sieht - - dann se-

hen Sie es nicht. Deswegen ist das so. Die Menschen, die diesen Bericht geschrieben haben aus dem BND, die haben dieses Problembewusstsein gehabt und die haben auch gesagt: [REDACTED]

Ich mache dann mal weiter. Also, noch mal grundsätzlich die Frage: Das, was wir hier sehen auf Seite 71, [REDACTED]

(Der Zeuge blättert in Unterlagen)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben wir ja gesagt: „Testbetrieb bei IP-Daten und so“; aber wir sind uns einig, [REDACTED] es sind echte Daten [REDACTED] geflossen, richtig?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch wenn Sie das nicht Produktion nennen, aber es sind echte Daten - echte in Frankfurt ausgeleitete Daten - [REDACTED] gelaufen?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sage ich Ihnen mal - nur damit wir das hier klarkriegen für uns; das ist jetzt eine eher juristische Bemerkung -: Das ist schon eine Datenweiterleitung nach deutschem Datenschutzrecht. [REDACTED]



Auszug offen

[REDACTED]

Jetzt habe ich zwei Stellen in dem Schwachstellenbericht, die ich Ihnen noch vorhalten möchte, einmal die Schwachstelle [REDACTED]. Da schreiben die Berichtersteller:

[REDACTED]

Das haben Sie ja auch so bestätigt.

[REDACTED]

Also die sagen: Diese Möglichkeit besteht.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-9/2, Tagebuchnummer 15/14, Ordner 165, Blatt 70.

[REDACTED]

- Achtung! -

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Deswegen frage ich Sie: Wie können Sie vor diesem Hintergrund dieses Schwachstellenberichts und dieser Analyse sagen, dass kein G-10-Datum in Ihrer Zeit an die NSA geflossen ist? Das will mir nicht in den Kopf. Ich wollte Ihnen noch mal die Möglichkeit geben, das zu korrigieren.

Zeuge T. B.: Das muss ich nicht korrigieren; denn zum einen haben Sie wirklich auch gesagt: Es ist aus IP nichts weitergegeben worden, weil wir noch nicht so weit waren. [REDACTED]

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-9/2, Tagebuchnummer 15/14, Ordner 165, Blatt 63.



Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

Zeuge T. B.:

[REDACTED]

Von der Seite her bleibe ich nach wie vor bei der Aussage: Aus meiner Sicht und nach meiner Kenntnis wurde nichts weitergeleitet, was wir nicht hätten weiterleiten dürfen.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - Die zweite Frage ist diese Positivliste, von der Sie reden, wo sozusagen Menschen, Grundrechtsträger, deren Handy-

nummer in Afghanistan bekannt ist, in so eine Positivliste geschrieben werden. Das habe ich vorhin richtig verstanden, nicht?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist lustig: Da gibt es im Datenschutzrecht eine ganz ähnliche Sache beim Deutschen Direktmarketing Verband, die sogenannte Robinsonliste: Wenn man da nicht beworben werden will, muss man sich melden; dann wird man da nicht beworben. Dafür gibt es allerdings eine Rechtsgrundlage.

Die interessante Frage wäre: Das muss ja eine kuriose Liste sein, die Sie da haben, mit sehr, sehr vielen Daten, Telefonnummern, E-Mail-Adressen von Deutschen im Ausland. Gibt es für die Erstellung einer solchen Liste eine Rechtsgrundlage? Und, wenn ja: Wie heißt die?

Zeuge T. B.: Müssten Sie einen Juristen fragen, bitte. Ich habe da - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben nur die Daten da eingegeben, oder die Leute in Ihrer Abteilung haben nur die Daten eingegeben; aber ob es dafür eine Rechtsgrundlage gibt, wissen Sie nicht?

Zeuge T. B.: Ich kann das aus juristischer Sicht nicht bewerten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann wären wir wieder bei der Fraktion Die Linke.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, weil mir das noch nicht ganz einleuchten will, warum es da so viele Auflistungen gibt von möglichen Schwachstellen und Pannen usw., die denkbar sind:

[REDACTED]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann haben Sie gesagt, dass Sie deshalb davon ausgehen, dass die Amerikaner nichts haben abschöpfen können oder ableiten haben lassen können, [REDACTED]

Zeuge T. B.: Ja.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut. - Ich habe denn noch eine Frage zu einem anderen Thema, und zwar Protokollseite 85. Das ist mir nur noch aufgefallen von Ihrer Vernehmung in öffentlicher Sitzung: Da hat die Kollegin Renner, nachdem Sie dort eine Ausführung gemacht haben, wo das irgendwie hieß: „operatives Geschäft, Interessen bezüglich Nordafrika“, nachgefragt: Es gab also innerhalb der JSA Interessen bezüglich Nordafrika beim operativen Geschäft des BND? - Da haben Sie geantwortet: Nur nichtöffentlich. - Punkt, und damit war diese Anfrage beendet. Jetzt würde ich gerne in nichtöffentlicher Sitzung hören, was das für Interessen waren, um was es da ging, wonach Frau Renner gefragt hatte.

Zeuge T. B.: Ja. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Zeuge T. B.: Er ist mittlerweile ausgeschieden. Den Namen oder die Initialen kriegen Sie sicher über die Bundesregierung. Der Dienststellenleiter von J- von dieser Dienststelle in LA 60 in Bad Aibling war mein Chef, mit dem habe ich besprochen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Da wir das Organigramm von Bad Aibling haben, kann der Zeuge doch jetzt die Initialen nennen, oder? Das ist doch etwas umständlich.

Zeuge T. B.: [REDACTED]



Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich habe noch mal eine grundsätzliche Frage, Herr Zeuge, nämlich: Haben Sie eine Idee, was die grundsätzliche Absicht des AND war, um dieses Projekt an den Start zu kriegen? Was wollten die eigentlich?

Zeuge T. B.: Der AND hat bis insgesamt 2004 eine Aufklärungsstation in der Bad Aibling Station gehabt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für Satellit?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Mir geht es aber um das Andie-Glasfaser-Gehen, um „Granat“ und „Eikonat“.

Zeuge T. B.: Ja, da wäre ich noch drauf gekommen. Der eine Punkt ist: Es gab zu dem Zeitpunkt eine eigenständige Erfassung ohne Kontrolle in irgendeiner Form, und das ist, mit der Souveränität, auch dann entsprechend mit den ANDs be-

sprochen worden: dass das nicht mehr geduldet wird und nicht mehr durchgeführt wird.

Es sollte die Bad Aibling Station 2002 schließen. Durch die Vorfälle des 11. September 2001 wurde diese Schließung um zwei Jahre verzögert. Zu welchem Zeitpunkt dann das Angebot an den BND kam, gemeinsam die Ressourcen zu nutzen - in dem Fall: die Satellitenschüssel -, weiß ich nicht; es entzieht sich meiner Kenntnis. Es ist irgendwann in diesem ganzen Zusammenspiel dann zu dieser, ich sage mal, Idee, gekommen, dass es auch Routineverkehre - also Nicht-G-10-Verkehre - aus der Glasfaser gäbe, die interessant sein könnten für den AND.

[REDACTED] gefiltert ist, dann kommt halt nichts mehr raus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis auf den letzten Teil glaube ich, dass das gut so gewesen sein könnte. Bezüglich des letzten Teils teile ich die Auffassung des Abteilungsleiters 6, Breitfelder - den werden Sie wahrscheinlich kennen, den haben wir hier auch noch als Zeugen.

In MAT A BND-18b auf Blatt 2 ist leider mit vielen Bläunungen festgehalten ein Gespräch, ein Konferenzvermerk über dieses Projekt aus dem April 2002. Da sagt der UAL 25 auf Nachfrage P. R.: Warum ist NSA so dringend daran interessiert,

[REDACTED]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Wenn es keine Fragen mehr gibt, sind wir am Ende der heutigen Zeugenvernehmung mit Ihnen, Herr Zeuge.

Nach der Fertigstellung des Protokolls wird Ihnen vom Sekretariat das Stenografische Protokoll übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Überarbeitung vorzunehmen [sic!] oder Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage mitzuteilen.

Zum Schluss darf ich Ihnen danken, dass Sie uns heute zum zweiten Mal Rede und Antwort stehen, jetzt, heute, in geheimer Sitzung; darf mich herzlich für Ihr Einbringen und Engagement be-

danken, für die vielen Informationen, die Sie uns gegeben haben. Damit ist dieser Teil der Sitzung zu Ende - für Sie insgesamt - für heute. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt.

(Beifall)

Wir machen insgesamt aber weiter. Die Beweisaufnahme wird fortgesetzt mit der Vernehmung der nächsten Zeugin, G. L. Das würde ich, weil sie im Haus ist, schon direkt in fünf Minuten machen: dass wir jetzt keine große Pause machen, auseinanderrennen, sondern direkt in fünf Minuten mit G. L. beginnen. G. L. wird jetzt in den nächsten Sekunden hier in den Sitzungssaal gebracht. So lange unterbrechen wir, fünf Minuten.

(Unterbrechung des
Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Geheim:
21.59 Uhr - Folgt Fortsetzung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Nichtöffentlich)



Auszug offen

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Geheim:
22.10 Uhr)

Fortsetzung der
Vernehmung der Zeugin
G. L.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gehe auch jetzt wieder davon aus, dass niemand - ich sehe auf jeden Fall niemanden - sich hier erneut reingeschmuggelt hat. Es sind damit keine Personen, die nicht dementsprechend Geheim ermächtigt sind, im Saal.

Ich gehe auch davon aus, dass alle Mobiltelefone den Raum wieder verlassen haben oder eben nicht verlassen haben, sondern draußen hinterlegt worden sind, sodass wir beginnen können.

Ich würde jetzt genauso wie bei der Vernehmung des vorherigen Zeugen direkt in die Fragerunde der Fraktionen einsteigen und, weil es ja eine fortgesetzte Zeugenvernehmung ist, in einer ersten Fragerunde der Fraktion der Linken das Wort geben, dann der SPD, dann Bündnis 90/Die Grünen, dann der CDU/CSU, und in der zweiten Fragerunde dann wie gewohnt die Linke, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Das ist auch so in der folgenden Fragerunde. Ich glaube, das hat sich als am effektivsten bewiesen. Deswegen würde ich jetzt der Kollegin Frau Renner das Wort geben.

Martina Renner (DIE LINKE): Guten Tag, Frau G. L.! Ich würde gerne bei den Fragen einsetzen, die wir zuletzt in öffentlicher Sitzung gestellt haben und dort der Hinweis kam, dass wir diese nur in einer eingestuften Sitzung beantwortet bekommen.

Ich hatte gefragt - das ist das Protokoll, Seite 147 -, wie der Datenabfluss an die NSA physikalisch vonstatten ging. Sie hatten daraufhin gesagt, es gab einen entsprechenden Übergabepunkt, netzwerktechnisch. Dann hatte Herr Wolff interveniert und darauf sozusagen verwiesen, dass wir Näheres hier erläutert bekommen. Das ist jetzt die Gelegenheit.

Zeugin G. L.: Also, es gab - - Und man muss dazusagen: DV-technisch oder netzwerktechnisch besteht die Möglichkeit, Netzwerke völlig voneinander zu trennen und nur definierte Übergänge zuzulassen, und das war auch hier der Fall. Es gab also nur eine Einwegmöglichkeit. Die Daten, die nach G-10-Prüfung für die NSA freigegeben wurden, wurden über einen definierten Netzwerkübergang an die NSA abgegeben. Ein Rückweg oder ein Rückgriff war aus technisch-sicherheitlichen Gründen nicht möglich.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben uns mit Herrn T. B. jetzt hier länger über Pull und Push unterhalten. Könnten Sie sagen, ob das lediglich eine Push- oder auch eine Pull-Funktion hatte?

Zeugin G. L.: Also, Richtung NSA meines Wissens nach ein Push-Prinzip. Es konnte nicht abgeholt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und gab es im Umgekehrten auch eine Zugriffsmöglichkeit?

Zeugin G. L.: Nein, rückwärts nicht. Die NSA konnte nicht über diesen Netzknoten in das andere Netz zugreifen. Das war also komplett von der anderen Seite zugemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



Auszug offen

[REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Aus dem Schwachstellenbericht wissen wir, [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Kennen Sie einzelne Arbeitsplätze innerhalb der JSA, also haben Sie sich neben Ihrem eigenen Arbeitsplatz auch andere Arbeitsplätze angesehen?

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die dort eingesetzte Hardware, verfügte die über Laufwerke, Ports, Schnittstellen, oder waren diese grundsätzlich von vornherein ausgebaut?

Zeugin G. L.: Da es normalerweise sich bei den Arbeitsplätzen um Standardarbeitsplätze handelt,

die keine besondere Hardware erforderlich machen, ist da natürlich auch ein normaler PC, wie man ihn von der Stange kaufen kann, zum Einsatz gekommen. Allerdings können in bestimmten Fällen bestimmte Netzwerkports, USB-Ports usw. oder CD-Laufwerke natürlich von der Sicherheit deaktiviert worden sein. Das hängt immer auch davon ab, in welchem Netz man ist, wie man mit Daten innerhalb des Netzes umgeht. Nachrichtенbearbeitung erfordert andere Sicherheitsmaßnahmen als Nachrichtengewinnung, wo Sie eigentlich nur Prozesse kontrollieren, aber nicht mit den Daten arbeiten, als ein anderes Nachrichtенbearbeitungsnetz, wo Sie ja wirklich einen Zugriff auf Daten haben und dafür sorgen müssen, dass die nicht unberechtigt abfließen. Insofern muss man immer unterscheiden, welche Aufgabe hat welcher Mitarbeiter gehabt, und danach richteten sich auch dann im Rahmen seiner Zugriffsmöglichkeiten die Sicherheitsmaßnahmen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre es bemerkt worden, wenn ich an so einem Arbeitsplatz zum Beispiel ein Speichermedium eingesteckt hätte, ein - was weiß ich! - - Also, in jeder Form: Netzwerkkarte, USB-Stick, CD oder Port.

Zeugin G. L.: Also, Netzwerkkarte müssten Sie ja den Rechner dann aufmachen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die meisten, die dort arbeiten, können das wahrscheinlich, oder?

Zeugin G. L.: Die können das wahrscheinlich. Die Frage ist halt: Was ist der Nutzen, wenn man eine Netzwerkkarte austauscht? - Wenn Sie nicht irgendwo an ein anderes physikalisches Netzwerk rankommen durch entsprechende Verkabelungsmaßnahmen, nützt Ihnen also der Austausch einer Netzwerkkarte nichts. Mit Sicherheit bestand die Möglichkeit, Daten per USB-Stick rauszuziehen. Es ist aber dann die Frage, zu welchem Zweck. Wenn man sagt, man hat irgendwelche Pläne oder Listen, die man irgendwo anders hin, in ein anderes Netz, geben will, dann ist das eben halt die probate Turnschuhschnittstelle, die dann dafür sorgt, dass die Daten überführt werden. Allerdings muss man auch dazusagen, dass in der Regel solche Zugriffe auch intern



Auszug offen

protokolliert werden normalerweise. Aber wie das jetzt konkret damals war? - Es ist wirklich zu lange her; ich kenne die einzelnen Konfigurationen der Rechner nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie zu [REDACTED] zu Ihrer Zeit etwas sagen? Können Sie sich daran erinnern?

Zeugin G. L.: Nein, das ist ein anderer Bereich gewesen. Eben auch, um eine Trennung zu haben, war das damals ein Bereich, der für den Service in dieser Art zuständig war, auch für die ganze Netzwerktechnik, auch verantwortlich war, die Sicherheitsmaßnahmen entsprechend umzusetzen. Der gehörte nicht mal zu unserer Abteilung damals. Das heißt, da haben wir also bestimmte Sachen überhaupt nicht machen können, weil man dafür das Personal aus einem ganz anderen Bereich brauchte.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich glaube, da müssen wir nachher noch mal ansetzen. - Ich will noch einen weiteren Punkt ansprechen, den wir das letzte Mal auch verschoben haben: Das waren die Videokonferenzen in der Blechdose.

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Sie erinnern sich? Super.

Zeugin G. L.: Ich erinnere mich, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ging länger, die Auseinandersetzung. Herr Eisenberg hat sich da auch intensiv eingebracht. Da hatte ich gefragt, wer denn an diesen Konferenzen teilgenommen hat, um was es denn da ging.

Zeugin G. L.: Ja. An den Konferenzen, an denen ich teilgenommen habe?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, mehr können Sie ja nicht wissen.

Zeugin G. L.: Kann ich nur sagen: Die eine Konferenz war in Bezug auf die - wie soll ich sagen? - amerikanische G-10-Belehrung. Die zweite Konferenz ging um eine Besprechung zum Thema,

dass die Amerikaner ein bestimmtes System austauschen wollten und man mit denen dann besprochen hat, wann die kommen, was vorzubereiten ist. Da Personal nicht nur vor Ort bei solchen Maßnahmen kam, mussten halt die Dinge wie Planung usw. abgesprochen werden, und das lief natürlich dann alles über Videokonferenz.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei dem Ersten ging es um den Schutz von US-amerikanischen Bürgern?

Zeugin G. L.: Ja, so wie bei uns auch üblicherweise die Mitarbeiter G-10-belehrt werden, auch, wie ich sagte, die amerikanischen. Im umgekehrten Weg wurden wir auch belehrt im Hinblick auf die amerikanische G-10-Regelung.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei dem Zweiten, bei dem Austausch dieses Systems: Wissen Sie noch, um was es da ging, was da ausgetauscht werden sollte?

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



Auszug offen

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Personen? Können Sie noch sagen, wer auf Gegenseite daran teilgenommen hat?

Zeugin G. L.: Nein. Das sind die jeweiligen technischen Verantwortlichen oder bei der Belehrung halt der entsprechende Jurist. Aber wer das genau war, könnte ich jetzt heute überhaupt nicht mehr sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln -

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - in der ersten Runde zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Zur Einordnung jetzt noch mal: Wir hatten vorhin einen Zeugen gehabt, T. B. Das war Ihr Vorgänger in Ihrer Funktion?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und Ihr Nachfolger war J. Z.?

Zeugin G. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Der war zu Ihrer Zeit auch Stellvertreter.

Zeugin G. L.: Der war mein Stellvertreter. Der war respektive mein Mitarbeiter, ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Meine Frage bezieht sich eigentlich nur auf einen Punkt noch mal. Das hatten Sie in der öffentlichen Sitzung zwar auch angesprochen. Wir haben von Ihrem Vorgänger gehört, dass es im Verhältnis zu den Amerikanern Misstöne gegeben hätte in Bezug auf die Erwartungshaltung, die enttäuscht worden sei in Bezug auf das Projekt. Ihr Nachfolger hat das auch sinngemäß so bestätigt. Und ich sage jetzt mal so: Sie haben - ohne dass ich jetzt Ihnen da einen ganz konkreten Vorhalt aus der öffentlichen Sitzung mache - das mehr oder we-

niger in der Darstellung so dargestellt, dass Sie sich da an nichts erinnern können.

Zeugin G. L.: Nein, dann war das ein Missverständnis.

Christian Flisek (SPD): Gut, dann möchte ich Ihnen die Gelegenheit geben, das - -

Zeugin G. L.: Ich habe gesagt, dass mir gegenüber die Amerikaner keine derartige Äußerung getan haben, dass sie enttäuscht wären von dem Ergebnis, also mir persönlich gegenüber.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeugin G. L.: Aber natürlich: Das Umfeld hat schon diese etwas - wie soll ich sagen? - enttäuschte Haltung seitens der Amerikaner mitbekommen, und wir haben natürlich darüber gesprochen. Aber mir persönlich gegenüber wurde keine Äußerung gemacht, dass die jetzt enttäuscht wären. Vielleicht war das ein Missverständnis.

Christian Flisek (SPD): Sie haben jetzt gesagt, das Umfeld hat das mitbekommen.

Zeugin G. L.: Ja, unser Umfeld.

Christian Flisek (SPD): Die Mitarbeiter?

Zeugin G. L.: Die Mitarbeiter, die dann mit den anderen Mitarbeitern gesprochen haben. Da kam so was natürlich. Jeder hat ja die Ergebnisse gesehen, was rauskam, und jeder konnte sich denken, dass die Amerikaner was anderes erwartet haben. Also war klar, dass irgendwann eine entsprechende Reaktion erfolgen würde, dass man sagt, dass das Ergebnis nicht dem entspricht, was man erwartet hat. Aber wie gesagt: mir persönlich gegenüber keine Äußerung. Das ist vielleicht das Missverständnis aus der öffentlichen Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ist irgendwann mal vonseiten der Amerikaner angedeutet worden, dass das Projekt eventuell auch von den USA aus abgebrochen werden könnte?



Auszug offen

Zeugin G. L.: Also, mir gegenüber persönlich nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Aber im Umfeld irgendwas aufgefallen dazu?

Zeugin G. L.: Nein, mir nicht.

Christian Flisek (SPD): Und wie hat man darauf reagiert, also grundsätzlich, auf diese Misstöne? War man in Ihrer Abteilung eher dann so aufgestellt, dass man gesagt hat, wir müssen Erfolge produzieren, oder war das mehr oder weniger so, dass man gesagt hat, man kann eigentlich an diesem Zustand in diesem Projekt offensichtlich nichts ändern?

Zeugin G. L.: An irgendwelche Diskussionen in dieser Hinsicht kann ich mich nicht erinnern. Da war ich auch nicht dran beteiligt.

Christian Flisek (SPD): Na ja, Sie waren die Leiterin.

Zeugin G. L.: Ja. Ich war die Leiterin des Sachgebietes, aber nicht der Gesamtmaßnahme; das war etwas höher aufgehangen.

Christian Flisek (SPD): Das ist schon richtig. Aber Sie waren vor Ort diejenigen, die natürlich mit den amerikanischen Kollegen das operativ umsetzen mussten, die im Prinzip, wenn ich mal so sagen will, an der operativen Front standen im Gegensatz zu allen anderen, die das irgendwie sonst wie verantwortet haben. Und deswegen meine Frage jetzt noch mal: Wie war man denn da strategisch aufgestellt in Bezug auf diese Misstöne? Hat man das einfach abprallen lassen, hat man gesagt: „So what? Das ist so!“?

Zeugin G. L.: Ja. Man selbst hatte ja keine Möglichkeit, irgendwo in irgendeiner Hinsicht etwas zu sagen - es wird nicht besser werden oder Sonstiges. Es war klar, wie da vorgegangen war, dass keine besseren Ergebnisse rauskommen konnten, weil man im Rahmen bestimmter technischer Prozesse ziemlich viel unterdrückt hat für diese Seite. Aber was politisch oder ranghöher - - kann ich Ihnen nicht sagen, wirklich.

Christian Flisek (SPD): Und irgendwie mal - ich sage jetzt mal, flapsig gesprochen - irgendwelche Überlegungen, das mal im Sinne eines besseren Outputs lockerer zu handhaben?

Zeugin G. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): So was gab es nicht?

Zeugin G. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Gab es keine Signale von oben oder sonstwie, -

Zeugin G. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): - sondern man hatte da Vorgaben, und die hatte man durchzuziehen.

Zeugin G. L.: Wir hatten die Vorgaben, ganz entschieden dafür zu sorgen, dass zum Beispiel keine G-10-Daten an die Amerikaner abfließen, und das haben wir auch versucht, so gut es mit den damaligen technischen Mitteln ging, umzusetzen.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeugin G. L.: Und dass dabei natürlich dann auch andere Sachen hängen bleiben, muss man halt dann in Kauf nehmen, wenn die Technik noch nicht so perfekt eingeschwungen ist für die Trennung.

Christian Flisek (SPD): Wir haben dann keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hallo! Die letzte Aussage, man muss das in Kauf nehmen, heißt, die Filter haben eben nicht perfekt funktioniert?

Zeugin G. L.: Man muss in Kauf nehmen, dass das, was die Amerikaner erwartet haben, rausgekommen ist, dann eben nicht rauskommt, wenn man die Filter ganz, ganz scharf stellt, um zu



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

vermeiden, dass aus Versehen G 10 durchgeht, oder - - Also, man unterdrückt mehr, als man eigentlich müsste, weil man halt sicher sein will, dass man nicht aus Versehen irgendwo einen Fehler begeht. Da können Sie natürlich den Durchfluss so gering machen, dass Sie dann auch wirklich jeden einzelnen Tropfen analysieren können, ob es G-10-frei ist oder nicht. Und wenn Sie so scharf stellen, dann bleibt natürlich das, was die Amerikaner erwartet haben, irgendwo in der ganzen Kette hängen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was haben die Amerikaner erwartet?

Zeugin G. L.: Das haben sie eigentlich so im Detail nicht konkret gesagt, dass sie jetzt gesagt hätten: Wir sind interessiert an dieser Terrorgruppe oder an einer Firma im Bereich Proliferation. Wir haben die Suchbegriffe bekommen. Die wurden eingestellt, geprüft - schon damals -, ob sie G 10 beinhalten.

Das heißt, auch da war Vorsicht geboten, und wir haben natürlich auch geschaut, ob wir irgendwo Informationen zu diesen Sachen bekommen. Aber was da jetzt konkret irgendwie für eine Strategie dahinterstand, das haben sie uns im Detail nicht gesagt. Man hat sich natürlich im großen Rahmen über Probleme der Welt ausgetauscht, was gerade damals aktuell war, wo man im Schwerpunkt arbeiten wollte - politische, welt-politische Sachlagen -, aber so konkret im Detail haben wir auf der Ebene nicht gesprochen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist interessant, wie Sie das beschreiben. Ich meinte es aber etwas abstrakter.

Zeugin G. L.: Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, kein Problem. Es ist trotzdem

interessant gewesen, was Sie gesagt haben. Aber ich meinte es etwas abstrakter: Warum machen die Amerikaner überhaupt dieses Projekt?

Zeugin G. L.: Tja, das habe ich mich auch gefragt, muss ich Ihnen ehrlich sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und zu welcher Antwort sind Sie gekommen?

Zeugin G. L.: Ja, nachdem - - Ich kann es mir so vorstellen, nachdem ich auch ein bisschen Einblick in die Arbeitsweise der Amerikaner bekommen habe, dass man mithilfe der Technik, die uns zur Verfügung gestellt wurde, dann auch die entsprechenden Outputs sehen konnte, ohne dass man sich selber diese Arbeit machen musste, das Ganze zu machen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie auch interessant gesagt. Vielleicht - - Ja.

Ich könnte Ihnen jetzt einen Vorhalt machen aus dem Ordner - habe ich eben schon gesagt - 63/14, MAT A BND 18b, wieder Seite 2. Das will ich Ihnen jetzt aber gar nicht vorlesen; die Leute hier im Raum kennen es auch. Ich kann Ihnen aber sagen: Hier steht drin, dass ein Abteilungsleiter 6, Herr Breitfelder, den Sie vielleicht sogar kennen, -

Zeugin G. L.: Ja.

Zeugin G. L.: So, wie das Ganze aufgesetzt war, gab es keinen unmittelbaren Zugang zum Kabel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist ja das, was nachher war; aber sozusagen erst mal von der Motivlage. Ich



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

meine, das Besondere an dem Projekt, Frau Zeugin, ist ja,

Zeugin G. L.: Ja, ich muss - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wenn ich das ganz kurz sagen darf, um den Hintergrund meiner Frage zu erläutern, dass hier ein ausländischer Nachrichtendienst auf deutschem Boden - in Klammern: auf dem ja angeblich das deutsche Recht gilt - an Daten ran will, an Routineverkehre ran will, an die sie selbst nicht legal ran können. Und dafür brauchen sie einen Kooperationspartner, und da bietet sich für sie der BND an, weil sie es selbst eben nicht dürfen; die können nicht nach Frankfurt gehen und da die Leitung anzapfen. Deswegen machen sie das mit dem BND. Das teilen Sie noch?

Zeugin G. L.: Das teile ich noch, gerade auch aus dem Blickwinkel 2002.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, genau. - Und was haben die Amerikaner sich von dem Projekt erwartet?

Zeugin G. L.: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil das, was Sie gesagt haben - - muss man ja überlegen: Laufen diese Verkehrsströme wirklich nur über das Kabel Frankfurt oder sind die nicht an anderen Knotenpunkten, wo der Amerikaner vielleicht bessere Zugänge hätte, auch erreichbar?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin G. L.: Wenn es darum geht, eine Kooperation - - beschränkt sich das ja alleine auf Routine, also nicht geschützte Telekommunikation, weil die waren wirklich außen vor. Also, das war das höchste Ziel, möglichst frei von G 10 - wenn überhaupt - dahin Verkehre abzuleiten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das war nachher die Umsetzung.

Zeugin G. L.: Das wurde aber auch dem Amerikaner immer gesagt: Das G 10 geht über alles, also wir kommen da nicht raus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das ist in Beziehungen ja manchmal so, dass die einen was sagen und die anderen trotzdem was anderes wollen.

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ist die interessante Frage - - Jetzt komme ich zu dem Schwachstellenbericht, den Sie hoffentlich kennen, aus dem Jahr 2007 über das gesamte Projekt „Granat“. Den kennen Sie, den Schwachstellenbericht?

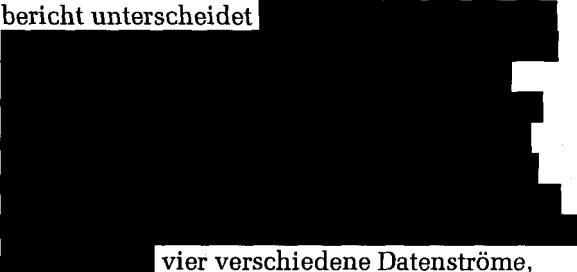
Zeugin G. L.: Ja. Aber ich habe ihn natürlich nicht hundert Prozent im Kopf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das macht nichts. Das brauchen Sie auch nicht. Es geht ja nur darum, was Sie erinnern und was nicht.

In diesem Schwachstellenbericht sind, wie der Name schon sagt, die Schwachstellen des Projekts benannt. Diese sind in diesem Bericht mannigfaltig, und es gibt vor allen Dingen eine Grundübersicht, wie mit Daten umgegangen wird. Und die würde ich gerne mit Ihnen kurz besprechen. - Können wir vielleicht einmal der Zeugin so ein Blatt geben, damit sie weiß, worüber ich spreche?

(Der Zeugin wird ein Schriftstück vorgelegt)

Und zwar bin ich jetzt in diesem Schwachstellenbericht, Tagebuchnummer 15/14 aus MAT A BND-9/2, die Seite 71. Dieser Schwachstellenbericht unterscheidet

 vier verschiedene Datenströme, nämlich in Metadaten, IP-gesamt-Daten, das heißt nach meiner Lesart Verkehrs- und Inhaltsdaten - in Klammern: der ganze Kram -, dann Voice-over-



Auszug offen

IP und Fax-over-IP und diese Netzwerkdaten, BGP und LDP. Das sind die Datenarten, die Sie bei der Verarbeitung in Bad Aibling unterschieden haben. Ist das korrekt?

Zeugin G. L.: Ja, [REDACTED]
BGP/LDP -keine Kommunikationsdaten sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das sind Netzwerkdaten. Da geht es darum, -

Zeugin G. L.: Das sind Netzwerkdaten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wie der Telekommunikationsbetreiber agiert, wo er seine Server stehen hat und so ein Zeug - hoch sicherheitsrelevant, aber jetzt erst mal nicht die erste Kost des AND, vielleicht die zweite. So. - Aber darunter haben die auf jeden Fall - - Das habe ich mir ja nicht ausgedacht; das haben sich hier BND-Mitarbeiter ausgedacht, um das so zu analysieren.

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da sagt der Schwachstellenbericht

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist gut, dass Sie es sagen. Das kann ich nicht wissen aus dem Bericht, denn der ist ja von davor. Insofern ist das interessant, dass das später anders war. Aber bis zu dem Bericht war es auf jeden Fall nicht so. Jetzt - -

Zeugin G. L.: Man muss auch sagen: Die DAFIS ist natürlich auch erst in der Entwicklung gewe-



Auszug offen

sen. Der Bericht stammt, glaube ich, aus 2007, erste Hälfte oder so, erste Jahreshälfte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben die begonnen, glaube ich. Aber er kommt dann - - Fertig war er wohl im Oktober.

Zeugin G. L.: Ja. DAFIS war - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): August, 6. August.

Zeugin G. L.: Ja, DAFIS wurde von der Entwicklungsseite her erst im Herbst 2006 freigegeben. Das heißt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für Metadaten oder für alle Daten?

Zeugin G. L.: Nein, für - - als System freigegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, das ist interessant, [REDACTED]

Zeugin G. L.: Ja, ich sage ja: 2006 wurde DAFIS freigegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeugin G. L.: Das heißt, bis man dann für jede Materialart das richtig eingeschwungene Profil hat - ausgetestet, funktionsfähig -, noch eventuell Fehler im System gefunden hat, die noch korrigiert werden mussten, kann es also durchaus sein, dass zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichtes eben noch nicht alle entsprechenden Maßnahmen in der DAFIS implementiert waren [REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich. [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): [REDACTED]

War das also ein Push- oder ein Pullsystem?

Zeugin G. L.: Push.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Pushsystem. Also man hat dann die Daten da rausgeschoben?

Zeugin G. L.: Über - was ich am Anfang schon auf Frau Renners Fragen geantwortet habe - ein entsprechendes Routersicherheitsgateway wurden die Daten Richtung NSA gepusht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeugin G. L.: Ein Rückweg war nicht möglich, aus technischen und sicherheitlichen Gründen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich noch zur zweiten - - Okay, gut; dann hebe ich mir die zweite Säule für gleich auf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar, herzlichen Dank. - Jetzt kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Zeugin, zunächst mal herzlichen Dank, dass Sie wieder erschienen sind, dass Sie da sind.



Auszug offen

Für uns ist das Lagebild zurzeit hinreichend klar. Wir haben im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der Linken. Frau Kollegin Renner oder, Entschuldigung, der Kollege André Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Macht ja nichts, kein Problem. - Sie haben vorhin auf die Frage geantwortet - Sie haben vorhin auf den Vorhalt oder die Bemerkung „Sie waren doch schließlich die Leiterin“ gesagt: Also, das von dem Bereich dort, aber das war höher. - Das war also jemand anders. Könnten Sie jetzt hier noch mal sagen - damit da für alle Klarheit besteht -: Wer war denn der Leiter oder die Leiterin, die da weiter oben war?

Zeugin G. L.: Nein, also, vielleicht um Missverständnisse auszuräumen: Für diese Entscheidungen, wie mit den Amerikanern zusammengearbeitet wird, sind normalerweise Abteilungsleiter zuständig, die diese Entscheidungen treffen. Unsereins in der Ebene hat die Maßnahmen umzusetzen aus rein technischer Sicht, praktischer Sicht. Und natürlich: Probleme werden mit der Führung diskutiert; aber letztendlich treffen wir nicht die Entscheidungen dazu, dass wir so was machen oder wie wir das konkret angehen - da sind immer entsprechende Entscheidungsträger vorgesetzt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber bei der JSA gab es doch zwei Leiter, und einer von denen waren Sie.

Zeugin G. L.: Für das normale Tagesgeschäft. Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ja, okay. Und wem waren Sie denn weisungsgebunden? Direkt zu diesem Projekt?

Zeugin G. L.: Weisungsgebunden?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja.

Zeugin G. L.: Nur meinen Mitarbeitern.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein: wem Sie weisungsgebunden waren.

Zeugin G. L.: Ich? Meinem nächsthöheren Vorgesetzten. Das fängt an mit dem Dienststellenleiter, danach mit dem Unterabteilungsleiter und dann mit dem Abteilungsleiter.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. - Dann hatte der Herr Flisek Ihnen eine Frage gestellt in der öffentlichen Sitzung, und zwar lautete die: Ist zu Ihrer Zeit ein Nachfolgeprodukt oder ein Vorgängerprodukt von XKeyscore eingesetzt worden? - Das kam dann noch mal irgendwo. Da haben Sie mit Ja geantwortet. Herr Flisek hat dann gefragt: „Wie hieß das?“ oder: „Was war das?“, und da haben Sie gesagt: Dazu nur in nichtöffentlicher Sitzung.



Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das war das Vorgängerprodukt?

Zeugin G. L.: Das ist das Vorgängerprodukt, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. - Können Sie noch mal sagen, ob aus Ihrer Sicht zwischen den Begriffen „Eikonol“ und „Granat“ Unterschiede bestehen und, wenn ja, welche? Zwischen den Vorgängen?

Zeugin G. L.: Nein, das ist ein und dasselbe aus meiner Sicht oder nach meinem Wissen. „Eikonol“ ist die Bezeichnung, die man verwendet hat, wenn man mit den Amerikanern gesprochen hat, „Granat“ ist die interne Operationsbezeichnung. Für ganz normalen Umgang mit den Daten, spricht: in unseren allgemeinen Systemen, gab es sogar noch eine dritte Bezeichnung, die überhaupt keine Rückschlüsse darauf zulässt.



Auszug offen

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und was war das für eine dritte Bezeichnung? Welche war das?

Zeugin G. L.: Die hieß [REDACTED]

Dr. André Hahn (DIE LINKE): [REDACTED]

Zeugin G. L.: Das heißt, bei uns werden solche Bezeichnungen, die im tagtäglichen Gebrauch sind, noch mal besonders gekennzeichnet, sodass da auch keine Rückschlüsse auf irgendwelche Verbindungen sind. Das sind rein sicherheitliche Maßnahmen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann haben wir in einer Akte der Bundesnetzagentur den Begriff „Eikanol“ gefunden.

Zeugin G. L.: Ist, glaube ich, ein Schreibfehler.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja. Ich will das nur einfach - - Ich habe auch den - -

Zeugin G. L.: Nein, wir haben - deshalb muss ich auch immer aufpassen - - Bei manchen Sachen neigt man leider dazu, dass man, ja, so einen Lapsus Linguae begeht; also, wir sprechen auch manchmal von „Eikanol“.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es war im Papier der Netzagentur, deshalb - -

Zeugin G. L.: Ja, ich gehe davon aus, dass es ein Schreibfehler ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, Sie kennen kein solches Produkt mit diesem Namen und kein Programm - -

Zeugin G. L.: Nein, also wenn, immer nur im Zusammenhang mit sprachlicher Ungenauigkeit.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, wenn man schon eine Weile mit Diensten zu tun hat, weiß man, dass die manchmal auf die ulkigsten Ideen kommen.

Zeugin G. L.: Ja. Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es hätte also sein können, dass das Nachfolgeprogramm - -

Zeugin G. L.: Nein. Ich muss auch immer aufpassen, dass ich auch nicht diesen Begriff verwende.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich meinte jetzt - -

Zeugin G. L.: Es liegt sehr nahe, weil es ist mal einem Kollegen, glaube ich, so passiert, und das prägt sich irgendwie ein, weil es auch ein bisschen lustiger klingt; aber es ist bestimmt dasselbe, und dieser Sprachfehler oder dieser Fehler in der Aussprache legt sich dann halt auch manchmal in schriftlichen Dingen nieder, und keiner merkt es.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mir war nur wichtig: Es gibt nach Ihrer Kenntnis kein solches Programm mit diesem Namen.

Zeugin G. L.: Nein. Nein. Ich muss auch immer aufpassen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut, dann war es das von meiner Seite erst mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zumindest wissen wir, wenn wir von „Eikanal“ oder „Eikanol“ und sonst wie reden: nicht einstufen.

Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der CDU/CSU.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wir haben weiterhin keine Fragen, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir zu Fragen von Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss noch mal fragen, weil Ihre Antwort eben so klar kam - aber nur dass hier keine Missverständnisse aufkommen -;

[REDACTED]

[illegible][illegible]

[illegible][illegible]

[illegible][illegible]



Auszug offen

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das wurde alles in dieselbe Maschine reingehackt, -

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - also, das heißt - wir sind ja „Geheim“ - - Hier geistert immer die Zahl von [REDACTED] Selektoren der NSA rum.

Zeugin G. L.: Das kann sein, aber ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viele Selektoren sind es wohl beim BND gewesen?

Zeugin G. L.: Mit Sicherheit sehr viel weniger, weil die Möglichkeit, E-Mails zu selektieren im Hinblick auf: [REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht ein Viertel?

Zeugin G. L.: Ja höchstens, höchstens.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber [REDACTED] könnten es schon sein?

Zeugin G. L.: Höchstens. Wie gesagt: Wenn Sie auch noch bestimmte Begriffe dazunehmen, die sich aus der Erfahrung in anderen Medien wie Fax oder Telex von ganz früher herauskristallisiert haben, hat man natürlich auch versucht, mit diesen Begriffen einen Anfang zu machen, um zu gucken, ob da in der Form irgendwas trifft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So weit habe ich das, glaube ich, verstanden; das ist ja tatsächlich technisch ganz interessant. So, jetzt geht das aus diesem [REDACTED] Ding raus, ich bekomme BND-Treffer und ich bekomme AND-Treffer, -

Zeugin G. L.: Genau.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

© 2006 The Authors
Journal compilation © 2006 Blackwell Publishing Ltd

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann ja sein, weil dieses - -

Zeugin G. L.: Das kann ja das Ergebnis sein in der Umsetzung dieses Berichtes.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Exakt, genau.

Zeugin G. L.: Deshalb sage ich: Ich kann jetzt zu dieser Darstellung nichts sagen, weil ich es in der Praxis anders erlebt habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann anders 2008 erlebt haben?

Zeugin G. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt müssen wir wechseln zur Fraktion Die Linke. - Müssen wir nicht, aber können wir jetzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ein bisschen was haben wir noch. - Aus Ihrer Zeit, haben Sie davon gehört, dass der Filter ██████████ verdeckte bzw. nicht verfolgbare Umleitung ermöglichen würde? ██████████

Zeugin G. L.: Also, so wie das Ganze eingesetzt wurde, wäre es eigentlich unmöglich gewesen aus technischer Sicht, irgendwohin was abzuleiten, weil wir extra darauf geachtet haben, dass das in einem sicheren Netzwerkumfeld ist, wo



Auszug offen

nichts unkontrolliert rausgeht. Deshalb auch diese ganzen Maßnahmen wie Kontrolle - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, es ist nicht - - Sie können sich an keine Gespräche erinnern, -

Zeugin G. L.: Nein. Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - wo es um solche Fragen bezüglich -

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - [REDACTED] - Ist diskutiert worden, inwieweit über das JSA-Netz, an dem ja beide, AND wie BND, beteiligt waren, eine Möglichkeit bestanden hätte, auf DAFIS zuzugreifen, auch für die NSA?

Zeugin G. L.: Nicht vorgesehen.

Martina Renner (DIE LINKE): War es möglich oder war es nicht vorge-

Zeugin G. L.: Nein. Nein. Es wurde sicherheitlich so abgeschottet: Die DAFIS war wirklich in einem eigenen Netz untergebracht.

Martina Renner (DIE LINKE): Innerhalb des JSA-Netzes in einem eigenen Netz?

Zeugin G. L.: [REDACTED]

[REDACTED] Aber die Amerikaner hatten auf das DAFIS-Netz keinen Zugriff.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Es wurde ja auch eine abgespeckte Version von XKeyscore eingesetzt. - Wissen Sie nicht.

Zeugin G. L.: Das mit dem Begriff, wie gesagt, ist mir erst sehr viel später - - habe ich erst sehr viel später gehört. Also kann ich zu XKeyscore zu meiner Zeit in Aibling nichts sagen, weil ich den Begriff einfach da nicht gehört habe. Ich kann es also nicht einschätzen.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Zeugin G. L.: Normalerweise mussten solche Dinge immer in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Pendants auf unserer Seite gemacht werden. Das ist aber ein anderer Bereich gewesen, der nicht zum Sachgebiet JSA gehört hat. Dafür gab es eben diese entsprechenden technischen Unterstützungsgruppen.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese technischen Unterstützungsgruppen waren auch immer gemeinsam besetzt? - Ich hatte bis jetzt das immer so verstanden, dass - -

Zeugin G. L.: Nein, also diese nicht. Die haben mit den amerikanischen Kollegen zusammengearbeitet, die das entsprechende Fachwissen hatten; aber so wie das von JSA her auch - -

Martina Renner (DIE LINKE): Dieses ... (akustisch unverständlich)-Prinzip.



Auszug offen

Zeugin G. L.: Wenn Sie vielleicht so ein Organisationsdiagramm mal gesehen haben: So was gab es da höchstens als - wie soll ich sagen? - Ansprechpartner für die und die Zwecke; aber dieses JSA war das eine Sachgebiet, und in den anderen gab es halt die entsprechenden Ansprechpartner für die anderen auf amerikanischer Seite. Wenn es zum Beispiel um Installation von irgendwelcher Software geht, hat das nicht JSA gemacht, sondern die technischen Unterstützungsgruppen.

Martina Renner (DIE LINKE): Von? Vom BND?

Zeugin G. L.: Ja. Also die in der Dienststelle waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es auch technische Unterstützungsgruppen der NSA?

Zeugin G. L.: Wie gesagt, es gab Mitarbeiter, die natürlich wussten, was zu tun ist, um zum Beispiel so was wie [REDACTED] zu installieren. Sie brauchen auch manchmal so eine Installationsanleitung, dass Sie wissen, was Sie machen müssen - ganz normal wie man auch zu Hause vielleicht Software installiert: dass man da eine Anleitung dazu hat. Das haben eben die amerikanischen Kollegen dann zur Verfügung gestellt und standen dann auch helfend zur Seite, wenn es irgendwo Probleme gab.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es eine Zusammenarbeit mit einem anderen AND neben den USA in Bad Aibling?

Zeugin G. L.: Nein.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn da diese Techniker der NSA kamen und haben neue Hardware gebracht - wurde auch Hardware geliefert, oder wurde nur Software geliefert? -

Zeugin G. L.: Das kann ich Ihnen jetzt wirklich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): - oder Programme aufgespielt wurden: War für die Pendants aufseiten des BND eigentlich zu jedem Zeitpunkt und immer klar, was dort gerade passiert?

Zeugin G. L.: Da diese Maßnahmen in der Regel ja sehr intensiv auch vorbereitet wurden, man eigentlich wusste, was wie gemacht wird, um was es dabei geht, bin ich mir ziemlich sicher, dass unsere eigenen Leute schon wussten, was da passiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten ja das letzte Mal gefragt, ob es zum Beispiel Quellcodes -

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - gab. Die gab es eher nicht?

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es Funktions-testdokumentationen -

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - zu den Programmen?



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Zeugin G. L.: Funktionstests: Natürlich hat man alles, was irgendwo installiert wurde, auch getestet.

Martina Renner (DIE LINKE): Und gibt es da jetzt - - Gab es dazu eine Dokumentation, zu den Funktionstests?

Zeugin G. L.: Kann ich jetzt heute im Detail nichts mehr zu sagen.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Zeugin G. L.: Ja, weil die sind unterschiedlich gestaltet, wenn das in dem - -

Martina Renner (DIE LINKE): Dem BND oblag ja die rechtliche Kontrolle.

Zeugin G. L.: Könnten Sie die Frage näher erläutern?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, dem BND oblag die Aufgabe, zu gewährleisten, dass dort Recht und Gesetz eingehalten wird.

(RA Johannes Eisenberg:
Was ist jetzt die Frage?)

- Ob dem BND die Aufgabe oblag, dass dort Recht und Gesetz eingehalten wird, oder ob man sich diese Aufgabe geteilt hat: der Rechts- und Fachaufsicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Ernst gemeinte Frage?)

- Häh? Was?

(RA Johannes Eisenberg:
Ob das eine ernst gemeinte
Frage an die Zeugin ist!)

- Ja.

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Gehört dazu nicht auch - im Rahmen des Weisungsrechts -, Kenntnis zu haben, wer zu Bereichen Zugang hat, in denen Grundrechtseingriffe passieren, ich sage mal, höchst brisante Vorgänge stattfinden? Es gibt ja - -

(RA Johannes Eisenberg:
Ich muss jetzt mal - - Herr
Vorsitzender, dafür ist
doch die Zeugin nicht be-
nannt, für solche recht-
lichen Bewertungen, -)

- Sie war doch die Leiterin, oder?

(RA Johannes Eisenberg: -
Organisationsfragen! Da
müssen Sie doch irgendwie
Herrn Schindler fragen,
oder ich weiß nicht, wen!)

- Ich verstehe Sie nicht, wenn Sie Ihr Mikro nicht einschalten.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeugin kann ja sagen, wenn sie einen Sachverhalt nicht beurteilen kann.

Zeugin G. L.: Also, da ich kein Jurist bin, könnte ich jetzt diese Fragen nicht so beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist mal thematisiert worden, dass es ein Problem ist, wenn man nicht einschätzen kann, wer vonseiten der NSA Zugang zu Technik - Hardware wie Software - erhält und Daten möglicherweise auch?

Zeugin G. L.: Entschuldigung, ich war jetzt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wir waren bei den Contractors -

Zeugin G. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - und dass man die nicht am Ausweis ersehen konnte. Daran schließt sich für mich die Frage an, ob das mal problematisiert wurde: dass man vonseiten des BND nicht erkennen kann, wer dort Zugang zu der Hard- und Software hat und möglicherweise ja auch zu den dort verarbeiteten Dateien.

Zeugin G. L.: Also, in der Hinsicht, dass für Contractors eine besondere Regelung gelten sollte, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war ja nicht die Frage, weil Sie konnten ja gar nicht erkennen, wer Contractor ist und wer - -

Zeugin G. L.: Eben, deswegen; sage ich ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und ob das dann mal -

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - thematisiert wurde, -

Zeugin G. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - dass das ein Problem ist.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da gibt's völlig sachfremde Leute, die Zugang haben!)

Zeugin G. L.: Nein. Nein.

(RA Johannes Eisenberg: Nein!)

Martina Renner (DIE LINKE): Beantworten Sie jetzt die Fragen, Herr Eisenberg?

(RA Johannes Eisenberg: Sie hat doch schon dreimal Nein gesagt! Wenn Sie nicht damit zufrieden sind, bleibt es auch Nein!)

Ich frage das deswegen, weil in einem Papier aus 2001, wo es um die Zukunft von Bad Aibling geht und die Frage ist:

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Herr Eisenberg, irgendwie - - Sie sind wirklich nicht hier, um - -

(RA Johannes Eisenberg:
Entschuldigen Sie mal, sie
hat doch jetzt schon
viermal Nein gesagt, oder
nicht?)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie dürfen hier keine Fragen beantworten, Herr Eisenberg,

(RA Johannes Eisenberg:
Nein, mache ich ja auch
nicht!)

also spielen Sie sich nicht so auf! Das ist ja grauenvoll. Sie dürfen keine Fragen beantworten, Sie dürfen Ihre Zeugin beraten.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie hat ja viermal Nein
gesagt!)

Auch Sie haben keine Narrenfreiheit nach 23 Uhr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, und jetzt machen wir mit der Zeugenbefragung weiter. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Keine weiteren Fragen an Herrn Eisenberg mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wer hat noch Fragen? - Herr Kollege von Notz, an die Zeugin.

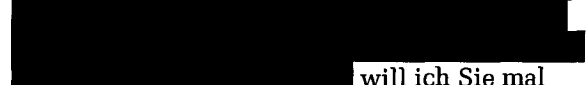


Zeugin G. L.: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht.

Zeugin G. L.: Nein, weiß ich nicht, ob es in der Dienststelle vorgelegen hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Ich sage mal, aus diesem Statement und aus dem Statement, was ich vorhin zitiert habe, wo es darum geht,



will ich Sie mal fragen als jemand, der direkt mit den Amerikanern zusammengearbeitet hat: Haben Sie ihnen vertraut?

Zeugin G. L.: Tja - -

(Die Zeugin überlegt -
Christian Flisek (SPD):
Vielleicht will Herr Eisenberg
antworten?)

Eine schwere Frage.

Ich denke, die Mitarbeiter, die ich dort bisher kennengelernt habe in ihrer Art und Weise - - ja, hatte ich vertraut. Strategisch, was andere, Höherrangige sich da vielleicht drunter versprochen haben, kann ich nicht beurteilen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die NSA insgesamt?



Auszug offen

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurz: Frau Zeugin, könnten Sie Ihr Mikro anmachen und etwas näher ans Mikro kommen, -

Zeugin G. L.: Ach, Entschuldigung, ich dachte, es wäre an.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - weil sonst ist das alles, was Sie sagen - müssen wir Sie noch mal laden -, gar nicht auf dem Tonband drauf, was wir so gerne anfertigen würden. - Danke schön.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, okay. - Für die Menschen, mit denen Sie direkt zu tun hatten, würden Sie das sagen, -

Zeugin G. L.: Ja.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nicht?

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Das scheint ein großes - -

Zeugin G. L.: Das Einzige, was ich eben noch erinnere, ist, dass am Ende der Kette sehr wenig übrig geblieben ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das kann gut sein; aber die interessante Frage für uns ist eben, da die Datenerfassung und wahrscheinlich schon die -weitergabe juristisch erfüllt ist, wenn man ein solches gemeinsames Netzwerk mit einem AND durchzieht, nicht nur die Frage, was hinten dabei rauskommt, sondern auch, was vorne dabei reingeht - im Hinblick darauf, eine Idee davon zu bekommen, ob es hier um anlasslose Massendatenerfassungen geht, ja oder nein.

Zeugin G. L.: Also, zu den Dateneingangsmengen kann ich nichts sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bleibe dabei: Es ist erstaunlich, dass das uns niemand beantworten kann. Das ist krass.

Noch eine Nachfrage: Bei den Arten der Selektoren, über die wir vorhin gesprochen haben, die da in diesem [REDACTED] Ding drinhocken und auch in irgendeiner Form in dem DAFIS-Filter: Das sind ja ganz unterschiedliche Sachen, und jetzt haben Sie ja gesagt: Es gibt diese - - bei Telefonnummern die 49 -

Zeugin G. L.: Beispiel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und bei E-Mail das „de“. Aber für viele Datenarten gibt es ja vielleicht nicht klare G-10-Prüfer, -

Zeugin G. L.: Ja.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Filter, Selektoren. Wie konnte man denn dann überprüfen, dass das nicht ein G-10-relevantes Datum ist?

Zeugin G. L.: Weil Sie das im Separator schon unterdrückt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der Separator kann das ja nicht anders -

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Zeugin G. L.: Weil Sie sagten: Wie kann man das bei anderen Sachen ausschließen? - Die haben wir daher nicht abgeleitet aus Frankfurt.

(Christian Flisek (SPD):
Weil Sie es nicht bearbeiten konnten!)

- Ja. Das heißt, das, was wir nicht verarbeiten konnten, haben wir auch nicht abgeleitet, sondern nur das, was eben im Rahmen der ganzen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bezüglich der Inhaltsdaten nur E-Mails?

Zeugin G. L.: Ja. - Nein, auch die ganzen Daten aus Frankfurt: [REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist mit Metadaten, und was ist mit Voice-over-IP, und was ist mit Netzwerkdaten?

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war paketvermittelt oder - -

Zeugin G. L.: Ja, paketvermittelt, aber Satellit Aibling, nicht Kabel Frankfurt. [REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah.

[REDACTED]

[illegible][illegible]



Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal fragen, weil die Zeit lange überschritten ist, ob - - Okay. Dann würde ich jetzt mal - muss da mal scharf überlegen - - Die Reihenfolge: SPD, dann wären wir durch, dann fangen wir eine Runde noch mal an mit der Linken; vielleicht kriegen wir das dann als letzte Abschlussrunde hin. - Herr Kollege Flisek bringt die Runde zum Schluss, und dann machen wir eine neue Runde, angefangen mit Kollegin Renner; das wäre dann vielleicht die letzte Runde. - Herr Kollege Flisek.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Christian Flisek (SPD): Okay, das war es.

Zeugin G. L.: Aber wie gesagt: Stand damals. Heute wären Möglichkeiten der Informationsversorgung noch sehr viel besser.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, herzlichen Dank. - Frau Kollegin Renner.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte noch mal fragen, was für Arten von Selektoren die Amerikaner denn eingestellt haben; da ist ja vieles vorstellbar.



Auszug offen

Zeugin G. L.: Da ist vieles vorstellbar, ja, und es ist auch nicht so leicht, das in Arten zu fassen. Nach dem, was ich noch erinnere, sind es natürlich E-Mail-Adressen. Es können aber auch bestimmte Teile aus den entsprechenden Protokollen sein -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was noch? - Die wurden ja kontrolliert, -

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Stück.

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen würde mich schon interessieren, was da noch alles - -

Zeugin G. L.: Rein inhaltliche Suchbegriffe, thematisch strukturiert, also thematisch zuzuordnen:

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Frau Merkel wird -

Zeugin G. L.: Bitte?!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wollen, dass ich die Frage jetzt stelle -

Zeugin G. L.: Ach so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ach so -, um zu gucken, ob sie als Selektor eingestellt war.

Zeugin G. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War sie nicht, okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, im Schwerpunkt E-Mail-Adressen, Telefonnummern, -

Zeugin G. L.: Im leitungsvermittelten Bereich Telefonnummern, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - bestimmte Schlagworte oder - -

Zeugin G. L.: - bestimmte Schlagworte oder bestimmte Protokollinformationen, also von der technischen Seite des Protokolls her.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Im Hinblick auf diese Netz-



Auszug offen

werkdaten, die auch angefallen sind in dieser rechten Säule: BGP und LDP, was hat man mit denen eigentlich gemacht?

Zeugin G. L.: Dazu kann ich nichts sagen, weil das ist auch nicht meine Baustelle dann gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach Ihrem Kenntnisstand. Wer war denn dafür zuständig -

Zeugin G. L.: Wüsste ich jetzt nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in Ihrer Abteilung? Haben die Amerikaner auf diese Daten Zugriff bekommen?

Zeugin G. L.: Das kann ich nicht sagen, weil mein Schwerpunkt lag im Bereich dieser Kommunikationsdaten und nicht dieser technischen Daten - das war mehr dann auch der Bereich des Kollegen, der letzte Woche oder vorletzte Woche ausgesagt hat, andere Ebene, auch andere technische Ebene.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Davon hatte der gar nichts erzählt.

Zeugin G. L.: Weiß ich nicht; aber das ist der Bereich gewesen, der eigentlich sich mit solchen Themen beschäftigt hat. Mein Schwerpunkt lag dann eher in dem, was danach alles war: mit den Inhalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Letzte Frage: Jahrelange Arbeit, immer bessere Filterung, Zehntausende von Arbeitsstunden, Millionen von Euros, das System wurde immer besser. [REDACTED]

Zeugin G. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - [REDACTED]
[REDACTED] - Warum begräbt man das Projekt?

Zeugin G. L.: Da fragen Sie die Falsche.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist für Sie unerklärlich?

Zeugin G. L.: Nein. Ich denke, nachdem die Ergebnisse doch sehr spärlich waren, hat es für die Amerikaner so keinen Sinn mehr gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie glauben, dass die Amerikaner gesagt haben: „Jungs, lasst mal, wir ziehen hier unsere Leute ab, die JSA-Nummer ist nichts für uns, wir gehen nach Hause“?

Zeugin G. L.: Ja. Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das so erlebt?

Zeugin G. L.: Nein, ich persönlich nicht. Aber wie ich schon mehrfach gesagt habe: Wenn der Nutzen, der erwartete Nutzen - wobei man wirklich nur spekulieren kann, was die Amerikaner für einen Nutzen erwartet haben -, wenn so etwas nicht eintritt, dann ziehen die auch ganz schnell zurück, ab und legen still.

(Heiterkeit des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN) - Zuruf)

- Und ziehen weiter, genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und könnte es ein Motiv beim BND gegeben haben, dieses Projekt zu beerdigen?

Zeugin G. L.: Nein, wüsste ich jetzt nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für den BND war das alles schneike und okay?

Zeugin G. L.: Was heißt jetzt „schneike und okay“?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das lief, das war gut, das war okay, das hat sich gerechnet, das hat gelohnt.



1. Untersuchungsausschuss

Auszug offen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war total nett. Da würde sich für mich die Frage stellen, was denn die Kompensation dafür gewesen ist; aber dann müsste ich ja Herrn Wolff noch mal auf den Plan rufen, -

Zeugin G. L.: Da fragen Sie die Falsche.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und das erspare ich uns allen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wollen wir doch heute nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Frage drängt sich auf.

Zeugin G. L.: Da fragen Sie die Falsche.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz herzlichen Dank für die interessante - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Herr Kollege von Notz, wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, sind wir am Ende der Zeugenvernehmung.

Nach seiner Fertigstellung wird Ihnen vom Sekretariat das Stenografische Protokoll übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Überarbeitung vorzunehmen oder Richtig-

stellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage mitzuteilen. Ganz herzlichen Dank darf ich Ihnen sagen, dass Sie heute noch mal als Zeugin zur Verfügung standen, uns Rede und Antwort gestanden haben.

Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. Schönen Abend noch! Die Sitzung ist damit geschlossen; die meisten sind ja jetzt schon rausgelaufen, haben das Schlusswort nicht mehr abgewartet.

(Zuruf: Respektlos! -
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Mittag ist noch da!)

Einen schönen Abend! Alles Gute! Bis nächste Woche!

(Schluss: 23.37)